



34. Sitzung

Mittwoch, 2. September 2009

Vorsitzende: Präsident Berndt Röder, Erste Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsident Wolfhard Ploog, Vizepräsidentin Nebahat Güclü und Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk

Inhalt:

Aktuelle Stunde 2083

Fraktion DIE LINKE:

Für ein lebendiges und kreatives Gängeviertel – historische Substanz erhalten, Innenstadt für alle gestalten!

Norbert Hackbusch DIE LINKE	2083, 2091
Jörg Hamann CDU	2084
Dr. Christel Oldenburg SPD	2085
Dr. Eva Gümbel GAL	2086, 2093
Dr. Karin von Welck, Senatorin	2087, 2091
Christiane Schneider DIE LINKE	2088
Brigitta Martens CDU	2089, 2093
Andy Grote SPD	2090, 2092
Horst Becker GAL	2091
Wilfried Buss SPD	2092

Fraktion der CDU:

Sportstadt Hamburg auf einem guten Weg!

Wolfhard Ploog CDU	2093, 2099
Juliane Timmermann SPD	2095
Horst Becker GAL	2096, 2100
Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE	2096, 2101
Dr. Karin von Welck, Senatorin	2097
Sören Schumacher SPD	2099

Fraktion der SPD:

Rekordverschuldung: Eine Quittung für die unsolide Finanzpolitik

(Fortführung am 03.09.2009)

Fraktion der GAL:

Hamburg gegen rechtsextreme Gewalt!

(Fortführung am 03.09.2009)

Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses der Regionen der Europäischen Union

– Drs 19/3707 –

2101

Ergebnis

2107

Große Anfrage der Fraktion der CDU:

Kulturtourismus in Hamburg

– Drs 19/3541 –

2102

Andreas C. Wankum CDU

2102

Wilfried Buss SPD

2103, 2107

Dr. Eva Gümbel GAL

2104

Norbert Hackbusch DIE LINKE

2105

Dr. Karin von Welck, Senatorin	2106	dazu	
Beschluss	2107	Antrag der Fraktion der SPD:	
Antrag der Fraktion der SPD:		Senatsversprechen einhalten statt brechen - Polizei vor Ort stärken statt schwächen	
Novellierung des Hamburgischen Hochschulgesetzes (HmbHG)		– Drs 19/3963 –	2121
Neuregelung des Wahlverfahrens für die Hochschulpräsidentin beziehungsweise den Hochschulpräsidenten und Beteiligung der Hochschulen am Auswahlverfahren		Dr. Andreas Dressel SPD	2121, 2128
– Drs 19/3834 –	2108	Kai Voet van Vormizeele CDU	2123
dazu		Antje Möller GAL	2124, 2128
Antrag der Fraktion DIE LINKE:		Christiane Schneider DIE LINKE	2125
Novellierung des Hamburgischen Hochschulgesetzes		Ties Rabe SPD	2126
– Drs 19/3999 –	2108	Bernd Capeletti CDU	2127
Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD	2108, 2114	Beschlüsse	2129
Wolfgang Beuß CDU	2109, 2115	Antrag der Fraktion DIE LINKE:	
Dr. Eva Gümbel GAL	2110, 2114	Atomkraftwerk Krümmel endgültig stilllegen	
Dora Heyenn DIE LINKE	2111, 2115	– Drs 19/3884 (Neufassung) –	2129
Beschlüsse	2115	dazu	
Große Anfrage der Fraktion der CDU:		Antrag der Fraktionen der GAL und CDU:	
Industrie ist eine tragende Säule der Wirtschaft Hamburgs		Atomkraftwerk Krümmel endgültig stilllegen	
– Drs 19/3646 –	2115	– Drs 19/3990 –	2129
Aygül Özkan CDU	2116	Jenny Weggen GAL	2129, 2136
Ingo Egloff SPD	2117	Heiko Hecht CDU	2130
Jens Kerstan GAL	2119	Dr. Monika Schaal SPD	2131, 2135, 2138
Elisabeth Baum DIE LINKE	2120	Dora Heyenn DIE LINKE	2132, 2134, 2138
Axel Gedaschko, Senator	2120	Anja Hajduk, Senatorin	2134
Besprechung erfolgt	2121	Norbert Hackbusch DIE LINKE	2136
Große Anfrage der Fraktion der SPD:		Jens Kerstan GAL	2137
Stellenabbau und Stellenverlagerungen im Zuge der Schließung von Polizeikommissariaten und anderer Maßnahmen zum Personalabbau bei der Polizei		Beschlüsse	2138
– Drs 19/3104 –	2121	Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE:	
		Zukunft des Freihafens	
		– Drs 19/3358 –	2138
		Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE	2138, 2143
		Olaf Ohlsen CDU	2140
		Karl Schwinke SPD	2141
		Axel Gedaschko, Senator	2142, 2145
		Jens Kerstan GAL	2142
		Ingo Egloff SPD	2144

Beschluss, Besprechung erfolgt

2145

Beginn: 15.02 Uhr

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet.

In unserer ersten Sitzung nach der Sommerpause darf ich zunächst mit Geburtstagsglückwünschen beginnen. Sie richten sich heute an unsere Kollegin Monika Westinner.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Liebe Frau Westinner, im Namen des ganzen Hauses gratuliere ich Ihnen sehr herzlich zu Ihrem Geburtstag und wünsche Ihnen alles Gute für das neue Lebensjahr.

Wir haben in der letzten Sitzung vor der Sommerpause einen interfraktionellen Antrag beschlossen, der eine Änderung des Paragraphen 42 unserer Geschäftsordnung vorsieht, in dem es heißt, dass wir in Zukunft für Zwischenfragen oder Zwischenbemerkungen, die im Paragraf 43 erklärt werden, sowie für ihre Beantwortung und die Erwiderung bis maximal eine Minute Zeit haben, die nicht auf die Redezeit angerechnet wird. Das haben viele vielleicht vergessen, aber es gilt ab heute. Das Präsidium wird sich bemühen, mit den doch sehr antiquierten Mitteln, die wir hier haben, das alles auf die Reihe zu bringen, aber ich denke, wir gönnen uns heute in dieser Frage eine Art Generalprobe.

Wir kommen sodann zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind vier Themen angemeldet worden, und zwar von der Fraktion DIE LINKE

Für ein lebendiges und kreatives Gängeviertel – historische Substanz erhalten, Innenstadt für alle gestalten!

von der Fraktion der CDU

Sportstadt Hamburg auf einem guten Weg!

von der Fraktion der SPD

Rekordverschuldung: Eine Quittung für die unsolide Finanzpolitik

und von der Fraktion der GAL

Hamburg gegen rechtsextreme Gewalt!

Ich rufe zunächst das erste Thema auf. Wer wünscht das Wort? Herr Hackbusch bitte.

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich wünsche Ihnen erst einmal, dass Sie hoffentlich einen schönen Urlaub gehabt haben, dass Sie sich vielleicht interessante Städte angesehen haben, etwa Venedig oder Rom. Die CDU-Fraktion war vor Kurzem in Kopenhagen, wie ich mitbekommen habe. Was hat Ihnen

an diesen Städten gefallen oder was gefällt den Menschen an diesen Städten besonders gut?

(Klaus-Peter Hesse CDU: Die haben keine LINKEN!)

Auf diese Frage führen alle immer als Erstes an, dass es ihnen gefällt, wenn die Stadt auch noch ein bisschen von ihrer Geschichte zu erzählen hat, wenn man noch historische Bausubstanz hat, wenn man etwas von dem Atem und dem, was geschichtlich in dieser Stadt bisher geschehen ist, mitbekommt. In vielen Städten dieser Welt ist das wunderbar erhalten und in Hamburg ist es katastrophal schlecht. Wir wissen, dass das im Wesentlichen am Zweiten Weltkrieg liegt. Wir wissen aber auch, dass diese Stadt und diese Politik vieles zusätzlich zerstört hat und wir weiterhin Etliches an historischer Bausubstanz in dieser Stadt zerstören. Wir haben gegenwärtig das Beispiel des Gängeviertels, wo wieder die Gefahr besteht, dass ein bedeutender und lebendiger Teil der Geschichte dieser Stadt zerstört wird, und ich finde es wichtig, dass das gestoppt wird.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Ich möchte den verschiedenen Kommentatoren der Hamburger Zeitungen ausdrücklich meine Unterstützung zusichern, die gesagt haben, dass wir es im Fall des Gängeviertels mit einem Denkmalflegeskandal zu tun haben. Das betrifft die Senatorin direkt. Es ist ein Armutszeugnis für die Stadt und Herr Gretzschel spricht in seinem Kommentar im "Hamburger Abendblatt" sogar von der

"... Freien und Abrissstadt Hamburg ...".

Eine solche Klatsche für einen bürgerlichen Senat habe ich selten erlebt und ich finde, dass sie an dieser Stelle völlig richtig und angemessen ist.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Das Gelände des Gängeviertels ist seit zehn Tagen von Künstlern besetzt.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie zeigen, was an Lebendigkeit und Schönheit in diesem Bereich da ist, und sie sagen zwei Sachen. Sie wollen erstens das Gelände für die Öffentlichkeit zurückerobern und zweitens deutlich machen, dass die Situation der Kreativen in dieser Stadt schlecht ist, dass sie nicht gut unterstützt werden und dass es eine ideale Situation für die Senatorin und den Senat wäre, an dieser Stelle zu sagen, wir unterstützen die Kreativen in dieser Stadt und dieser Ort ist dafür ideal.

Die Reaktion des Senats auf diese Besetzung ist nicht nur unbefriedigend, sondern ich halte sie für eine Frechheit. Jeden Tag, an dem dieses Gelände nicht wieder ordentlich in Schuss gebracht wird und an allen Stellen und auf allen Stockwerken ge-

(Norbert Hackbusch)

nutzt werden kann, verfällt es weiter. Je näher der Winter kommt, desto schlimmer wird dieser Prozess vorangehen und dementsprechend muss jeder Tag genutzt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Eine Zwischennutzung, wie es gegenwärtig so freundlich genannt wird, ist nicht einmal ansatzweise eine Lösung. Eine Zwischenlösung verschiebt doch nur die Entscheidung auf eine Situation im Winter und meine Befürchtung ist, dass der Senat hier ein Problem aussitzen will. Das will die Hamburger Bevölkerung nicht, das wollen die wichtigsten Medienvertreter nicht und das wollen auch wir als Fraktion DIE LINKE nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Senat muss handeln, die Investoren haben versagt, das Gelände zu sanieren. Es ist nicht gemäß den Denkmalschutzvorgaben wiederhergerichtet worden und wir brauchen auch nicht lange darüber zu diskutieren, wann der Fehler gemacht worden ist, ob vor fünf oder vor 15 Jahren und mit welchem Verkauf, sondern die Situation ist gegenwärtig zu verändern und das ist die Aufgabe des Senats. Das Motto dieser Tage ist "in die Gänge kommen". Das ist das Motto für das Gängeviertel und für den Senat, dort in die Gänge zu kommen. Da wir am Beginn dieser Sitzung sind, möchte ich erklären, dass alle in der Bürgerschaft, die sich heute Abend das Gelände anschauen möchten, von mir herzlich eingeladen sind. Es gibt einen Sekt, es gibt Selters,

(Karl-Heinz Warnholz CDU: Donnerwetter!)

es gibt ein Bier, das gebe ich aus, und ich hoffe, dass möglichst viele dorthin kommen und uns das Gelände besuchen werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Hamann.

Jörg Hamann CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kollege Hackbusch, das ist eine ganz erstaunliche Ansage, die Sie hier machen,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Eine Einladung!)

oder auch Einladung, Freisekt soll es geben und DIE LINKE hat jetzt das Gängeviertel entdeckt. Ich war schon erstaunt, als Sie dies hier zur Debatte angemeldet haben. In Zeiten der Weltwirtschaftskrise hätte man vielleicht auch das eine oder andere Thema finden können,

(Michael Neumann SPD: Sportstadt Hamburg!)

vielleicht auch ein bisschen was zu den allgemeinen Themen in dieser Stadt, Richtung Kritik am Senat. Sie zitieren das "Hamburger Abendblatt", das meint, das sei ein wichtiges Thema, was es ohne Zweifel auch ist. Dem können Sie sich als LINKE dann auch nicht entziehen. Dementsprechend melden Sie es hier zur Debatte an und folgen erst einmal der Argumentation des "Hamburger Abendblatts".

(Dr. Andreas Dressel SPD: Komm' mal in die Gänge da!)

Aber zumindest in einem Punkt sind wir uns einig. Das Gängeviertel ist ein wichtiger Teil dieser Stadt. Wie das Gängeviertel erhalten und entwickelt werden soll, wird in dieser Stadt aber nicht erst seit ein paar Wochen diskutiert, sondern ich erinnere mich an die ersten Diskussionen im Bezirk Hamburg-Mitte, das ist 15 Jahre her.

Die nächste Mär, mit der wir hier aufräumen möchten, ist folgende: Es ist auch nicht richtig, dass in den letzten 15 Jahren das Gängeviertel nun völlig vernachlässigt wurde. Es wurde immer auch in die Substanz des Gängeviertels investiert, beispielsweise in die Wohnungsbauten an der Caffamacherreihe oder wenn Sie sich das Gebäude des heutigen Engelsaals ansehen. Es ist wunderbar erhalten, unten finden Sie Gastronomie, in der Mitte den Engelsaal mit Operette, oben Wohnungen – ein wirklich passendes Konzept. Es ist genau der Investor, der dieses Gebäude wieder hergerichtet hat, der nach wie vor an der Gesellschaft beteiligt ist, die den Zuschlag für die Weiterentwicklung des Gängeviertels hat. Richtig ist, dass die Umsetzung des Projekts sich bis heute leider verzögert hat. Das hat aber natürlich auch mit den vielen Schwierigkeiten zu tun, die dieses Projekt nun einmal zum Inhalt hat. Sowohl der Senat als auch der Bezirk Hamburg-Mitte haben immer versucht, sämtliche Änderungen und Bemühungen konstruktiv zu begleiten. Und ich habe wirklich die Hoffnung, dass sich dieses Projekt jetzt auf der Zielgeraden befindet.

Herr Kollege Hackbusch, es mag sein, dass Sie nun vor dem Hintergrund der Bundestagswahl versuchen, hier zu punkten.

(Michael Neumann SPD: Das können Sie bei der Sportstadt nachher!)

Ich weiß nicht, was im Einzelnen Ihre Ziele sein sollen. Gelingen kann es Ihnen nicht. Auch Ihr Argument, die historische Bausubstanz würde abgerissen, ist so nicht richtig. Ein Teil wird erhalten und nicht alles, was wir hier als historische Bausubstanz diskutieren, ist unbedingt erhaltenswert oder überhaupt noch erhaltbar. Wenn ich mir beispielsweise in der Stadt anschau, wo neue, moderne Projekte entstanden sind, dann kann ich auch das Gängeviertel nehmen. Sicherlich nicht das Gängeviertel, über das wir jetzt reden, aber es

(Jörg Hamann)

gab früher auch ein Gängeviertel dort, wo heute das Chilehaus steht. Damals wurde in eine ganz andere Richtung diskutiert. Damals hieß es, das seien menschenunwürdige Wohnungen. Sie mögen es aus einer gewissen Nostalgie heraus schön finden. Wir können auch gerne nachher dorthin gehen und gemeinsam einen Sekt trinken, aber zum Wohnen eignen sich diese Gebäude doch nun wirklich nicht, weder vor 100 noch vor 150 Jahren noch heute. Da kann man nicht wohnen.

(Beifall bei der CDU und bei *Jens Kerstan GAL*)

Ich mache auch gerne einen Ausflug auf die Uhlenhorst. Dort gibt es wunderschöne Gründerzeitbauten, die von Ihrer Partei immer als Schlitzbauten bezeichnet werden.

(*Dora Heyenn DIE LINKE*: Schlitzbauten?)

– Kennen Sie den Begriff nicht? Lassen Sie sich informieren.

Da wird immer behauptet, das sei schon menschenunwürdig, Wohnen auf der Uhlenhorst. Aber in diesen Bauten im Gängeviertel wollen Sie wieder Wohnungen installieren, dort soll es wieder Wohnraum geben, das ist neben der Sache.

Ihr pauschaler Ruf nach Künstlern ist ebenso wenig hilfreich.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Die sind doch da!)

Allein nach Künstlern zu rufen, wo ist das Projekt, wo ist das Konzept, was soll man machen? Man ruft, es mögen Künstler kommen, dann kommen sie und es wächst alles grün?

(Zuruf von *Wilfried Buss SPD*)

Was Sie sich da vorstellen, Herr Kollege Buss, offensichtlich von Ihnen unterstützt, ist scheinbar so eine Art sozialistischer Streichelzoo für Künstler,

(Beifall bei der SPD und der GAL – Heiterkeit bei allen Fraktionen)

ohne irgendeinen Ansatz, wie das finanziert werden soll oder welche Konzepte dort im Einzelnen umgesetzt werden sollen. Das alles erinnert mich im Wesentlichen an das, was Ihre große Schwesterpartei in den 40 Jahren DDR gemacht hat. Das dortige Staatsmotto war immer: Trümmer schaffen ohne Waffen. Das stellen Sie sich offensichtlich auch vor.

Wir werden diesen Bereich nicht entwickeln können ohne ein rundum gutes Konzept, wie es jetzt auch vorliegt. Ein Konzept, das vernünftiges, modernes Wohnen, Gewerbe und selbstverständlich auch Künstler beinhaltet, war von Anfang an vorgesehen. Nie war irgendwas anderes geplant. Insofern mag sich Ihr Beitrag an irgendwelche Wähler richten, die Sie sich erhoffen, vielleicht erhoffen Sie sich auch eine erneute Überschrift im

"Hamburger Abendblatt". Für eine ernsthafte Politik reicht das aber bei Weitem nicht, das ist zu dünn. – Danke.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Oldenburg.

Dr. Christel Oldenburg SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Herr Hamann, das Thema Denkmalschutz scheint Ihnen nicht sehr am Herzen zu liegen.

(*Wilfried Buss SPD*: Nee!)

Das finde ich wirklich sehr schade, denn hier geht es doch darum, ein Stück Alt-Hamburg zu erhalten, von dem wir wirklich nicht mehr viel haben. Im Jahr 1883 wurde damit begonnen, die Fachwerkhäuser auf dem Großen Grasbrook abzureißen, um Platz für die neue Speicherstadt zu schaffen. Viele Betroffene wichen auf die Alt- oder Neustadt aus, später gingen eben auch diese Viertel verloren. Historische Bausubstanz gibt es in Hamburg eben nur wenig. Es gilt leider immer noch das inzwischen geflügelte Wort des früheren Direktors der Kunsthalle, Alfred Lichtwark, von der "Freien und Abrissstadt Hamburg",

(Beifall bei *Dr. Eva Gumbel GAL*)

die so unbedarft mit ihrem baulichen Erbe umgegangen ist. Das darf jetzt nicht fortgesetzt werden.

(Beifall bei der SPD und bei *Kersten Artus DIE LINKE*)

Historische Häuser und Bauwerke schaffen für Menschen Identität mit ihrer Umgebung, mit ihrer Stadt, die sie zu einem guten Leben in einer Metropole brauchen. Schon aus diesem einen Grund darf das Gängeviertel nicht dem Abriss zum Opfer fallen. Es ist ein Armutszeugnis für die Stadtentwicklungspolitik des Senats, dass erst Künstler mit der Besetzung der Häuser auf den katastrophalen Umgang mit dem historischen Gängeviertel aufmerksam machen müssen. Aber die Künstler weisen mit ihrer Aktion nicht nur auf das Dutzend Häuser aus verschiedenen Epochen hin, sie weisen auch auf einen Mangel der Kulturpolitik hin,

(*Wilfried Buss SPD*: Richtig!)

gerade für junge unbekannte Künstler. Künstler brauchen bezahlbare Ateliers für ihre Kunst. Daran mangelt es aber gewaltig in der Hansestadt.

(Beifall bei der SPD und bei *Norbert Hackbusch* und *Christiane Schneider*, beide *DIE LINKE*)

Der Senat stellt die Stadt gerne als bedeutende Kulturmetropole und Zentrum der Kreativwirtschaft dar. Realität ist aber, dass viele Künstler wegen hoher Atelierkosten ihre Kunst gar nicht ausüben

(Dr. Christel Oldenburg)

können und ihnen nichts anderes übrig bleibt, als aus Hamburg abzuwandern. Berlin freut sich über dieses kreative Potenzial. Das muss sich jetzt dringend ändern. Da reicht es auch nicht, eine Kreativagentur zu gründen, sondern hier ist konkrete Hilfe bei Mietkosten gefordert. Viele Künstler und Kreative in dieser Stadt fühlen sich vom Senat leider vernachlässigt.

(Beifall bei der SPD und bei *Elisabeth Baum*
DIE LINKE)

Natürlich freuen wir uns, dass die Künstler die Erdgeschosses von zwölf Häusern vorerst nutzen dürfen, aber damit ist es nicht getan. Die Frage ist doch, wie lange dürfen sie denn bleiben. Das Problem ist der Vertrag mit dem niederländischen Investor Hanzevast. Seit die Immobiliengruppe das Viertel im Jahre 2006 gekauft hat, ist nichts geschehen. Es sieht so aus, dass der Investor nach dem Vertrag, den der Senat ausgehandelt hat, das Recht hat, große Teile des Ensembles abzureißen. Wenn es stimmt, dass der Investor kein Geld hat, den Vertrag zu erfüllen, und der Senat das Recht hat, den Vertrag zu kündigen, dann muss das jetzt schnellstens geschehen.

(Beifall bei der SPD und bei *Kersten Artus*
und *Norbert Hackbusch*, beide *DIE LINKE*)

Alle Gebäude müssen dringend saniert werden, um die Bausubstanz zu erhalten. Viele Häuser sind in einem derart schlechten Zustand, dass sie den kommenden Winter kaum überstehen werden. Wenn der Senat wirklich eine Lösung zugunsten des Gängeviertels und der Künstler will, dann muss er schnell erklären, wie es denn weitergehen soll. Es darf auf keinen Fall nur eine kurzfristige Genehmigung zur Nutzung der Räume aus wahltaktischen Gründen geben und dann rollen später doch die Abrissbagger. Das darf auf keinen Fall passieren.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD fordert deshalb den Erhalt des Gängeviertels. Hier kann der Senat ein Zeichen setzen, indem dringend benötigte Flächen für Künstler an exponierter Stelle in der Innenstadt geschaffen werden. Mit einem denkmalgeschützten Gängeviertel würde das letzte Zeugnis einer Vergangenheit erhalten, die früher das gesamte Hamburger Stadtbild prägte. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Gümbel.

Dr. Eva Gümbel GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Frau Oldenburg, lieber Herr Hackbusch! Frau Oldenburg, zunächst einmal ein Kompliment an Sie, Sie haben die Unterlagen wirklich gründlich gelesen und im Gegensatz zu

Herrn Hackbusch ist Ihnen aufgefallen, dass es Herr Lichtwark und nicht das "Hamburger Abendblatt" war, der zuerst von der Abrissstadt Hamburg gesprochen hat.

(Beifall bei *Robert Heinemann* CDU und Unmutsäußerungen bei der SPD)

Ich finde es wichtig, die Sachen genau zu betrachten, wenn man sich vordergründig so gemeinmacht.

Der Künstler Daniel Richter ist Schirmherr der Aktion im Gängeviertel. Er ist einer der wichtigsten Repräsentanten der Hamburger Kunstszene, seine Bilder erzielen sechsstellige Summen und seine Werke finden sich in den Museen der Welt. Die Biografie von Daniel Richter veranschaulicht die Bedeutung der Subkultur für die Kunst- und Kulturszene. Im Gängeviertel finden wir derzeit den subkulturellen Kontext, aus dem die kreative Stadt wächst: Unbequem, kreativ, kritisch und innovativ, wichtig und anregend für die Stadt und die Kulturszene. Die 200 Künstlerinnen und Künstler der Initiative "Komm in die Gänge" haben mit der Bespielung der leerstehenden Altbauten an der Caffamacherreihe und dem Valentinskamp die Initiative ergriffen und viele von uns Parlamentariern, nicht nur Sie, lieber Herr Hackbusch, waren dort und haben sich das angeschaut.

Ich möchte hier ausdrücklich das besonnene Auftreten der Initiative und ihrer Sprecherinnen und Sprecher loben. Mit ihrer Aktion weisen sie auf zwei Missstände hin, zum einen auf den Leerstand der letzten zwölf Häuser des Gängeviertels, was zu Ödnis und Verwahrlosung mitten in der Innenstadt führt und das Stein gewordene kulturelle Erbe mit Füßen tritt. Zum anderen weisen sie auf das Fehlen von Atelierräumen für Künstlerinnen und Künstler hin. Ich möchte hier ausdrücklich betonen, dass in beiden Punkten kein Dissens herrscht. Wir teilen die Einschätzung, dass es für bildende Künstler einen großen Bedarf an günstigen Räumlichkeiten für kreatives Schaffen gibt. Mit dem Aufbau des Kreativwirtschaftsclusters hat der Senat dies auf den Weg gebracht. Die Ungeduld auf Seiten der Künstlerinnen und Künstler ist gleichwohl zu verstehen. Die Bereitstellung von innerstädtischen Räumen zur kreativen Entfaltung gerade subkultureller Bewegung war und ist ein wichtiges Anliegen, nicht nur von uns Grünen, sondern des gesamten Senats. Es findet seinen Niederschlag

(*Dr. Andreas Dressel* SPD: Ach so!)

im neuen Leitbild "Wachsen mit Weitsicht".

(*Dr. Andreas Dressel* SPD: Da muss man aber weit gucken, um das zu entdecken!)

An dieser Stelle gilt auch ein ausdrückliches Lob dem Senat für sein ebenfalls besonnenes Handeln. Zu keiner Zeit wurde mit Räumung gedroht. So sehen Hamburger Verhältnisse heute aus.

(Dr. Eva Gümbel)

(Beifall bei der GAL)

Hier agiert ein Senat auf Augenhöhe mit seinen Bürgern. Um das derzeitige, nach juristischer Maßgabe illegale Besetzen der zwölf Häuser im Gängeviertel in einen Zustand der Rechtmäßigkeit zu überführen, muss ein Zwischennutzungsvertrag zwischen der Initiative und der Stadt geschlossen werden. Da geht es vor allen Dingen um Sicherheits- und Haftungsfragen.

Ich appelliere an dieser Stelle sehr eindringlich an die Initiative, die ausgestreckte Hand der Stadt zu ergreifen. Ich betone dabei, so wie der Vertrag mit dem Investor Hanzevast geschlossen ist – wir wissen alle, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass das in der letzten Legislaturperiode geschehen ist –, ist natürlich im Augenblick – Frau Oldenburg, das wissen wir auch – an diesem Vertrag nicht zu rütteln. Wir wissen, dass diese Frist zu laufen beginnt, wenn die Baugenehmigung von Seiten des Senats erteilt ist, das ist im Augenblick noch nicht der Fall. Wenn die Baugenehmigung erteilt wird – Sie wissen wahrscheinlich auch alle, dass das im Augenblick noch hängt, weil einige Dinge nicht ganz so gelaufen sind, wie sie hätten laufen sollen –, dann fängt diese Frist an zu laufen, es sind sechs Wochen plus zwei. Im Augenblick gilt dieser Vertrag also noch und deshalb kann es sich nur um eine Zwischennutzung handeln. Was passiert, wenn der Investor seinerseits seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen kann, wird dann Gegenstand weiterer Debatten in diesem Hause sein. Heute haben wir eine vertraglich eindeutige Situation, an die wir gebunden sind. Sollte sich an der vertraglichen Situation etwas ändern, bin ich guter Hoffnung, dass eine für die Stadt und die Künstler vernünftige dauerhafte Lösung im Gängeviertel gefunden wird.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Was aus ehemaligen Outcasts werden kann, zeigt sich am eingangs erwähnten Schirmherr der Gängeviertel-Initiative. In den Achtzigerjahren Hausbesetzer, hat er einen kometenhaften Aufstieg hinter sich. Aus dem subkulturellen Kontext der Hafenstraße wurde der Maler Daniel Richter

(Glocke)

– ich glaube, es ist ihm selbst etwas unheimlich – zum Superstar der kreativen Kunstszene, ein Star, mit dem sich Hamburg heute gerne schmückt. – Danke.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Senatorin von Welck.

Senatorin Dr. Karin von Welck: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Um das Gängeviertel

mit seinen alten Speichern und Kontorhäusern ist, wir haben es schon gehört, in den letzten Jahren viel gerungen worden. Lange fand sich keine Lösung. Die Diskussionen um die Sanierung dieses Althamburger Quartiers reichen weit zurück, bis endlich 2003 ein erstes Konzept vorlag. Das jahrelange Tauziehen mündete dann im September 2008 in einen Vertrag zwischen einem Investor und der Stadt, wonach auf dem Areal von 4500 Quadratmetern Alt- und Neubauten für Wohnen, Gewerbe, Gastronomie und Läden entstehen sollen, so wie das Herr Hamann beschrieben hat. Der Vertrag sieht einen klaren Zeitrahmen für Pläne, Verträge und Genehmigungen vor und enthält strenge Vorgaben unseres Denkmalschutzamts.

Frau Gümbel, vielen Dank, dass Sie es noch einmal richtig gestellt haben, dieses Vorurteil Freie und Abrissstadt Hamburg von Alfred Lichtwark ist wirklich ein gepflegtes Vorurteil. Ich lade Sie alle ein, sich einmal anzuschauen, was an guter Denkmalpflege in den letzten Jahren in Hamburg passiert ist.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Gleichwohl finden wir seit dem vorletzten Wochenende eine neue Situation vor. Eine sehr besonnene Künstlerinitiative, dafür bin auch ich sehr dankbar, hatte das Gängeviertel besetzt und hat alternative Vorstellungen zur Revitalisierung dieses Quartiers. Meine Behörde hat als Reaktion auf die Künstlerinitiative in Absprache mit den anderen Behörden Gespräche aufgenommen mit dem Ziel, das Anliegen der Künstler zu diskutieren und eine einvernehmliche, konstruktive und auch in die Zukunft weisende Lösung zu finden.

Zunächst wollen wir mit den Künstlern eine Zwischennutzung dieses Areals vereinbaren. Hierzu führen wir intensive Verhandlungen, die noch andauern, auch heute Nachmittag wird es weitergehen. Bei Lösungen, die darüber hinausgehen, gibt es zu bedenken – das wurde von Frau Gümbel schon sehr deutlich gesagt –, dass ein rechtsgültiger Vertrag mit einem Investor über Sanierung und Restaurierung des Viertels vorliegt. Für den Senat halte ich fest, dass wir vertragstreu bleiben werden und müssen. Im Moment stockt es an der Baugenehmigung des Bezirks, da gibt es noch Nacharbeit zu machen. Wir hoffen, dass der Bezirk da in die Gänge kommt.

Inwieweit es Spielräume gibt, die sich mit den Interessen der Künstlerinnen und Künstler in Einklang bringen lassen, sollte in ruhiger Atmosphäre zwischen allen Beteiligten weiter geklärt werden. Die Besetzung des Gängeviertels sehen wir im Kontext der Bereitstellung von Immobilien für die Kreativbranche insgesamt. Wir haben auf diesem Feld in den letzten Jahren zwar durchaus Fortschritte gemacht, indem wir zum Beispiel Kreativimmobilien zur Verfügung gestellt haben und weitere planen und indem wir unser Atelierprogramm

(Senatorin Dr. Karin von Welck)

mit Hilfe eines Mäzens in der Speicherstadt ausdehnen konnten. Dennoch bekenne ich mich ausdrücklich zu einem Handlungsbedarf in diesem Bereich. Ein attraktives Umfeld für die Entwicklung und den Erhalt einer kreativen Szene und die Weiterentwicklung der Kreativwirtschaft macht sich wesentlich an einem Immobilienangebot fest, das sich an den Bedürfnissen und Erwartungen der Branche orientiert. Kreativschaffende benötigen Freiräume und ungewöhnliche Orte, an denen neue kreative Szenen entstehen und sich entfalten können.

Mit unserer Drucksache Aufbau des Kreativwirtschaftsclusters Hamburg vom 30. Juni dieses Jahres, die auch hier beraten wurde, haben wir ein klares Konzept vorgestellt, wie wir mehr Räume für die Kreativszene zur Verfügung stellen werden und, Frau Oldenburg, da ist auch an das Problem der Mieten gedacht; Sie erinnern sich an diesen Immobilienfonds.

Unter Moderation meiner Behörde ist inzwischen ein Informationsnetzwerk der relevanten Behörden und öffentlichen Gesellschaften entstanden. In Kürze werden wir Vorschläge für Kreativflächen präsentieren können, die sich unter anderem auf Zwischennutzungsangebote, aber auch auf langfristige Angebote beziehen. Erste Flächen haben wir bereits in den letzten Wochen mit Kreativschaffenden besichtigt, auch die Atelierflächen für 30 Künstler in der Behringstraße und Ruhrstraße, die noch in diesem Herbst bezogen werden können, sind ein erstes Ergebnis dieser Bemühungen.

Sie sehen, wir sind auf einem guten Weg und ich hoffe, das gilt auch für das Gängeviertel. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Schneider.

Christiane Schneider DIE LINKE: Meine Damen und Herren, Frau Präsidentin! Herr Hamann, wir möchten doch festhalten, dass die Diskussion um das Gängeviertel, um die Bewahrung eines Stücks Hamburger Geschichte, um die Frage einer Stadtentwicklung, die Vielfältigkeit und Integration fördert, dass diese Debatte heute nicht geführt würde ohne die hoffnungsvolle Aktion der Künstlerinnen und Künstler und dafür auch aus diesem Hause ganz herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

An die Adresse der CDU möchte ich sagen, dass das Grundstück, von dem wir heute reden, nach dem Höchstpreisverfahren verkauft wurde. Seit 2002/2003 ist es die Politik des Senats, städtische Liegenschaften nur noch im Höchstpreisverfahren zu verkaufen, das heißt, an den, der am meisten bietet. Mit diesem Verfahren bedient sich die Stadt

eines enorm wichtigen Steuerungsinstruments der Stadtentwicklung. Es sorgt mit dafür, dass sich die Logik des Immobilienmarktes, die Logik der höchstmöglichen Rendite, fast ungehindert durchsetzen kann. Alle anderen wesentlichen Gesichtspunkte der Stadtentwicklung treten hinter der Marktlogik zurück.

Die Marktlogik führt dazu, dass viele Leute sich langsam keine Wohnungen mehr in innenstadtnahen Quartieren leisten können, dass sie aus bis dato günstigen Wohnungen regelrecht vertrieben werden, dass die Stadtteile sozial immer mehr entmischt werden und somit soziale Spaltung und Ausgrenzung zunehmen, oder dass die Stadtteile verrotten wie im Gängeviertel, dass Vielfältigkeiten und damit die Lebendigkeit der Stadt verloren geht. Dies erleben wir in St. Georg, im Schanzenviertel, in St. Pauli, wir haben es erlebt in Ottensen und wir erleben es an vielen anderen Orten. Das Gängeviertel hat seine Spezifika, aber es ist eines von vielen Brennpunkten der Auseinandersetzung um Stadtentwicklung.

Die SPD spricht im Hinblick auf das Höchstpreisverfahren zu Recht von einem Fehler, wie es einer Presseerklärung des Abgeordneten Grote zu entnehmen war. Aber der Vorwurf der Gleichgültigkeit gegenüber einer sozialen und integrativen Innenstadtentwicklung trifft nicht nur den schwarzen beziehungsweise schwarz-grünen Senat, er trifft auch die SPD und den vormaligen rot-grünen Senat. Das Gängeviertel verrottet nicht erst seit gestern, es verfällt seit den Neunzigerjahren. Wenn der schwarz-grüne Senat auf eine Kleine Anfrage meines Kollegen Hackbusch antwortet:

"Eine Sanierung mit Haushaltsmitteln wurde geprüft, scheidet jedoch aus fiskalischen Gründen aus.",

dann gilt, jedenfalls im Ergebnis, diese Aussage auch für den rot-grünen Vorvorvorgängersenat. Auch er hat es versäumt, frühzeitig eine Sanierung einzuleiten. Wenn die Bezirksverwaltung Hamburg-Mitte auf eine Anfrage unserer Fraktion in der Bezirksversammlung vom vergangenen Sommer auf die Frage – Zitat –:

"Wie viele Wohnungen zu welchen voraussichtlichen Preisen sollen im Rahmen des Projekts errichtet beziehungsweise erhalten werden?"

antwortet:

"Es sollen 76 Wohneinheiten entstehen. Die Preise sind nicht bekannt. Dies ist baurechtlich nicht relevant.",

so mag der letzte Satz ja sachlich richtig sein, stadtentwicklungspolitisch ist er jedoch eine Katastrophe.

(Beifall bei der LINKEN)

(Christiane Schneider)

In einem Artikel des "Hamburger Abendblatts" vom 23. Juli 2008 – er wurde nach Beendigung des Vertragsstreits zwischen dem holländischen Investor und dem Bezirk Hamburg-Mitte publiziert – ist zu lesen:

"Es könnte ein 30 Millionen Euro teures Vorzeige-Quartier und ein Touristenmagnet wie die Berliner Hackeschen Höfe entstehen. Das 'Gängeviertel' soll mit Künstlern, Gewerbetreibenden, Unternehmen, Cafés, kleinen Geschäften, aber auch mit neuen Wohnungen belebt werden. Touristen sollten ein Stück Alt-Hamburg hautnah erleben können."

(Jörg Hamann CDU: Was haben Sie dagegen?)

Die Hackeschen Höfe sind alles andere als ein Vorbild für Stadtentwicklung.

(Beifall bei der LINKEN)

Um fast die gleiche Zeit nämlich übte der Berliner "Tagesspiegel" Kritik an den Hackeschen Höfen. Ich zitiere:

"Schluss mit billig: Rund um den Hackeschen Markt werden kleine Geschäfte und Lokale verdrängt. Die Besitzer können sich die horrenden Mieten nicht mehr leisten."

Genau das darf im Gängeviertel nicht eintreten.

(Beifall bei Norbert Hackbusch DIE LINKE)

Nur eine breite Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei der Stadtplanung kann das verhindern. Die Bedingungen im Gängeviertel sind optimal. Es gibt, Herr Hamann, ein alternatives Nutzungskonzept. Sie finden es auf www.gaengeviertel.info. Lesen Sie es einmal nach. Es gibt auch einen Appell des Vereins für Hamburgische Geschichte und der Arbeitsgruppe Denkmalschutz bei der Patriotischen Gesellschaft. Nehmen Sie sich das zu Herzen und setzen Sie sich damit auseinander. – Danke.

(Beifall bei der Linken und bei Andrea Rugbarth SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Martens.

Brigitta Martens CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Trotz aller Unterschiedlichkeiten liegen wir meines Erachtens in den wesentlichen Punkten gar nicht so weit auseinander oder sind uns sogar einig.

(Olaf Ohlsen CDU: Siehst du! – Dr. Andreas Dressel SPD: Außer Herr Hamann! – Norbert Hackbusch DIE LINKE: Reden Sie mal mit Herrn Hamann darüber!)

Es haben bereits alle auf den städtebaulichen Vertrag hingewiesen, das erspare ich mir jetzt. Wir alle wollen so viel Altbausubstanz wie möglich im Gängeviertel erhalten. Wir wollen alle kurzfristig sofortige Maßnahmen zur Sicherung der Gebäude, um den weiteren Verfall zu stoppen. Wir wollen alle schnellstmöglich eine Klärung der vertraglichen Situation durch das Immobilienmanagement der Stadt. Wir wollen alle zunächst einmal eine temporäre Zwischennutzung der Erdgeschosse im Gängeviertel für die Künstlerinitiativen.

Frau von Welck hat darauf hingewiesen, dass die Stadt zurzeit intensive Gespräche durch die Kulturbehörde und die BSU mit der Initiative "Komm in die Gänge!" führt. Von dieser Seite kann man sich zum jetzigen Zeitpunkt eine Entwicklung und Nutzung des Gängeviertels als kreatives Viertel durchaus vorstellen und die schwarz-grüne Koalition hat sich ebenso wie unser Senat eindeutig zu einer kreativen Stadt Hamburg bekannt. Dazu – Herr Buss, Sie werden morgen wahrscheinlich mitdebattieren – gibt es die bekannte Drucksache zum Aufbau des Kreativwirtschaftsclusters.

An dieser Stelle ein kurzer Exkurs zum Thema Atelierflächen in Hamburg. Die Künstler im Gängeviertel wollen auch grundsätzlich auf die Raumnot in der Stadt aufmerksam machen. Tatsächlich haben wir in Hamburg bereits rund 280 geförderte Atelierflächen. Wir haben also im Vergleich zu Berlin – jetzt wird ein großes Raunen durch den Raum gehen –, wo 800 Flächen gefördert werden, noch eindeutig zu wenig Atelierflächen. Wir wissen alle, wie existenziell wichtig Raum, vor allem günstiger Raum, für Künstler ist.

Stichworte wie Kreativagentur, Bestandsaufnahme von Kreativflächen, Fonds Zwischennutzung städtischer Flächen und Räume zeigen jedoch, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Dass es den betroffenen Künstlern häufig nicht schnell genug geht, kann ich, wie Frau Gümbel, aus ganzem Herzen nachvollziehen, aber ein Dampfer braucht nun einmal ein bisschen, bis er in Fahrt kommt.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das ist ein langsamer Dampfer!)

Aus anderen Debatten wissen Sie, dass ich nicht für Schuldzuweisungen bin, sondern eher für eine Politik, die den Blick nach vorne richtet, und ich sage ganz deutlich, dass die Stadt im Gängeviertel zeitlich nur noch eine Chance hat. Deshalb heißt mein Appell, kreativ zu sein, eingefahrene Denkmuster zu hinterfragen, eingeschliffene Denkbahnen zu verlassen

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das geht jetzt an Herrn Hamann wahrscheinlich!)

und das Gängeviertel unter einem neuen und ungewohnten Blickwinkel zu betrachten – Herr Dressel, Sie waren in der SPD auch an dieser Entwicklung beteiligt –

(Brigitta Martens)

(Dr. Andreas Dressel SPD: Wir sind dabei!)

und das Gängeviertel aus einem neuen und ungewohnten Blickwinkel zu betrachten als ein historisches Viertel mit innovativer Nutzung, auch in bestehenden Verträgen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Grote.

Andy Grote SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Vorab, Frau Senatorin, vielleicht eine kleine Richtigstellung: Der Bezirk Hamburg-Mitte ist in die Gänge gekommen und hat heute fristgerecht die Baugenehmigung erteilt. Insofern stellt sich also die Frage, wann der Senat in die Gänge kommt.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL – Jens Kerstan GAL: Klasse!)

Die Besetzungen durch die Künstler im Gängeviertel am vorletzten Wochenende haben ein Schlaglicht auf einen städtebaulichen Missstand im Gängeviertel geworfen, der nicht länger hinnehmbar ist. Wir haben heute zu Recht gehört, dass man den Künstlern dafür danken muss, dass sie eine so große Aufmerksamkeit für dieses Thema erzeugt haben, und auch die breite überregionale Aufmerksamkeit zeigt, welche Bedeutung der Umgang mit dieser Frage hat.

Hamburg hat viel zu viel historische Bausubstanz verloren und ist jahrelang zu nachlässig mit der Substanz umgegangen, die nach dem Krieg und anderen historischen Ereignissen übrig geblieben ist. Wir sprechen heute immer von dem Gängeviertel; in Wahrheit waren große Teile der Hamburger Innenstadt durch Gängeviertel geprägt. Die paar Häuser, über die wir jetzt sprechen, sind das letzte Stück Gängeviertel, das noch übrig geblieben ist und in dem man diese alte, früher typische Struktur der Hamburger Innenstadt noch erleben kann. Insofern kann man es keinem Hamburger mehr erklären, wenn dieses Stück jetzt weitestgehend verloren geht. Das muss gestoppt werden.

(Beifall bei der SPD und bei Elisabeth Baum DIE LINKE)

Nun müssen alle möglichen Szenarien genutzt werden, um aus den bestehenden Verträgen auszusteigen. Es ist richtig, dass es zurzeit noch vertragliche Bindungen gibt, aber es ist auch richtig, dass dieser Vertrag Mechanismen vorsieht, die nach der erteilten Genehmigung vom Investor verlangen, dass bestimmte Zahlungen geleistet und kurze Fristen eingehalten werden, sodass ein Vertragsausstieg schon innerhalb weniger Wochen möglich sein könnte. Der Zeitpunkt, diese Chance zu nutzen, ist gekommen und es ist Aufgabe des Senats, dafür Sorge zu tragen.

Richtig ist auch, dass der eigentliche Sündenfall – das ist bisher nur in einem Beitrag angeklungen – vor vielen Jahren stattgefunden hat, als man das Grundstück zum Höchstpreis an einen Investor verkaufte. Nun geht es auch um die Grundstücks politik des Senats, die verkannt hat, dass das Gängeviertel kein Investoren-, sondern ein Sanierungsprojekt ist. Wir müssen also grundsätzlich umdenken und der Senat muss seine finanzielle Verwertungslogik aufgeben. Die hamburgischen städtischen Grundstücke sind nicht nur eine zu mobilisierende Vermögensmasse, sondern ein wichtiges öffentliches Gut, mit dem wir zum Wohle aller und im Interesse einer guten Stadtentwicklung in Hamburg verantwortlich umgehen müssen. Das passiert an vielen Stellen nicht.

(Beifall bei der SPD und bei Norbert Hackbusch und Christiane Schneider, beide DIE LINKE)

Insofern war die Veräußerung im damaligen Verfahren ein schwerer Fehler, der uns jetzt einholt.

(Wilfried Buss SPD: Richtig!)

Die Veräußerung hatte zur Folge, dass Investoren, die nicht in der Lage waren, die Planung zu realisieren, Verantwortung für das Grundstück übernommen haben. An dem Konzept klingt zwar manches, wie es geschildert wurde, ganz gut, Tatsache ist aber auch, dass zur Umsetzung dieses Konzeptes in all den Jahren seit Abschluss der Verträge mit dem inzwischen zweiten Investor nicht das Geringste passiert ist. Insofern muss man irgendwann einmal zu dem Schluss kommen, dass die Investorenlösung gescheitert ist und wir grundsätzlich andere Wege gehen müssen.

(Beifall bei der SPD und bei Christiane Schneider und Kersten Artus, beide DIE LINKE)

Wenn wir sagen, der bisherige Umgang mit dem Grundstück sei ein Fehler gewesen und gescheitert und wir würden aus dem Vertrag aussteigen, dann müssen wir auch sagen, wohin wir wollen. Ich denke, dass es zum jetzigen Zeitpunkt nur eine Lösung gibt, nämlich die unentgeltliche Übertragung des Grundstücks auf das städtische Wohnungsunternehmen SAGA GWG.

(Wilfried Buss SPD: Richtig!)

Es ist mit den Verhältnissen im Gängeviertel vertraut und hat die Möglichkeit, ohne zeitliche Verzögerung noch in diesem Winter die erforderlichen Sanierungsmaßnahmen einzuleiten. Das gesamte Projekt muss von Grund auf anders angegangen werden. Anstatt es unter Rentabilitäts Gesichtspunkten zu betrachten, muss es als Sanierungsprojekt behandelt werden, mit dem wir eine Entwicklung in der Hamburger Innenstadt grundsätzlich auf eine neue Schiene setzen. Wir haben die Chance, ein lebendiges, urbanes, sehr ausstrah-

(Andy Grote)

lungskräftiges Wohn- und Kreativquartier zu schaffen mit halbwegs preisgünstigen Wohnungen und mit Kreativflächen,

(Glocke)

die auch den Bedarfen der Künstler entsprechen, die noch nicht etabliert sind.

(Glocke)

Das ist der letzte Halbsatz.

(Heiterkeit bei allen Fraktionen)

Insofern wird sich hier auch beweisen, ob an der gesamten Rhetorik des Senats ...

(Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Herr Grote, das mit dem Halbsatz schafft nicht einmal Thomas Mann. Ihre Redezeit ist definitiv zu Ende.

(Beifall bei der SPD)

Das Wort bekommt Senatorin von Welck.

Senatorin Dr. Karin von Welck: Lieber Herr Grote! Ich hoffe sehr, dass der Bezirk den Baugenehmigungsvertrag tatsächlich noch nachbearbeitet, denn am Freitag wies er erhebliche Mängel auf. Apropos Sündenfall: Die Genehmigung des Vertrags, der 2008 mit Hanzevast abgeschlossen wurde, wurde auf dringenden Wunsch des Bezirks Hamburg-Mitte erteilt. Dies wollte ich nur noch einmal richtigstellen, denn man kann auch ein wenig Geschichtsklitterung betreiben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Becker.

Horst Becker GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ob die Investorenlösung gescheitert ist oder nicht, wissen wir noch nicht. Das wird sich darüber entscheiden, ob bei Fälligkeit der zweiten Kaufpreiskrate die Bedingungen erfüllt werden oder nicht. Falls sie nicht erfüllt werden, fällt das Gängeviertel an die Stadt Hamburg zurück, die dann dafür sorgen wird, dass es winterfest gemacht wird. Sicherlich wird der Bezirk Hamburg-Mitte auch in konzeptioneller Hinsicht Hilfe brauchen und wir werden über die weitere Vorgehensweise beraten müssen.

Heute für das Gängeviertel den Kaffeesatz zu lesen, halte ich für verfrüht. Aktuell müssen wir abwarten, ob der Kaufpreis gezahlt wird oder nicht, davon wird die Zukunft des Gängeviertels abhängen. Das vorliegende Konzept war von allen Beteiligten gewünscht und für gut befunden worden. Jetzt so zu tun, als ob dem nicht so wäre, halte ich für falsch. Auch vom Bezirk selbst war das Konzept für gut und realisierungswert befunden worden

und alle waren froh über diese Lösung. Dann sollte man jetzt nicht so tun, als hätte man die jetzigen Schwierigkeiten schon vorausgesehen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Hinsichtlich der Baugenehmigung habe ich heute auch noch einmal nachgefragt. Herr Grote, ich bin fest davon überzeugt, dass Sie bessere Drähte zum Bezirk Hamburg-Mitte haben als ich.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Sie sind da ja auch Koalitionspartner, oder?)

Nichtsdestotrotz funktionieren manche Drähte schneller und manche langsamer, lieber Herr Dr. Dressel. Meine letzte Information ist, dass zum derzeitigen Stand die Baugenehmigung doch noch mit Mängeln behaftet ist.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Welchen Stand hatten Sie da eigentlich?)

Sollte die Baugenehmigung inzwischen erteilt worden sein, ist das meiner Meinung nach für uns alle ein Schritt nach vorne. Ich würde es außerordentlich begrüßen, wenn der Bezirk Hamburg-Mitte das geschafft hat. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Hackbusch.

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, Herr Hamann! Schon allein das, was wir bisher gehört haben, zeigt, dass sich die Debatte lohnt. Das Thema Gängeviertel, bei dem so starke Selbstkritik sowohl von den Senatoren als auch von der SPD geübt wird, ist es wert, öffentlich debattiert zu werden. Was hier geschehen ist, halte ich für gut und ich freue mich darüber, dass es sich in dieser Stadt lohnt, Häuser zu besetzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Da schaffen wir etwas, da verändern wir etwas und das gefällt mir sehr und wird auch in weiteren Debatten eine wichtige Rolle spielen.

Der eindeutig wichtigste Punkt in der jetzigen Situation ist meiner Meinung nach die Erteilung der Baugenehmigung. Kommt diese Investitionsumsetzung tatsächlich zustande, bedeutet dies das Ende einer Enklave, die wir alle verteidigen wollen.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Genau!)

Das darf nicht geschehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn wir alle einvernehmlich feststellen, Frau Martens, dass die Art und Weise, wie die Baugenehmigung bisher erteilt worden ist, ein Fehler war und wir mit dem Gängeviertel eine Enklave, die gegenwärtig für diese Stadt absolut notwendig ist, er-

(Norbert Hackbusch)

halten müssen, dann müssen wir auch gemeinsam verhindern, dass dieser Investitionsplan umgesetzt wird.

(Jens Kerstan GAL: Wie denn?)

Das ist ein entscheidendes Moment und da werden wir sehen, wie viel Kreativität diese Stadt hat. Sie reden ja immer gerne von erfolgreicher Umsetzung. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Buss.

Wilfried Buss SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Motto "Komm in die Gänge" ist sehr gut gewählt, weil es einerseits die Bevölkerung aufruft, sich das letzte Stück Hamburger Innenstadt mit historischer Bausubstanz noch einmal anzusehen, bevor es möglicherweise völlig zerfällt, und andererseits die Politik dazu auffordert, auf diese Aktion der Künstlerinnen und Künstler zu reagieren, und zwar dergestalt, dass man endlich in die Gänge kommt, was man seit spätestens 2006 versäumt hat zu tun.

Ich will nicht noch einmal wiederholen, was alles, Herr Hamann, in Ihrem Sinne bisher gelaufen ist, denn Ihr Beitrag hat gezeigt, welches bisherige überkommene Denken dazu geführt hat, dass die Hamburger Innenstadt so ist, wie sie ist, und dass man andere Wege beschreiten muss – wie es auch Berlin teilweise getan und geschafft hat –, zwar immer mit dem Risiko, dass die Gentrifizierung auf dem Fuße folgt, so wie wir es in der Schanze oder auf St. Pauli erleben, aber doch immerhin mit dem Ziel, diese Flächen erst einmal zu erhalten und nicht der Spitzhacke zu opfern. Von daher kann man es dieser Künstlergruppe gar nicht hoch genug anrechnen, dass es ihr zum Ende der Sommerpause gelungen ist, den Finger auf den schlechten Zustand des Gängeviertels zu legen und darauf, wie es meine Kollegin Oldenburg dargelegt hat, wie mit dem kulturellen Erbe der Stadtgeschichte umgegangen worden ist, aber auch, Frau Senatorin, den Finger auf die fürchterliche Situation zu legen, in der sich die freien Künstler in der Stadt Hamburg befinden.

Schon 2007, Frau Senatorin, daran erinnere ich mich gut, gab es eine Podiumsdiskussion der freien Künstlerszene in Altona, bei der auch Sie und der Kollege Müller dabei waren, der damals behauptet hat, die GAL würde, falls sie an die Regierung käme, dafür sorgen, dass es der freien Künstlerszene besser gehen werde und dass seine Partei dafür eine ziemlich hohe Summe in eine Stiftung oder Ähnliches einbringen würde, um dieses Ziel zu realisieren.

Realität ist wieder einmal, dass daraus nichts geworden ist. Auch Sie, Frau Senatorin, haben da-

mals gesagt, Sie würden die Angelegenheit sehr ernst nehmen und alles daran setzen, dass sich die Situation für die Künstlerinnen und Künstler verbessere. Die jetzige verdienstvolle Aktion der Künstlerinnen und Künstler zeigt, dass Sie in Ihrer Behörde zwar in vielen Bereichen etwas getan haben. Sie erzählen auch noch der Presse, es seien immerhin 7 Millionen Euro mehr im Kulturretat, aber in der Künstlerszene ist kein einziger Euro angekommen, wie wir bei der Haushaltsberatung festgestellt haben.

Das ist die Realität, so gehen Sie mit dieser freien Künstlerszene um. Es ist gar nicht Ziel Ihrer Behörde, den Nährboden für bildende Kunst weiter zu fördern, damit mehr Kreativität in Hamburg gedeihen kann. Stattdessen erstellen Sie ein Kreativwirtschaftscluster und halten die Künstlerszene mit Versprechungen hin. Bezeichnend ist auch, wer aus Ihrer Behörde die Verhandlungen geführt hat. Es war nicht der Senatsdirektor der Behörde für Kunst und Kultur, sondern der Abteilungsleiter für Medien und Kreativwirtschaft.

(Frank Schira CDU: Ist das schlimm?)

Aber die Künstlerinnen und Künstler, um die es eigentlich geht, wollen in erster Linie mit diesen Leuten verhandeln. Allerdings hatte ich erwartet, dass auch Herr Bethge als derjenige, der die Kultur an sich vertritt, Verhandlungspartner gewesen wäre.

Wir Sozialdemokraten halten fest: Hinsichtlich des Umgangs mit der Künstlerszene gibt es offensichtlich nach wie vor Nachholbedarf in dieser Koalition, insbesondere bei den Vertretern Ihrer Fraktion, Herr Hamann. Ich hoffe, dass mit dieser Aktion ein erster Schritt gemacht wird, alles Notwendige adäquat umzusetzen und unter anderem auch ermöglicht wird, dass die Bevölkerung mit der Kunstszene nicht nur irgendwo entlegen in der Ruhrstraße, sondern auch in der Innenstadt in Kontakt treten kann.

(Jörg Hamann CDU: Erst wurde die Baugenehmigung erteilt, jetzt wird gebaut! So ist das!)

Das wäre sehr verdienstvoll und sinnvoll, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Grote.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Jetzt kommt der letzte Absatz!)

Andy Grote SPD:* – Gemeint war natürlich vorhin der letzte Halbsatz, ich bitte die undeutliche Aussprache zu entschuldigen.

Auf einen Punkt möchte ich noch einmal hinweisen, Frau Senatorin, nämlich auf den Bezirk Ham-

(Andy Grote)

burg-Mitte und dessen Rolle. Der Bezirk Hamburg-Mitte hat mit übrigens sehr stabilen rot-grünen Mehrheiten auch schon in der letzten Legislaturperiode das Vorhaben unter den gegebenen Rahmenbedingungen nach der Veräußerung außerordentlich kritisch begleitet.

Die politischen Mehrheiten im Bezirk wollten bereits im Jahr 2008 einen Ausstieg aus dem Projekt. Das war jedoch nicht möglich, weil das Immobilienmanagement einen Vertrag abgeschlossen hatte, der dies überhaupt nicht zuließ und die Stadt letztendlich mit unverantwortbar hohen Schadenersatzforderungen hätte dastehen lassen. Erst auf Drängen des Bezirkes wurde 2008 ein neuer ergänzender Vertrag geschlossen und erst in diesem Vertrag wurden die Ausstiegsszenarien vereinbart, die uns jetzt in den Stand versetzen, einen Ausweg aus dem Projekt zu finden. Insofern können Sie davon ausgehen, dass der Bezirk alles Erforderliche getan hat und auch weiterhin tun wird. Der Ball ist jetzt im Feld des Investors und wenn der, so wie es aussieht, nicht zahlen kann, dann liegt der Ball im Feld des Senats. Da reicht es natürlich nicht aus, wenn Sie als Kultursenatorin Ihre Bereitschaft bekunden, die Kreativen zu unterstützen, was Sie ja auch an vielen Stellen tun. Nur, für die Flächen ist die Finanzbehörde Immobilienmanagement verantwortlich und von ihr hätte ich gerne einmal eine Stellungnahme. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – *Michael Neumann SPD*: Ja, so ist die Finanzbehörde!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Gümbel.

Dr. Eva Gümbel GAL: Meine Damen und Herren! Zum Schluss möchte ich ganz kurz noch etwas sagen. Das Thema eignet sich in keiner Weise zu dem, wozu es hier gemacht wurde. Es ist kein Thema, mit dem die SPD oder die LINKE Wahlkampf führen können.

(*Michael Neumann SPD*: Das entscheiden Sie! – *Norbert Hackbusch DIE LINKE*: Euren Wahlkampf macht sowieso der Senat! Das ist eine Unverschämtheit!)

Das ist eine ernste Sache. Lieber Herr Hackbusch, Sie saßen seinerzeit auch hier im Parlament bei den Grünen. Sämtliche Rednerinnen und Redner haben so getan, als könnten sie ihre Hände in Unschuld waschen und als hätte die ganze Angelegenheit keinen parlamentarischen Vorlauf gehabt, weder im Parlament noch im Bezirk Hamburg-Mitte. Alle tun so, als seien sie in der Vergangenheit nicht daran beteiligt gewesen, als könnte man sich gegenseitig die Schuld zuschieben und als befänden wir uns jetzt in einer Situation, die von einem Tag auf den anderen vom Himmel gefallen wäre. Das finde ich, ehrlich gesagt, ziemlich langweilig und unverantwortlich gegenüber denen, die es be-

trifft und eine Lösung haben wollen. Ich halte es auch für eine Unverschämtheit, wenn Sie alle wider besseres Wissen so tun, als gäbe es diese vertragliche Situation nicht und als könne der Senat augenblicklich handeln. Wir alle wissen, dass er dies nicht kann, weil der Ball, wie es Herr Grote im Halbsatz eingeräumt hat, im Augenblick tatsächlich beim Investor liegt. Sollte es anders kommen, dann können wir uns gemeinsam überlegen, wie wir damit fortfahren werden. Herr Buss, Sie möchte ich ganz herzlich bitten, Ihre Drucksachen so zu lesen, dass Sie wissen, dass wir beim Flächenmanagement die 300 000 Euro eingestellt haben. Sie brauchen also nicht lange auf eine Stellungnahme von der Finanzbehörde zu warten, die gibt es nämlich bereits. – Danke.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Martens.

Brigitta Martens CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Da wir gerade beim Grundsätzlichen sind: Herr Hackbusch, es ist an dieser Stelle nicht angebracht, dass Sie hier quasi zu Hausbesetzungen aufrufen. Das sollten Sie sich noch einmal überlegen.

(Beifall bei der CDU – *Michael Neumann SPD*: Wir lieben die CDU!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen zum ersten Thema der Aktuellen Stunde.

Dann kommen wir zum zweiten Thema der Aktuellen Stunde, angemeldet von der CDU-Fraktion: Sportstadt Hamburg auf einem guten Weg!

Wer wünscht das Wort? – Herr Ploog, bitte.

Wolfhard Ploog CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sportstadt Hamburg auf einem guten Weg heißt das Thema, das wir angemeldet haben, und im Vorfeld hörte ich einige, die sich skeptisch zu diesem Thema äußerten.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Von Ihrer Fraktion oder wer?)

Aktuelles soll man in der Aktuellen Stunde verkünden und besprechen und umso wichtiger ist es, wenn wir Gutes zu verkünden haben. Sie werden sicher gehört und gelesen haben, dass Hamburg, in der glücklichen Situation, eine sportbegeisterte Metropole zu sein, das Riesenglück hat, den Ruuder-Weltcup 2011 durchführen zu können.

(*Michael Neumann SPD*: Woher wussten Sie am Montag schon, dass das am Diens-

(Wolfhard Ploog)

tag beschlossen wird? – Beifall bei der CDU und der GAL)

Aber dies allein ist nicht der Grund, das Thema anzumelden. Es ist wichtig, das Parlament wissen zu lassen, was sich aktuell im Sport bewegt und es in die Öffentlichkeit hineinzutragen, weil es vor allem eine Reverenz an die Sportlerinnen und Sportler ist, die Höchstleistungen vollbringen, und eine Reverenz an das Ehrenamt, das das Erbringen dieser Leistungen ermöglicht.

Wir begrüßen in diesen Tagen erfolgreiche Ruderinnen und Ruderer, die aus Posen in Polen zurückkehren und bei der Ruder-WM Gold- und Silbermedaillen errungen haben.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Meine Damen und Herren! Wir haben vor wenigen Tagen eine Teilnehmerin und sieben Teilnehmer aus Hamburg als Olympioniken für die Deaflympics in Taiwan verabschiedet. Acht Olympioniken aus Hamburg an diesen speziellen Weltspielen des Sports ist eine Superleistung und ich finde, das muss gewürdigt und kann hier auch verkündet werden.

(Beifall bei der CDU und bei Horst Becker und Andreas Waldowsky, beide GAL)

Wir haben, auch das ist ein wichtiges Thema, vor wenigen Tagen die Generalprobe der deutschen Nationalmannschaft der Frauen im Rollstuhlbasketball in Hamburg miterleben können, die Generalprobe vor der EM in England. Das sind wichtige Dinge, die wir ruhig benennen können, weil sie zum zentralen Leitprojekt Sportstadt Hamburg gehören. Wenn wir Gutes tun, wenn andere Gutes tun, sollten wir das auch so verkünden.

Es ist Zeit für eine Zwischenbilanz der Sportpolitik, die Erfolge zu benennen und aufzuzeigen, dass wir auf dem richtigen Weg sind, die Sportstadt Hamburg weiter auszubauen. In diesem Zwischenbericht kommt es darauf an, die Wertschätzung des Ehrenamtes noch einmal hervorzuheben und auch die Leistungen der Sportlerinnen und Sportler.

Lassen Sie mich kurz Punkte aus dem laufenden Programm der Stadt erwähnen, die wir aufgenommen haben: Die Sanierung der Lehrschwimmbecken, ein immer wiederkehrendes Thema, steht kurz vor dem Beginn. Wir haben, und dies ist jetzt keine Aufzählung in zeitlicher Reihenfolge, die Erhöhung der städtischen Zuschüsse für "Kids in die Clubs" vorgenommen, damit auch Kinder und Jugendliche aus sozial schwächeren Schichten die Integration in den Vereinen erleben können. Wir werden in Kürze einen fraktionsübergreifenden Antrag für das Deutsche Turnfest 2017 in Hamburg hier zu beraten haben.

(Vizepräsidentin Nebahat Güclü übernimmt den Vorsitz.)

Wir werden in 2011 die Europäischen Betriebs-sportmeisterschaften in Hamburg feiern können. Wir haben den Sportentwicklungsplan auf den Weg gebracht und die Kombibahn in Horn und in wenigen Tagen eröffnen wir das Internat am Olympiastützpunkt am Dulsberg. Ganz wichtig ist die Sanierungsoffensive für die Sportanlagen, die uns allen eine Herzensangelegenheit ist und hoffentlich bleibt. Allein 13 Kunstrasenplätze sind in diesem Jahr in Hamburg schon fertiggestellt worden. Das ist ein ambitioniertes Programm, eine Riesenleistung. Ein Dank geht an alle Behörden vor Ort, die damit beschäftigt waren. Allein im Bezirk Altona, ich habe mich heute noch einmal erkundigt, sind in diesem Jahr bereits sieben Plätze saniert worden, sodass der Sport dort künftig besser und verletzungsfreier betrieben werden kann.

(Beifall bei der CDU und der GAL – Dr. Andreas Dressel SPD: Fehlerfrei vorgelesen!)

In einigen Tagen, am 9. September, eröffnen wir das Internat für den Rudersport im Ruderclub Süderelbe und bauen damit Hamburg auch als Stützpunkt des Rudersports aus.

(Michael Neumann SPD: Ich habe das Sportabzeichen zum elften Mal gemacht! Warum haben Sie das nicht erwähnt, was soll denn das jetzt hier?)

– Herr Neumann, ich begreife, dass Sie nicht verstehen, worum es geht. Sie sind nie ein besonderer Unterstützer des Sports und der Sportstadt Hamburg gewesen, weil Sie diesem Leitprojekt niemals etwas abgewinnen konnten.

(Michael Neumann SPD: Selbst das ist falsch! – Glocke)

Ich komme zum Schluss, meine Damen und Herren. Unterbrechen Sie mich nicht immer.

(Beifall bei der CDU und der GAL – Glocke)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü (unterbrechend): Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss.

Wolfhard Ploog (fortfahrend): – Mein Schlusssatz kommt.

Wenn die SPD-Fraktion anlässlich der Vergabe der Schwimm-WM nach Dubai dies als große Schlappe für den Senat bezeichnet hat,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Dann ist das richtig!)

dann war das nicht einmal eine billige Halbwahrheit, es war schlicht unwahr. Und eine Hamburger Zeitung hat dies dann auch genüsslich ...

(Glocke – Michael Neumann SPD: Sie kennen sich mit Unwahrheiten doch aus, Herr Ploog!)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü (unterbrechend): Herr Abgeordneter, das ist mehr als ein Satz. Ihre Redezeit ist zu Ende.

Wolfhard Ploog (fortfahrend): – Ein Teilsatz noch.

(*Michael Neumann SPD*: Sie kennen doch die Regularien, das weiß doch keiner besser als Sie!)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü (unterbrechend): Wie denn? Abgeordneter Ploog, Ihre Redezeit ist leider abgelaufen.

Wolfhard Ploog (fortfahrend): – Ja, vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat Frau Juliane Timmermann.

Juliane Timmermann SPD: Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Herr Ploog, Ihren Worten kann ich eigentlich nur beipflichten und sagen, da sind wir ganz an Ihrer Seite. Ich habe, genau wie Sie, eine Themenliste abgearbeitet und konnte eben nur Haken machen. Was Sie erwähnt haben, ist genau das, wovon ich ausgegangen bin. Das sind Ihre Erfolgskriterien, die Sie uns heute benennen.

Allerdings war ich, wie Sie schon sagten, wirklich verwundert, dass Sie dieses Thema heute angemeldet haben. Wahrscheinlich ist eine frohe Botschaft zu verkünden gewesen, aber die Frage ist, ob Sportpolitik tatsächlich ein Jubelthema ist. Es begann mit 16 Zeilen im Koalitionsvertrag. Sportentwicklungsplan und Sportstättenanierung waren dort Ihre wesentlichen Themen und Sie haben bereits erwähnt, das möchte ich auch lobend hervorheben, dass Sie das eine oder andere auf den Weg gebracht haben.

Ist also die Sportpolitik auf dem richtigen Weg? Ich möchte hier ein Zitat von Herrn Wolf, Leiter des Bereichs Infrastruktur und Sportexperte der Handelskammer und wirklich kein Mensch, der uns nahesteht, anbringen:

"Alles, was wir in den vergangenen Monaten diesbezüglich sehen, ist Ziellosigkeit. Uns ist nicht klar, was der Senat mit der Sportstadt verbindet."

Wie kommt Herr Wolf zu dieser Einschätzung? Außer den von Ihnen erwähnten Aktivitäten haben wir das folgende Handeln der Senatorin und ihrer Behörde erlebt: Umzug der Behörde mit erheblichen Mehrkosten, Überlegungen zum Sondervermögen Sport beziehungsweise Sportstättenmanagement, die bisher nur zur Verunsicherung bei den Vereinen geführt haben. Und es fehlt immer noch ein klares Bekenntnis zur entgeltfreien Nutzung der

Sportstätten. Hier schweigt die Senatorin. Die Unterstützung der Europameisterschaften des Betriebssportverbandes haben Sie bereits erwähnt. Doch diese Unterstützung steht auf wackeligen Beinen. Eine Bürgerschaft über 200 000 Euro wird es nicht geben, der Betriebssportverband gerät in Not. Dazu kommt die Verabschiedung vom Masterplan Volkspark, um nur einige Punkte zu nennen.

Ich komme zu meinem Lieblingsthema, und zwar zu den Großveranstaltungen. Auch hier gibt es eine lange Liste an Veranstaltungen, die dieser Senat bezuschusst beziehungsweise auch für Hamburg gewonnen hat. Herr Jäger hat hier mehrfach die folgenden beeindruckenden Zahlen genannt: Im Jahr 2000 gab es nur sechs Großveranstaltungen und in den letzten drei Jahren, 2006, 2007 und 2008, waren es immerhin 20. Es ist blöd, wenn man das einer Mathematikerin sagt. Wenn dies die Indikatoren für den Erfolg und die Aktivitäten des Senats sein sollen, bin ich überrascht. Teile ich 20 durch 3, komme ich auf 6,6. Im Jahr 2000 waren es sechs Veranstaltungen. Das macht also ungefähr eine halbe Veranstaltung mehr oder, auf drei Jahre gesehen, zwei Veranstaltungen; ein wahres Ruhmesblatt, das Sie sich da anheften.

Ich möchte noch etwas zu den Großveranstaltungen sagen und ein Zitat von Herrn Kausch, Hamburg Marketing GmbH, anführen. – Zitat:

"Hamburg wird nicht als Sportstadt wahrgenommen."

Kommen wir zur Chronik des Scheiterns: Universiade-Bewerbung nicht erfolgt, Ausrichter Südkorea; Schwimm-WM gescheitert, Ausrichter Dubai; Tennis am Rothenbaum, Verlust des ATP-Status, Zukunft ungewiss; Judo-Otto-World-Cup, Ausrichter ab 2010 Düsseldorf; Judo-WM 2011, Ausrichter Paris; Basketball Final Four, vorzeitiger Weggang aus Hamburg, Ausrichter ab 2010 Frankfurt; Beachvolleyball Europaserie, Ausrichter 2009 Berlin. Dies sind nur die Abgänge der jüngsten Zeit. Die Sportstadt Hamburg auf einem guten Weg? Ich mache ein Fragezeichen dahinter. Die Chronik des Scheiterns zeigt eindrucksvoll die Versäumnisse dieses Senats. Einzelne richtige Schritte – und da sind wir ganz bei Ihnen, wir haben das jedes Mal begleitet – sind auf den Weg gebracht. Ein konzeptionelles Vorgehen, insbesondere bezogen auf die Großveranstaltungen, ist nicht zu erkennen.

Aus den letztgenannten Punkten sind vielleicht die Auffassungen von Herrn Wolf und Herrn Kausch als auch meine Irritation, als ich Ihre Anmeldung dieses Themas sah, zu erklären. Ein Hamburger Profil bei Großveranstaltungen, wie es die Classics, Marathon und Triathlon für sich in Anspruch nehmen, wäre eine Erfolgsgarantie und ein Konzept, das sich weiterzuverfolgen lohnt. Diesen Zug haben Sie leider verpasst.

(Juliane Timmermann)

Die Sportstadt Hamburg hat mehr verdient. Wir werden Ihre Sportpolitik weiterhin konstruktiv-kritisch begleiten und ich bedanke mich an dieser Stelle für den ersten Eindruck.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat Herr Becker.

Horst Becker GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Sportstadt Hamburg ist, das ist meine Meinung, auf einem guten Weg. Aber ich bin zum Teil auch der Meinung von Frau Timmermann, die das im Grunde als Baustelle dargestellt hat. Es gilt beides: Hamburg hat als Sportstadt keine große Tradition und diese Tradition muss man sich erarbeiten. Dafür muss man jeden Morgen aufstehen und sich wieder hinten anstellen und darum bemühen, dass man eine Sportveranstaltung nach Hamburg bekommt.

Sie haben das als eine Chronik des Scheiterns dargestellt. Ich greife bewusst ein paar Beispiele von Veranstaltungen heraus, die Sie genannt haben. Zum Beispiel hätten wir für diesen Judo-World-Cup 250 000 bis 400 000 Euro bezahlen müssen, und zwar im Wesentlichen dafür, dass Funktionäre in noblen Hotels untergebracht worden wären. Es war eine Veranstaltung, die an und für sich in der Alsterdorfer Halle sehr gut verortet war. Es wurde aber plötzlich der Wunsch geäußert, das in der Color Line Arena zu veranstalten. An diesem Punkt mussten wir uns als Stadt auch überlegen, hat das die Strahlkraft, ist es das wert oder müssen wir mit dem Geld, das uns zur Verfügung steht, anders kalkulieren.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Hier war es ganz vernünftig und richtig, so zu entscheiden. Es ist schlicht falsch, wenn Sie sagen, der ATP-Standort oder diese Zehnerserie seien uns verloren gegangen. Zu der Geschichte und zu dem Verlust wenden Sie sich doch bitte an den Deutschen Tennis Bund. Hamburg hat seinen Teil getan, dass das diesjährige Turnier überhaupt stattfinden konnte. Darüber sollte man dann auch einmal reden.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

An dieser Debatte wird klar, dass jeder unter dem Begriff Sportstadt Hamburg etwas anderes versteht. Kollege Ploog hat das hier auf allen Ebenen bearbeitet und so sehe ich es auch. Frau Timmermann hat ein Bild gezeichnet, als ob die Sportstadt Hamburg nur aus Großveranstaltungen bestehe. Aus meiner Sicht gibt es keine Definition des Begriffs Sportstadt Hamburg. Jeder hat ein eigenes Bild davon. Aber mein Bild ist nicht Ihres, Frau Timmermann. Die Sportstadt Hamburg besteht für mich nicht aus Großveranstaltungen, sondern ich sehe 500 000 Mitgliedschaften von Menschen im

organisierten Sport. Das ist die Sportstadt Hamburg. Ich sehe Hunderttausende von unorganisierten Sportlern,

(Beifall bei der GAL und der CDU)

ich sehe die Leute, die um die Alster joggen, um gesund und fit zu sein, ich sehe die ehrenamtliche und die professionelle Arbeit in den Vereinen für gesundheitliche Prävention und Rehabilitation. Auch das ist die Sportstadt Hamburg.

Wir haben den Sportentwicklungsplan aufgelegt, wir machen ein großes Programm der Sportstättenanierung. Fast jeder vierte Sportplatz in dieser Stadt wird in dieser Legislatur saniert werden, Hunderttausende werden davon profitieren. Insoweit sind wir auf einem guten Weg. Das wird in der Stadt auch bemerkt werden und das ist es wert, hier auch einmal erwähnt zu werden. Insoweit gebe ich dem Kollegen Ploog völlig recht.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL und der CDU)

Auch etwas anderes fiel mir im Zusammenhang mit der Sportstadt Hamburg auf, merkwürdigerweise fällt es mit dieser Debatte zusammen. Die beiden Profivereine im Fußball, der Hamburger Sportverein und der FC St. Pauli, grüßen jeweils von der Spitze der Tabelle der deutschen Profi-Ligen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Auch das ist unter Schwarz-Grün möglich und auch das ist die Sportstadt Hamburg. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU und Heiterkeit bei der SPD)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat Dr. Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Becker, damit hatte ich eigentlich gerechnet, dass Sie die Themenanmeldung damit begründen, dass die beiden Fußballvereine in Hamburg gut dastehen, denn etwas anderes haben Sie eigentlich nicht vorzuweisen.

(Beifall bei der SPD)

Frau Timmermann hat zu Recht davon gesprochen, dass wir zumindest in dieser Legislaturperiode mit einer Chronik des Scheiterns konfrontiert sind. Es kann ja auch immer passieren, dass man bei einer Bewerbung eine Abfuhr erhält. Aber, Herr Schira, ich finde es wirklich ziemlich blöd, um das einmal so hart zu sagen, dass nicht ein einziges Mal das ruhmreiche Sportamt dieser Stadt hinterher eine Analyse macht, warum wir eigentlich aus dem Wettbewerb herausgefallen sind; das wäre einmal eine Überlegung wert. Man holt sich ein

(Dr. Joachim Bischoff)

blaues Auge, geht einmal um das Haus und stellt sich wiederum an der nächsten Stelle an.

Wenn man hier über die Sportstadt diskutiert, dann muss man sich doch fragen, wohin dieser Bewerbungsmarathon, der jetzt von Herrn Jäger und Frau von Welck angekündigt wurde, führt. Ist das wirklich der Weg, den wir gehen müssen? Natürlich gehen von Großveranstaltungen immer auch bestimmte Impulse aus. Das ist aber doch eine ziemlich einseitige Geschichte, denn der Unterbau für die Sportstadt Hamburg ist ziemlich marode

(Beifall bei *Christiane Schneider DIE LINKE* und bei *Michael Neumann* und *Karin Timmermann*, beide SPD)

und ich kann nicht erkennen, dass Sie einen Kurswechsel vornehmen oder einen neuen Weg einschlagen. Das sehe ich einfach nicht.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Herr Ploog hat zu Recht von den Lehrschwimmbecken und den Turnhallen gesprochen. Das ist nun wirklich kein Ruhmesblatt. Sie wissen sicherlich auch, dass der mangelnde Neubau von Sportstätten, vor allen Dingen im Bezirk Hamburg-Mitte, und der erbärmliche Zustand der sanierungsbedürftigen Anlagen zu Engpässen in der Versorgung mit ausreichenden Kapazitäten zum Sporttreiben führt. Das ist natürlich ein Faktor, den wir uns ansehen müssen. Geradezu beeindruckend – ich habe durch mehrere kleine Anfragen versucht, das einzugrenzen – ist in diesem Zusammenhang, dass das hiesige Sportamt mehr als drei Jahre benötigt, um endlich eine geeignete Software für die digital gestützte Erfassung und Vergabe sämtlicher Sportstätten zu entwickeln. Das ist drei Jahre auf dem Weg und läuft immer noch nicht. Und Sie von der Union machen jedes Mal ein Riesentheater über Bürokratie und Todregulierung. Das müssten Sie sich einmal vornehmen und prüfen, warum so eine wichtige Geschichte für die Sportvereine und die Sporttreibenden nicht vorankommt.

Es werden meines Erachtens zurzeit alle Möglichkeiten vertan, die Sporttreibenden, und das sind wirklich Hunderttausende in dieser Stadt, spürbar zu entlasten und ihnen neue Wege zu öffnen. Dann führen Sie – Herr Ploog, das ist ein Debattepunkt ohne Ende – in Ihrer Rede noch einmal die 31 Millionen Euro an, die Sie für die Kombibahn in Horn investieren wollen. Das verknüpfen Sie mit dem Gedanken, eine nachhaltige Sanierung des Pferdesports in Hamburg auf den Weg zu bringen. Ich habe Ihnen schon im Ausschuss gesagt, sich einmal die Machbarkeitsstudie anzuschauen. Und wenn Sie das schon nicht machen, so sieht es jedenfalls für mich aus, dann hätten Sie wenigstens einmal Zeitung lesen sollen, denn dann hätten Sie erfahren – diese Ausgabe ist vom

letzten Freitag –, wie erbärmlich der Pferdesport dasteht, auch von den ökonomischen Rahmenbedingungen her. Und da wollen Sie jetzt mindestens 30 Millionen Euro investieren. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Ich bin ziemlich sicher, wenn Sie das Projekt durchdrücken, dann beschenken Sie der Stadt eine neue Ruine neben denen, die Sie schon haben.

Die Sportstadt Hamburg ist auf keinem guten Weg. Der Senat hält aus meiner Sicht unverdrossen an der Bevorzugung des Spitzen-, Leistungs- und Eventsports fest und fördert Projekte wie die Kombibahn in Horn und den Ausbau von Pferdeboxen und Parkplätzen beim Derby in Klein Flottbek. Gleichzeitig baut er die Platzwartstellen ab, schließt die kostenpflichtige Vergabe von Sportanlagen nicht mehr aus und verspielt, weil er auf diesem Weg unbelehrbar weitergeht, die Spitzenstellung, die Hamburg einmal im Breitensport hatte.

(Glocke)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü (unterbrechend): Herr Dr. Bischoff, Sie müssen zum Schluss kommen.

Dr. Joachim Bischoff (fortfahrend): – Ich bin am Schluss.

Das wäre eine Konsequenz. Verlassen Sie diesen Weg, den Sie in den letzten Jahren eingeschlagen haben.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat Senatorin von Welck.

Senatorin Dr. Karin von Welck: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Noch ein kleiner Nachtrag, lieber Herr Grote, zur letzten Debatte. Die Baugenehmigung konnte heute definitiv nicht erteilt werden aufgrund der nicht ausreichenden Arbeit im Bezirk Hamburg-Mitte.

(*Thomas Böwer SPD*: Hallo! Zum Thema!)

– Aber jetzt zum Thema.

Die Sportstadt Hamburg ist auf einem guten Weg. Herr Ploog und Herr Becker haben das eben noch einmal aufgefächert.

(*Michael Neumann SPD*: Eindrucksvoll!)

Daran können Sie, liebe Frau Timmermann und lieber Herr Bischoff, auch durch Ihr ständiges Gemosere an der Sportpolitik in Hamburg nichts ändern.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Lassen Sie uns lieber konstruktiv im Sinne der Sache zusammenarbeiten. Reden, in denen das Ein-

(Senatorin Dr. Karin von Welck)

schlagen auf den Senat als Qualitätsmerkmal gilt, tragen meines Erachtens nicht unbedingt dazu bei.

(Michael Neumann SPD: Genauso wie schönreden!)

Die Punkte wurden von Herrn Ploog und von Herrn Becker schon erwähnt, die wir anführen können dafür, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Natürlich ist es nicht das Verdienst des Senats, dass im Moment der HSV und der FC St. Pauli so erfolgreich sind, aber der Senat hat gemeinsam mit den Fraktionen von CDU und GAL die Rahmenbedingungen und Voraussetzungen dafür geschaffen, dass sich der Sport erfolgreich in unserer Stadt entfalten kann, und das ist meiner Meinung nach wichtig.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Meine Damen und Herren! Die Entwicklung der Sportstadt Hamburg ist ganzheitlich ausgerichtet. Das Veranstaltungskonzept für Bewerbungsvorhaben ist in die Sportentwicklung Hamburgs eingebettet und auf Veranstaltungen in den Schwerpunktsportarten Hockey, Schwimmen, Rudern, Beachvolleyball und im Nachwuchsbereich fokussiert und das finde ich gut so. Der Senat wird sich in diesem Sinne weiterhin für Sportgroßveranstaltungen bewerben. Doch auch eine sehr gut vorbereitete und dankenswerterweise auch von der SPD unterstützte Bewerbung bringt keine Garantie für den Zuschlag. Wir haben das bei der Bewerbung um die 15. Schwimm-WM erlebt.

Unser sehr gutes Konzept und die professionelle Präsentation der Hamburger Bewerbung in Rom haben in der internationalen Schwimmszene allerdings große Beachtung und Anerkennung gefunden. Und, Frau Timmermann, man kann scheitern, wenn man sich bewirbt. Wenn man sich gar nicht um solche internationalen Veranstaltungen bewirbt, wie das in der Vergangenheit geschehen ist, dann kann man natürlich auch nicht scheitern.

(Beifall bei der CDU und GAL – Michael Neumann SPD: Sauber vorbereitet!)

Herr Bischoff, glauben Sie doch bitte nicht im Ernst, dass eine Analyse dieses Scheiterns auch jetzt in Rom nicht stattfinden würde. Dass wir Ihnen das nicht gleich auf dem Silbertablett präsentieren, mag vielleicht nachvollziehbar sein, und auch, dass wir das natürlich auch nicht im Schnellverfahren machen wollen, sondern vernünftig.

Wir freuen uns natürlich über die Ruder-World-Cup-Bewerbung, die 2011 greifen wird. Und ich freue mich, dass wir dann nicht nur diese Ruderveranstaltung hier in der Stadt, sondern auch eine sanierte Ruderregattastrecke haben werden. Das ist ein ganz großer Erfolg auch im Rahmen der Sanierungsoffensive, über die Herr Becker schon gesprochen hat.

Frau Timmermann, es ist völliger Unsinn – Entschuldigung, aber es ist wirklich so – zu sagen, wir würden die European Company Sport Games nicht richtig unterstützen. Natürlich werden wir das tun, das haben wir auch immer den Veranstaltern gesagt. Da ist überhaupt nichts auf der Kippe und daran werden wir uns auch halten, da können Sie gewiss sein.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Es ist uns ein ganz wichtiges Anliegen, den Nachwuchs in unserer Stadt zu fördern. Das tun wir zum einen auf der Seite des Spitzensports, des Leistungssports, zum Beispiel mit der Erweiterung des Internats auf dem Dulsberg, aber wir machen auch eine ganze Menge für den Breitensport. Das ist mir ganz wichtig. Wer mich kennt, der weiß, dass mir beides wichtig ist, sowohl Leistungs- als auch Breitensport. Deshalb sehe ich, dass die Investitionen in die Sportstätten ganz wichtig für den sogenannten Breitensport sind.

Ich will ein paar Zahlen nennen. Es hört sich immer so an, als ob der Senat nichts mache. Der Senat macht, Gott sei Dank, eine ganze Menge. Die Sanierungsoffensive ist in vollem Gange, zusätzliche 16 Millionen Euro werden in dieser Legislaturperiode ausgegeben plus 1,3 Millionen Euro für den HSB zur Förderung der Vereine. Dann haben wir aus dem Konjunkturprogramm 10 Millionen an Baumitteln eingeworben, 2 Millionen noch einmal extra für die Regattastrecke, die ich schon erwähnte, 2 Millionen für die Lehrschwimmbecken und 3,4 Millionen für die Sportanlagen in den Bezirken. Das ist doch nicht nichts – bei aller Freundschaft.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Was mir besonders wichtig ist: Viele der Plätze und Hallen, die wir jetzt sanieren können, liegen in den sozialen Brennpunkten unserer Stadt. Die Sanierungsoffensive trägt also dazu bei, dass diese Stadtteile gestärkt werden. Sie macht es mit möglich, dass der Sport seine wichtige Funktion für Jugendliche noch besser entfalten kann. Dazu kommt, das hat Herr Ploog schon erwähnt, der Ausbau des Programms "Kids in die Clubs" durch zum Beispiel Programme wie "Kids in die Pools" und "Kids auf die Kufen". Beides finde ich sehr wichtig.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und der GAL)

Natürlich ist ein entscheidender Meilenstein für unsere Sportpolitik der Sportentwicklungsplan, der gerade in Arbeit genommen wurde. Die Bevölkerungsbefragung beginnt Anfang Oktober, kurz darauf folgt die Befragung der Vereine. Die ersten Zwischenergebnisse der Analysephase sind ab Januar 2010 zu erwarten, danach geht es, wie geplant, natürlich mit dem Sportausschuss in die dialogische Konzeptphase. Wie Sie sehen, ist der

(Senatorin Dr. Karin von Welck)

Sport wirklich ein ganz zentrales Anliegen für unseren Senat, den wir auch weiter entwickeln werden, damit die Sportstadt Hamburg weiter sympathisch und attraktiv bleibt. Und dabei bauen wir auf Ihrer aller Unterstützung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Meine Damen und Herren! Nach Paragraph 22 Absatz 3 der Geschäftsordnung haben alle Fraktionen jeweils noch fünf Minuten Redezeit.

Herr Ploog hat das Wort.

Wolfhard Ploog CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die gereizten Reaktionen der Fraktionen DIE LINKE und der SPD haben mir bewiesen, dass es völlig richtig war, das Thema anzumelden. Insofern verstehe ich gar nicht, was Sie schon im Vorfeld dagegen hatten.

(Beifall bei der CDU und bei *Horst Becker* GAL)

Lassen Sie mich mit wenigen Worten auf einige Dinge eingehen. Herr Dr. Bischoff, eine Analyse zur Absage der Schwimm-WM hat es in einer ersten Form schon gegeben, das war nachzulesen in der "Tageszeitung". Wenn es eine weitere verfeinerte Analyse geben wird, dann wird der Sport uns das sicher auch vorlegen. Im Übrigen habe ich das, was Sie interpretiert haben, zum Pferdesport hier gar nicht gesagt. Aber ich weiß ja, dass Sie auch ein Gegner des Leistungssports sind.

Und damit komme ich direkt zur SPD. Frau Timmermann hat nur aufgeführt, was alles nicht stattfindet, statt sich einmal gemeinsam mit den Sportlerinnen, Sportlern und uns darüber zu freuen, was hier alles stattfindet. Das habe ich Ihnen doch aufgezählt.

(Beifall bei der CDU und bei *Horst Becker* GAL)

Aber dieses wird von Ihnen bewusst ausgeblendet. Was ich Ihnen vorhin sagte, das haben Sie auch jetzt wieder geschafft: Sie haben es nicht einmal geschafft, Halbwahrheiten zu verkünden, sondern Sie wollen nur verunsichern, mehr schaffen Sie nicht.

(Beifall bei der CDU)

Ich nehme nur das Beispiel Masterplan Volkspark. Den hat doch Ihre Fraktion selber gar nicht gewollt. Der Kollege Jürgen Schmidt hat doch mit allen Mitteln versucht, dies zu verhindern.

(*Jan Quast* SPD: Wir wollten ihn nur besser!)

Ich weiß gar nicht, warum Sie das hier beklagen und dem Senat vorwerfen wollen. Wenn ich selber etwas nicht will, dann muss ich doch froh sein, wenn es nicht stattfindet.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Im Übrigen kann ich mich nur dem anschließen, was Herr Becker von der GAL-Fraktion gesagt hat: Die Sportstadt Hamburg ist nicht dadurch definiert, wie Sie vielleicht meinen, dass bestimmte Großprojekte nicht stattfinden, sondern dadurch, dass wir den Breitensport fördern.

(*Dirk Kienscherf* SPD: Das findet ja auch nicht statt, Herr Ploog!)

Das wurde über viele Jahrzehnte von Ihren Vorgängerinnen und Vorgängern in Ihrer Fraktion überhaupt nicht ernsthaft wahrgenommen. Dass Sie damals vom Leistungssport nichts gehalten haben, ist Geschichte. Deswegen müssen wir die Sportstadt Hamburg auch weiter aufbauen.

(*Wilfried Buss* SPD: Hammer Park!)

Insofern war es richtig, das heute zu diskutieren. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat der Abgeordnete Schumacher.

Sören Schumacher SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die CDU möchte heute also über die Situation des Sports in Hamburg mit uns diskutieren. Anlass ist aber vermutlich ausschließlich die gestern für das Jahr 2011 gewonnene Ruder-WM. Darüber freuen wir uns natürlich auch.

(*Wolfgang Beuß* CDU: Na bitte!)

Nutzen wir aber die Chance und diskutieren wir über die Situation des Sports in Hamburg. Es ist auch heute wieder klar geworden, wo der Fokus der Sportpolitik des Senats liegt. Das ist recht einfach zu erkennen, für ihn stehen Events im Vordergrund. Einmal ist es eine Schwimm-WM, ein anderes Mal ist es eine Ruder-WM, aber meistens werden diese Events nur recht halbherzig verfolgt und kosten auch zu viel.

(*Jörn Frommann* CDU: Wer beurteilt das denn?)

Über die Bewerbungskosten kommen schon einige Millionenbeträge zusammen.

Der Breitensport hat selten etwas von dieser Eventpolitik. Beispielhaft wird immer wieder der Triathlon genannt, aber wer sich auskennt, der weiß, dass Triathlon natürlich eine Individualsportart ist und der Vereinssport selten etwas davon

(Sören Schumacher)

hat, wenn Individualsportarten breit gefördert werden.

(Beifall bei der SPD – *Klaus-Peter Hesse*
CDU: Wie die Cyclastics!)

Aber wir alle sollten in der Hamburgischen Bürgerschaft gemeinsam für eine breit aufgestellte Sportpolitik kämpfen. Leider kann ich bei den Regierungsfractionen von GAL und CDU recht wenig Bewegung auf dieses Ziel hin erkennen. Grundlage für eine gute Sportpolitik könnte zum Beispiel sein, dass Sport für die Menschen in dieser Stadt erreichbar und bezahlbar ist und auch bleibt.

(Beifall bei der SPD)

Dafür müsste es selbstverständlich genügend Sportanlagen geben und diese müssten sich auch in einem ausreichend guten Zustand befinden. Natürlich sind nicht nur Sportplätze von Interesse, sondern auch, dass es ausreichende Hallenzeiten und -kapazitäten gibt. Die Wahrheit ist aber, dass wir im Sportausschuss nicht einmal darüber reden, was mit den Sporthallen ist. Die Sporthallen befinden sich im Eigentum der Schulen und damit nicht in der Zuständigkeit der Behörde für Kultur, Sport und Medien. Deshalb sprechen wir nicht darüber.

Als konkretes Beispiel, was sich ganz schnell verbessern muss, sei nur die lebenswichtige Schwimmfähigkeit unserer Kinder genannt. Doch wie sollen Kinder schwimmen lernen, wenn es nicht ausreichend Schwimmhallen gibt und natürlich auch keine ausreichenden Hallenkapazitäten für den Schul- und Vereinssport? Wir haben das hier schon mehrfach diskutiert.

(*Klaus-Peter Hesse CDU: Mach Feierabend!*
 – *Jörn Frommann CDU: Schicken Sie Ihre Kinder einmal hierher!*)

Wie kann Hamburg diesen Zielen ein bisschen näher kommen? Der Senat hat einen Sportentwicklungsplan auf den Weg gebracht. Das ist sicherlich eine vernünftige und gute Idee, doch richtig überzeugt bin ich bisher noch nicht. Ich möchte nicht, dass hinterher nur eine schön bunte PowerPoint-Präsentation dabei herauskommt, mit der man wieder durch die Lande ziehen kann.

(Beifall bei der SPD)

Zum Sportentwicklungsplan sei angemerkt, dass München, das uns hier vom Senat präsentiert worden ist, das Thema nicht mal eben in anderthalb Jahren durchgewinkt hat, sondern Jahrzehnte für eine anständige Sportentwicklung brauchte.

Aber was können wir tun? Sinnvoll wäre es, wenn die Fachpolitiker im Sportausschuss die Gelegenheit nutzen und dort grundsätzlich über die Situation des Sports diskutieren würden.

(*Olaf Ohlsen CDU: Was macht ihr denn sonst?*)

Sie sind herzlich dazu eingeladen. Vielleicht kommen die Regierungsfractionen doch noch ein bisschen in Bewegung und verschließen sich nicht der Diskussion.

(Beifall bei der SPD)

Für mich steht fest, dass Hamburgs Sportler auf jeden Fall mehr als Eventankündigungen verdient haben.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das war ein etwas abruptes Ende. – Das Wort hat Herr Becker.

Horst Becker GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist schwierig, dazu etwas zu sagen, Herr Schumacher.

(*Michael Neumann SPD: Das fällt Ihnen ja immer schwer!*)

Sie sagen, dass wir nicht mit Ihnen diskutieren. Wir haben einen Sportausschuss, in dem Sie auch sind, und da werden auch von Ihnen Themen angemeldet. Bis jetzt haben wir jedes Thema, von dem Sie wünschten, dass wir es im Sportausschuss diskutieren sollten, auch mit Ihnen diskutiert. Was wollen Sie denn eigentlich?

(Beifall bei der GAL und der CDU – *Michael Neumann SPD: Das ist die Arroganz der Macht!* – *Ingo Egloff SPD: Ich bin immer wieder begeistert von der Qualität der Redner der GAL in diesem Hause!* – Gegenruf *Jörn Frommann CDU: Das ist erst die Spitze!* – Zuruf von *Wilfried Buss SPD*)

Sie sagen, Großveranstaltungen kämen dem Breitensport nicht zugute. Dabei kommen gerade die Hamburger Sportveranstaltungen dem Breitensport zugute, weil sie alle so konzipiert sind, dass neben dem Top-Sportereignis noch sogenannte Jedermannereignisse stattfinden, wie wir es beim Triathlon oder bei den Cyclastics haben, wo ich übrigens bemerkenswert fand, dass 20 000 Jedermann auf dem Rad gesessen haben, während ich bei der Liveübertragung des sogenannten Profisporttrennens festgestellt habe, dass sowohl an der Strecke als auch bis kurz vor dem Ziel so gut wie überhaupt keine Zuschauer an der Strecke standen. Das Interesse galt hier doch überwiegend dem Breitensport. Was Sie da sagen, stimmt also überhaupt nicht.

Dann möchte ich darauf eingehen, was Herr Dr. Bischoff gesagt hat. Zur Auswertung der Schwimm-WM haben wir den Sportausschuss, da kann man Selbstbefassungen anmelden und auch darüber reden. Ich kann Ihnen hier auch gerne eine persönliche Einschätzung geben, was so durchgesickert ist und was über die Bewerbung so geregelt wurde. Daraus ist klar geworden, was die Senatorin schon gesagt hat. Es war eine inhaltlich

(Horst Becker)

und qualitativ sehr gute Bewerbung, die Hamburg in Rom vorgestellt hat, das ist auch bemerkt worden. Einen Hinweis darauf, warum wir den Zuschlag nicht bekommen haben, geben die Stellungnahmen des DOSB oder des Innenministeriums. Dort war in den Zwischentönen deutlich eine Kritik an der Lobbyarbeit des Fachverbandes herauszuhören. Das heißt, auf eine solche Zusammenarbeit sind wir wohl oder übel bei solchen Bewerbungen angewiesen.

Nichtsdestotrotz wird es natürlich eine Auswertung dieses Themas geben und wir machen sie auch gerne im Ausschuss. Deswegen finde ich Ihre hier vorgebrachten Einwände ein bisschen unverständlich.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat Herr Dr. Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE: * Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Becker, für Sie noch einmal zum Mitschreiben, weil ich mich so undeutlich ausgedrückt habe.

(Olaf Ohlsen CDU: Das ist nichts Neues!)

Es geht darum, Herr Schumacher hat es gesagt, dass wir eine Reihe von Bewerbungen durchgeführt haben, die überwiegend eine Chronik des Scheiterns sind. Da steckt eine Menge Geld drin und Frau von Welck hat es uns doch vorgemacht. Sie sagt, das mit der Schwimmweltmeisterschaft sei leider in die Hose gegangen, aber die Bewerbung war wunderbar und sie hat sich, jedenfalls laut Presse, gleich wieder hinten angestellt für die nächste WM. Das ist ein Punkt, den ich nicht gut finde.

Natürlich können wir darüber im Sportausschuss noch diskutieren, aber was ist denn der inhaltliche Punkt bei dieser Schwimm-WM? Ich halte überhaupt nichts davon, auch wenn Sie, Herr Ploog, das jetzt als modern bezeichnen, dass wir eine Schwimm-WM mit aufblasbaren Schwimmbecken durchführen.

(Olaf Ohlsen CDU: Wir sind doch nicht im Planschbecken!)

In dieser Situation, Herr Schumacher hat es gesagt, wo wir keinen Platz für den Schwimmsport von Schulkindern haben, ist das der Punkt, um den es geht.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Der zweite Punkt: Herr Becker stellt sich hin und sagt, was haben Sie denn, wir machen doch alles. Was wir alles machen, will ich an folgenden Punkten festmachen.

Dieses Haus hat ein Gutachten in Auftrag gegeben, ob man künftig die Sportstätten kostenfrei ab-

geben sollte. Danach ist zwar nichts gekommen, aber das fände ich gut. Das wäre ein wichtiger Wegweiser auf dem Kurs Sportstadt Hamburg. So etwas müsste diskutiert werden. Kann man sich in dieser Situation überhaupt vorstellen, dass wir in der Weise weitergehen wie bisher? Müssen wir nicht über die Situation im Schulsport nachdenken, anstatt außerhalb immer weiter zusätzliche Möglichkeiten zu fördern? Das fände ich gut, passiert aber nicht. Auf einige Hindernisse hat Herr Schumacher hingewiesen.

Natürlich ist es keine Frage, dass alle Fraktionen den Startschuss für einen Sportentwicklungsplan begrüßen. Aber – Herr Schumacher hat darauf hingewiesen, wir haben uns das in München vorstellen lassen – da gibt es kein Patentrezept. Ein Sportentwicklungsplan unterstellt erst einmal eine sehr gründliche Bestandsaufnahme und kann nur funktionieren, wenn alle Vereine und Stadtteilgruppen und -initiativen in den Plan mit einbezogen sind. Insofern bin ich gespannt beziehungsweise eigentlich nicht gespannt, denn wenn man die ersten Ergebnisse schon 2010 vorstellen soll, wofür andere Großstädte ein Jahrzehnt gebraucht haben, dann wird der übliche Mist herauskommen, zu dem der Senat fähig ist.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Herr Dr. Bischoff, ich möchte Sie bitten, sich an den parlamentarischen Sprachgebrauch zu halten.

Meine Damen und Herren! Damit ist die Aktuelle Stunde für heute beendet. Wir werden sie morgen mit dem dritten Thema fortsetzen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 2 auf, Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses der Regionen der Europäischen Union.

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses der Regionen der Europäischen Union

– Drs 19/3707 –]

Der Stimmzettel liegt Ihnen vor. Er enthält bei den Namen jeweils ein Feld für Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. Sie dürfen bei jedem Namen ein Kreuz machen, aber bitte nur eines. Mehrere Kreuze beziehungsweise kein Kreuz bei einem der Namen machen die Wahl dieses Kandidaten ungültig. Auch weitere Eintragungen oder Bemerkungen würden zur Ungültigkeit des gesamten Stimmzettels führen. Bitte nehmen Sie jetzt Ihre Wahlentscheidung vor.

(Vizepräsidentin Nebahat Güclü)

(Die Wahlhandlungen werden vorgenommen.)

Ich darf Frau Thomas und Herrn Hakverdi bitten, mit dem Einsammeln der Stimmzettel zu beginnen.

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Sind alle Stimmzettel abgegeben worden? – Das ist der Fall. Das Wahlergebnis wird nun ermittelt. Ich werde es Ihnen im Laufe der Sitzung bekannt geben.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 12 auf, Drucksache 19/3541, Große Anfrage der Fraktion der CDU: Kulturtourismus in Hamburg.

**[Große Anfrage der Fraktion der CDU:
Kulturtourismus in Hamburg
– Drs 19/3541 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Kultur-, Kreativwirtschafts- und Tourismusausschuss überweisen.

Wer wünscht das Wort? – Der Abgeordnete Wankum hat es.

Andreas C. Wankum CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir debattieren heute mit der Antwort des Senats auf die Große Anfrage meiner Fraktion zum Thema Kulturtourismus einen weiteren Erfolgspfeiler der Politik dieses Senats und seiner Vorgängersenate.

(Beifall bei der CDU)

Aus der Erkenntnis heraus, welcher wesentlicher Standortfaktor der Tourismus ist, haben der Senat und die ihn tragenden Fraktionen diesem erfolgreich Aufmerksamkeit geschenkt, was in den vorliegenden Zahlen nur allzu gut ablesbar ist.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und bei Dr. Eva Gümbel GAL)

Bei der Entwicklung der Übernachtungszahlen in den Jahren 2001 bis 2007 liegt Hamburg mit einem Plus von sage und schreibe 55 Prozent nicht nur weit vorne in Deutschland, es liegt sogar im Kreis der Top 20 der europäischen Metropolen ganz weit vorne, denn auch diese haben nur einen durchschnittlichen Zuwachs von 19 Prozent. 4,1 Millionen Gäste in 2008 mit 7,7 Millionen Übernachtungen bedeuten ein Wachstum in diesem Bereich von fast 4,5 Prozent beziehungsweise mehr als 355 000 Übernachtungen. Die derzeitige wirtschaftliche Entwicklung wird es in diesem Jahr schwierig machen, diesen Trend ungeschmälert fortzusetzen. Gerade aber der Kulturtourismus, das zeigen die Antworten des Senats ganz deutlich, wird zu einer Stabilisierung dieses Bereichs und zum Erhalt von Arbeitsplätzen und deren Ausbau bereits auf mittelfristige Sicht beitragen.

Gerade die kulturellen Einrichtungen sind für die Besucher oftmals, so können wir lesen, ein we-

sentlicher Grund, nicht nur nach Hamburg zu kommen, sondern hier auch zu verweilen, und auch das köstliche Hamburger Essen in den Restaurants, das Einkaufen und Flanieren in der Innenstadt. Und, lieber Kollege Buss, ich darf Ihnen etwas zu Ihrer vorherigen Rede sagen. Sie haben vorhin angemerkt, darum sei die Innenstadt so, wie sie ist. Ich nehme an, Sie meinen damit die Innenstadt zu Ihrer Regierungszeit. Kommen Sie mal wieder in die Innenstadt, dann sehen Sie, wie lebendig sie gerade durch die Kulturtouristen heute ist.

(Beifall bei der CDU)

Im Übrigen, lieber Kollege Buss, ist auch der Ausdruck Freie und Abrissstadt Hamburg eine Bezeichnung für die Denkmal- und Baupolitik der SPD in Ihren Jahren gewesen. Auch das haben wir erfolgreich geändert.

(Beifall bei der CDU)

Die Menschen kommen nach Hamburg, sie sitzen in den Cafés, sie kaufen in den Hamburger Galerien Kunst, sie gehen zu Versteigerungen. Die steigenden Tourismuszahlen, insbesondere im hochwertigen Bereich des Kulturtourismus, zeigen nicht nur, wie beliebt unsere Stadt und unsere Region in Deutschland sind, sondern sie locken Menschen aus aller Welt an. Das macht auf der anderen Seite die Hamburger und die Menschen in der Metropolregion stolz auf unsere Stadt. Es führt zu Identifikationsbildung und es lässt die Menschen hier gerne leben und hier leben wollen.

Insbesondere kulturelle Angebote ziehen Menschen mit höherer und hoher Kaufkraft und Bildung nach Hamburg. Sie sind nicht zuletzt ein wichtiger Faktor bei Überlegungen, wo man studieren, forschen, arbeiten und leben möchte. Gerade in diesen wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist es wichtig, dass wir kreative Menschen nach Hamburg holen, dass wir Literaten, Wissenschaftler und alle möglichen Menschen, mit denen wir den Standort festigen können, hierher ziehen, weil diese Stadt so attraktiv geworden ist. Es sind die hervorragenden Angebote der Hamburger Museen genauso wie die der Theater, und zwar der staatlichen wie der Privattheater. Es sind die erstklassigen Orchester unserer Stadt, es sind die Oper, aber auch Orte wie die Reeperbahn, der Stadtpark, das Stadion und die Color Line Arena, die kulturell interessierte Menschen nach Hamburg locken. Kultur ist nicht nur Hochkultur. Hamburg hat in diesem Bereich für jeden etwas zu bieten, vom Miniaturwunderland bis hin zum Weltklasseballett. Wir stellen uns der Vergangenheit mit der Erinnerungsstätte Neuengamme und wenden uns der Zukunft mit der HafenCity zu, in der kulturelle Veranstaltungen an der Tagesordnung sind. Wer Hochgeistiges genießen will, kommt in dieser Stadt auf seine Kosten, aber ebenso ist zum Beispiel die Anzahl der Besucher aus Großbritannien ein Indiz dafür, dass es auf-

(Andreas C. Wankum)

grund der günstigen Flüge, die zurzeit angeboten werden, auch eine Vielzahl von Menschen gibt, die nach Hamburg kommen, um etwas anderes im kulturellen Bereich genießen zu wollen als Hochkultur.

Dieser Senat, unterstützt von den Fraktionen der GAL und der CDU, wird den eingeschlagenen Weg auch im Bereich des Kulturtourismus konsequent fortsetzen. Hamburg ist nicht nur von der Manpower darauf vorbereitet, sondern auch von dem, was man heute Hardware nennt. Um nicht wieder nur das Beispiel von Sydney zu strapazieren, sei hier auch Bilbao genannt, eine kleinere Stadt, die ohne das Guggenheim-Museum heute nicht auf der Landkarte des Kulturtourismus, wenn überhaupt auf der Landkarte wäre in der Bedeutung, die Bilbao heute hat.

Mit der Attraktion Elbphilharmonie als Fokus für den Kulturtourismus werden wir es schaffen, ein Weltklasseprojekt in Hamburg zu haben. Vor diesem Hintergrund werden die sehr guten Zahlen an Kulturtouristen, die wir heute bereits haben, verblasen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Eva Gümbel GAL*)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat der Abgeordnete Buss.

(*Hans-Detlef Roock CDU:* Willi, geh' mal ein bisschen vorsichtig ran!)

Wilfried Buss SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es war zu erwarten, dass Sie das Thema angemeldet haben, um Ihre zu erwartende Jubelrede auf den angeblichen Kulturtourismus zu halten.

(*Jörn Frommann CDU:* Dass Sie nörgeln!)

– Ich will Ihnen deutlich sagen, Herr Kollege Frommann, es ist auch für uns kein Problem – und so haben wir es zu Recht im Vorwort auf unsere Große Anfrage zur Kulturwirtschaft geschrieben –, uns darüber zu freuen, dass Hamburgs Tourismuswirtschaft

(*Jörn Frommann CDU:* Sagen Sie es doch mal und fangen Sie nicht an zu nörgeln! – Zurufe von der CDU)

heute noch genauso anhaltend erfolgreich ist, wie es früher auch schon der Fall war. Besonders erfreulich ist doch – und das dürfte alle in diesem Hause freuen –, dass der Tourismus in Hamburg zumindest bisher gegen die allgemeine Wirtschaftskrise einigermaßen widerstandsfähig zu sein scheint. Dieses gelingt zum Beispiel, Herr Wankum, weil bei den Ausgangszahlen für Hamburg das noch relativ niedrige Niveau von 2002 zugrunde gelegt wurde. Dann ist es kein Wunder,

wenn ich zu solch exorbitanten, aber natürlich erfreulichen Steigerungszahlen komme.

Wir wissen doch alle, wie damals schon die Bolschewisten ihre hundertprozentige Steigerung beim Eisenbahnbau entsprechend darstellen konnten. Vorher war es eine Lok, dann hatten sie zwei geschafft, also 100 Prozent Steigerung. So macht man das letztendlich und so kann ich doch jede Statistik darlegen. Deswegen, Herr Hamann, für Sie und Ihren Kollegen der entsprechende Hinweis: Vorsicht bei solchen Zahlen. Bei genauerem Hinsehen nämlich – es geht doch eigentlich um das Thema Kulturtourismus – bieten die Daten und Antworten aus Ihrer Großen Anfrage viel mehr Anlass zu einer nüchternen Analyse als zu Ihrer vorschnellen Jubelinszenierung, Herr Wankum. Diese Analyse werden wir hoffentlich im Kulturausschuss zusammen vornehmen und das dann auch auf Grundlage unserer Tourismusanfrage, deren Beantwortung noch viel aussagekräftigere Daten erbringen wird als die jetzt vorliegenden.

(*Bernd Capeletti CDU:* Das ist doch aussagekräftig!)

Denn diese Aussagen offenbaren jetzt schon, wie dünn die Hochglanzschicht auf der Oberfläche ist und wie trist die Substanz darunter und vor allem, wie wenig Ihre Kulturpolitik, Frau Senatorin, mit diesem Erfolg im Tourismusgeschäft zu tun hat. Während zwar die Tagesreisen und die Übernachtungen zunehmen, also zusammengefasst der Bereich Sightseeing, stagnieren doch, das zeigt gerade die Große Anfrage deutlich, die Besucherzahlen in öffentlich geförderten Kultureinrichtungen seit Jahren. Hamburgs Theater und Musikbühnen gehören natürlich ohne Zweifel für jeden hier im Hause seit Jahrzehnten zu den führenden Deutschlands, doch touristische Zuwächse müssten Sie einmal konkret belegen, Herr Wankum. Um touristische Zuwächse zu erzielen, reicht es doch nicht, die Privattheater entsprechend zu fördern und zu sagen, dass sei jetzt Teil der Kulturpolitik und deswegen kämen mehr Leute in die Stadt, weil zum Beispiel das Imperial Theater auf der Reeperbahn mehr kulturelle Förderung bekommt.

Aber wir wissen, Sie haben es selbst in Ihrem Beitrag dargestellt, dass die Rettung für den Kulturtourismus in Form der Elbphilharmonie naht, die ihre Baukosten in wenigen hundert Jahren wieder einspielen will. So sieht es doch konkret aus, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Dann erwähnt der Senat in der Antwort auf Ihre Große Anfrage auch noch das Planetarium als wichtige Attraktion. Das Dumme ist nur, dass gerade Sie und Ihre Fraktion hier drüben dafür gesorgt haben, dass dieses Planetarium auf seinem erfolgreichen Weg gebremst wird, dass nämlich der nötige Ausbau, der wichtig wäre, um noch höhere Be-

(Wilfried Buss)

sucherzahlen gerade auch aus dem Umland generieren zu können, kräftig und unnötig verzögert wird, indem Sie unseren kostenneutralen Finanzierungsvorschlag für den notwendigen Ausbau abgelehnt haben. So sieht Ihre Kulturpolitik gerade in dem Bereich, wo man entsprechende Zuwachszahlen generieren könnte, konkret aus, wenn man einmal unter die Hochglanzschicht guckt und nachfasst, wie sich die Situation denn wirklich darstellt.

Worauf ruht dann, Herr Wankum, abgesehen von der Elbphilharmonie, die Hoffnung des Senats, dass Hamburg als Kulturmetropole noch attraktiver werden wird? Die Antwort darauf würden Sie am liebsten wohl still und leise zurückziehen, denn die Antwort haben Sie in Ihrer Großen Anfrage kaum gefunden. Sie ruht nämlich einzig und allein auf Hamburgs lebendiger Musik- und Clubszene, so die Aussage des Senats in dieser Anfrage. Auch die aktuellen Ankündigungen der Hamburg Tourismus GmbH Ende August zu ihrer Strategie der nächsten Jahre sagen das Gleiche. Das einzige Wachstumsfeld wird zurzeit darin gesehen, Hamburg für junge Leute als Party- und Shoppingmetropole auszubauen, was wir aber seit fünf, sechs Jahren haben und was sich alleine, ohne weiteres Zutun gerade dieser Behörde, generiert hat.

Bis vor wenigen Tagen schien es auch äußerst praktisch, man musste nichts dafür tun. Wir hatten im Karolinenviertel die trendigen Design- und Klamottenläden, von denen wir inzwischen wissen, dass es davon schon Dependancen selbst in Saarbrücken gibt, also gar nichts Besonderes mehr ist. Wir hatten die sogenannten angesagten Clubs und dann erleben wir, wie der Senat reagiert, wenn drei dieser angesagten Clubs kurz vor dem Aus stehen: Waagenbau, Fundbureau und so weiter. Entsprechend droht Hamburgs innovativstem Jazzclub in Harburg, buchstäblich bei der Bahn unter die Räder zu kommen, weil sie die Mietverhandlungen nicht so hinbekommen können, wie sie es bei der Umstellung auf eine neue Geschäftsstruktur bezahlen könnten. Auf Nachfrage bei der Kulturbehörde kommt dann bloß der Kommentar: Clubförderung gibt es nicht, machen wir nicht.

Auf der einen Seite sagen Sie, wir machen Kulturtourismus und wir wollen moderne Events, Shopping und Partys fördern, wir wollen die angesagten Clubs weiter in den Fokus rücken, aber auf der anderen Seite wollen Sie nichts dafür tun und überlassen dann diese Clubs im Falle eines Falles, ob es nun in der Schanze ist oder in Harburg, sich selbst. So sieht die Realität unter der Oberfläche Ihrer Jubelgeschichte nämlich aus.

(Beifall bei der SPD und bei *Norbert Hackbusch DIE LINKE*)

Auf Dauer kann man eben ohne eine aktive und offene Kulturpolitik nicht auskommen, Herr Wankum, und zwar eine solche Kulturpolitik, die nicht nur eng auf große Mainstream-Kommerz-Projekte aus-

gerichtet ist. Das ist so ähnlich wie vorhin bei der Sportstadt. Sie haben die vernichtende Kritik von Daniel Richter an der Ausrichtung der Kulturpolitik hinsichtlich dieser Geschichte im Gängeviertel jetzt schwarz auf weiß bekommen. Das war vorhin auch schon Thema und ist bezeichnend für das Schlaglicht, das national auf die Kulturpolitik geworfen wird.

Lassen Sie im Rahmen der Beratungen, die wir hoffentlich haben werden, die Jubelei, lassen Sie uns das tun, worauf es wirklich ankommt, nämlich im Interesse der Hamburger Tourismuswirtschaft und ihren vielen Beschäftigten eine nüchterne Analyse der Potenziale und Probleme und eine Entwicklung der nachhaltigen Strategien zu liefern. Wir werden im Ausschuss gerne mit Ihnen darüber diskutieren. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat Frau Dr. Gümbel.

Dr. Eva Gümbel GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Herr Buss, wenn Sie denn eine nüchterne Analyse fordern, hält Sie niemand davon ab, sie vorzulegen. Sie hätten in Ihrer Rede Zeit genug gehabt. Was ich gehört habe, waren konfuse, wüste Beschimpfungen. Aber nun lassen Sie uns hier zur Sache kommen.

Wir haben eben schon über Hamburg gesprochen. Hamburg ist schön, Hamburg ist kulturell attraktiv und derzeit auch sportlich – zumindest was den Fußball angeht, herrscht darüber im Hause Einigkeit – herausragend.

Hamburgs Attraktivität lässt sich aber auch an den Besuchs- und Übernachtungszahlen ablesen. Wir haben gehört, dass immer mehr Menschen als Touristen in die Stadt kommen, um Theater, Musicals, Galerien und Museen zu besuchen oder einfach die Schönheit von Elbe und Alster zu genießen. Trotz der Krise boomt der Tourismus in Hamburg. Die Zahl der Übernachtungen – Herr Wankum hat das vorhin schon ausgeführt – wuchs in der Zeit von 2001 bis 2008 um 62 Prozent und im Jahr 2008 hatten wir 7,7 Millionen Übernachtungen in Hamburg. Auch in diesem Jahr gehen die ersten Zahlen von einer leichten Steigerung aus. Ein wesentlicher Grund für die positiven Daten ist die hervorragende Stellung Hamburgs im Inlandstourismus. Das ist ein Pluspunkt in Zeiten wie diesen. In schweren Zeiten sparen die Leute eher bei ihren Fernreisen, als dass sie auf eine Inlandsreise verzichten.

Der anhaltende Trend zum Städte- und Kulturtourismus trägt auch dazu bei, dass Hamburg im nationalen Vergleich gut dasteht. Der Bau der Elbphilharmonie sowie die Entwicklung in der Hafenci-

(Dr. Eva Gümbel)

ty werden noch mehr Kultur- und Architekturinteressierte nach Hamburg ziehen.

Der Tourismus ist ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor. In Hamburg arbeiten rund 100 000 Menschen in der Tourismusbranche. Im Schnitt besuchen täglich 350 000 Touristen die Stadt. Sie sorgen für einen Tagesumsatz von 17,2 Millionen Euro. Es ist erfreulich, dass dieser Trend trotz Krise anhält; ich glaube, da sind wir uns alle einig.

Die Anfrage der CDU hat auch zutage gebracht, wie groß die Zahl der Menschen ist, die wegen der kulturellen Angebote nach Hamburg kommen. Herr Buss, ich glaube, auch diesen Teil der Anfrage haben Sie gewiss gelesen.

25 Prozent der Reisen finden als ausgewiesene Kulturreisen statt, dazu kommen noch einmal fast 70 Prozent Städtereisen. Wenn man nun die Reisenden fragt, und das ist in der Anfrage geschehen, weshalb sie eine Städtereise unternommen haben, dann nennen sie an zweiter Stelle das kulturelle Angebot. Das macht eben auch noch einmal deutlich: Jeder Euro, der in die Kultur investiert wird, lässt die Anziehungskraft, die Hamburg auf Inlandstouristen ausübt, wachsen. Man könnte also sagen, dass jeder Euro, der in die Kultur investiert wird, zweimal wirkt.

Wichtig ist außerdem, dass die an Kultur interessierten Städtetouristen nicht nur auf eine Kultursparte festgelegt sind, sondern ein breit gefächertes Interesse an den vielfältigsten Kulturangeboten haben. Es ist also keineswegs so, dass der Musicals fan nur ins Musical ginge und die Opernfreundin nur in die Staatsoper, beide treffen sich in Klubs oder Theatern.

Trotz aller guten Nachrichten im Tourismus gibt es aber keinen Grund, die Hände in den Schoß zu legen. Es gibt drei Felder, die die Hamburg Tourismus GmbH beackern muss.

Erstens: Wir müssen die Anzahl der ausländischen Touristen erhöhen.

Zweitens: Wir müssen gezielter die kreative Klasse ansprechen, denn diese dient als Multiplikator und kann, wenn sie einmal für Hamburg begeistert ist, auch langfristig für unsere Stadt werben.

Drittens: Wir wollen mehr junge Leute nach Hamburg locken. Wir wollen, dass sie hier arbeiten, dass sie hier studieren, dass sie sich hier verlieben und in Hamburg bleiben. – Danke.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort erhält Herr Hackbusch.

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir beschäftigen uns auf Veranlassung der CDU mit dem Thema Kultur-

tourismus in Hamburg. Wir stellen aber fest, dass die Anfrage und auch die Redebeiträge von Frau Dr. Gümbel und Herrn Wankum im Wesentlichen den Tourismus im Allgemeinen zum Thema haben. Wir können freudig feststellen, dass sich für Hamburg mehr und mehr Menschen interessieren, es kommen mehr und mehr Besucher nach Hamburg. Das ist eine erfreuliche Entwicklung, das ist ein schönes Kompliment für diese Stadt und darüber können wir uns durchaus gemeinsam freuen.

Allerdings ist diese Große Anfrage nicht so gut abgefasst und auch nicht so aussagefähig, wie sie hätte sein können.

Ich möchte an dieser Stelle einmal die SPD-Fraktion loben, die bereits vor Ihnen eine Große Anfrage eingereicht hat, die sehr viel detaillierter und genauer den Themenkomplex Tourismus bearbeitet. Ich hoffe, dass wir gemeinsam im Ausschuss darüber diskutieren können, denn ich glaube, das wäre eine gute Arbeitsgrundlage, um viele Fragen zu bearbeiten, deren Beantwortung notwendig ist.

Frau Dr. Gümbel brauchte eben die Ergebnisse einer Umfrage als Krücke, um in der Lage zu sein, die besondere Bedeutung der Kultur für den Tourismus hervorheben zu können. Natürlich kreuzt jeder Teilnehmer einer Umfrage bei vorgegebenen Antworten gerne das kulturelle Angebot als Grund für einen Besuch in Hamburg an und wir alle wissen, dass solche Befragungen nicht aussagekräftig sind.

Die Situation in dieser Stadt ist deutlich: Wir sind in etlichen kulturellen Bereichen sehr gut aufgestellt, aber nicht in allen. In weiten Bereichen ist diese Stadt Provinz und nicht Kulturmetropole, sondern kulturelle Provinz. Und das gilt es auch, finde ich, selbstkritisch zu diskutieren. Und nur zu sagen, wir werden das schon hinkriegen, wir haben ja die Elbphilharmonie und die wird uns dann die tollen wachsenden Zahlen schenken, das führt bei jemandem wie mir immer zu einem großen Schrecken. Ich halte mittlerweile immer sofort mein Portemonnaie fest.

(Beifall bei der LINKEN)

Insgesamt haben wir die wichtige Aufgabe, zentrale Bereiche der Hamburger Kultur wirklich auf ein Weltstadtniveau zu bringen. Das betrifft zum Beispiel den Bereich der Museen, in dem wir durchaus große Schwächen haben und etliches tun müssen. Wir finden aber auch, dass wir im Bereich der sogenannten normalen Kultur schwerwiegende Probleme haben. Gerade im Klubbereich haben wir, was Kunst und Kultur betrifft, eine vehemente Abwanderungstendenz Richtung Berlin. Wir haben das schon vorhin diskutiert und sind uns als Kulturpolitiker alle einig, dass die Kulturpolitik in dieser Stadt entscheidend gestärkt werden muss. Ich hoffe, dass wir da gemeinsam etwas bewegen können.

(Norbert Hackbusch)

(Beifall bei Mehmet Yildiz *DIE LINKE*)

Zwei Sachen möchte ich noch hinzufügen, die mir einfach wichtig sind.

Wir wissen aus Umfragen, dass das Schanzenviertel mittlerweile einer der entscheidenden kulturellen Anziehungspunkte Hamburgs geworden ist. Vor allen Dingen die CDU sollte sich einmal überlegen, warum das so ist und dieses ständige Auf-dem-Kriegsfuß-Stehen mit dem Schanzenviertel noch einmal genau hinterfragen und ihre Politik entsprechend verändern.

Der zweite Punkt, den ich noch abarbeiten möchte, ist die Sache mit der "Freien und Abrissstadt Hamburg". Frau Gümbel, ich schätze immer Ihre lehrreichen Vorträge. Ich schätze auch, dass Sie uns wie eine Lehrerin Zensuren geben, je nachdem, ob wir etwas richtig machen oder nicht. In einem Punkt haben Sie durchaus Recht, in Bezug auf Lichtwark. Das Interessante ist aber doch nicht, dass und wie ein bestimmter Begriff historisch verwendet wurde. Das Wichtige ist, dass diese Bezeichnung in einem aktuellen Kommentar des "Hamburger Abendblattes" verwendet wurde, um die gegenwärtige Denkmal- und Kulturpolitik in dieser Stadt zu charakterisieren, die "Freie und Abrissstadt Hamburg". Dieser Begriff wird hier noch einmal aktualisiert. Es geht also nicht um alte Geschichten, sondern um die Beurteilung Ihrer Politik. Das müssen Sie leider zur Kenntnis nehmen und sich damit auch einmal auseinandersetzen, anstatt historische Vorträge zu halten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Frau Senatorin Professor von Welck.

Senatorin Dr. Karin von Welck: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich freue mich, dass wir hier in der Bürgerschaft so vehement über dieses Thema sprechen; ich finde es eine sehr schöne Entwicklung, dass wir jetzt schon den zweiten Debattepunkt zu diesem Thema führen.

Die Große Anfrage zum Kulturtourismus fragt nach dem Stellenwert des Kulturtourismus in Hamburg und danach, welche Strategien wir haben, nachdem unsere Behörde in der neuen Legislaturperiode nicht allein für die Kultur, sondern auch für den Tourismus zuständig ist. Ich finde, das ist eine richtige und wichtige Frage und ich bin dankbar, Herr Wankum, dass Sie schon einmal das Profil der Kulturmetropole skizziert haben und Frau Gümbel, dass Sie die Zahlen dazu gegeben haben.

Natürlich müssen wir noch viel tun, lieber Herr Buss, aber ich möchte Sie doch herzlich bitten, nicht die Wirklichkeit zu negieren. Es ist nun einmal so, dass der Tourismus – und auch gerade der Kulturtourismus – ein ganz entscheidender Wirtschaftsfaktor in Hamburg geworden ist. 20 Prozent

derjenigen, die nach Hamburg kommen, tun dies, weil sie die kulturellen Angebote in Hamburg genießen wollen. Insofern wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie bei der Wirklichkeit blieben.

Im Übrigen noch kurz zu Daniel Richter: Ich werde ihn noch im Laufe dieser Woche sehen. Wir verstehen uns gut und dass ein Künstler mal überzieht und draufhaut, das kennen Sie vermutlich, denn ich sehe Sie erfreulicherweise auch oft in der Kulturszene.

Wir haben natürlich nicht nur ein einfaches Abfrageschema gewählt, das wäre auch nicht gerade ein Ruhmesblatt. Wir haben stattdessen zusammen mit der Senatskanzlei, der Hamburg Marketing GmbH und der Hamburg Tourismus GmbH eine Studie in Auftrag gegeben, die uns Erkenntnisse zu folgenden Fragen liefern sollte: Wie wird Hamburg als Kulturmetropole wahrgenommen, welche Kulturangebote sind bekannt und welche werden angenommen, welche Kulturangebote bieten einen Reiseanlass und welche Kulturangebote sind erwünscht? Also eine Menge von wichtigen Fragen, die uns in der Tat alle interessieren.

Das Ergebnis dieser Studie liegt jetzt vor und es wird unter Beteiligung der betroffenen Institutionen und Organisationen mit Nachdruck an der Umsetzung der sich daraus ergebenden Erkenntnisse gearbeitet.

Übrigens, Herr Buss, noch eine nicht ganz richtige Wahrnehmung Ihrerseits. Die steigenden Besucherzahlen auch der traditionsreichen Kulturinstitutionen sind in der Tat Wirklichkeit, auch das kann man nicht wegdiskutieren.

Eine zentrale Erkenntnis dieser Studie ist, dass die meisten Gäste nicht nur wegen eines Programmpunktes nach Hamburg kommen, also nur – in Anführungszeichen – wegen einer großen Ausstellung, einer Theater-, Oper- oder Musicalaufführung. Die meisten Besucher möchten gerne zwei, drei oder auch mehrere ganz verschiedene kulturelle Angebote nutzen. Das bedeutet, dass wir das Crossmarketing weiter verstärken müssen, und das werden wir auch tun.

Gemeinsam sind wir zurzeit dabei, unter Einbeziehung der Kulturanbieter der Stadt solche Maßnahmen zu entwickeln, um die kulturelle Vielfalt unserer Stadt auch touristisch noch stärker zum Tragen zu bringen. Das bedeutet zum einen, dass neue Hamburgbesucher über kulturelle Reiseanlässe gewonnen werden sollen. Es bedeutet zum anderen aber auch, dass unsere ohnehin kommenden Gäste, die einfach kommen, weil unsere Stadt schön und der Hafen interessant ist, noch stärker für das kulturelle Angebot interessiert werden sollen.

Die operative Umsetzung erfolgt durch die Hamburg Tourismus GmbH und wird zusammen mit den betroffenen Kulturinstitutionen durchgeführt

(Senatorin Dr. Karin von Welck)

werden. Dann wird es Verbindungen geben wie Hafen und Kultur, Sightseeing und Museen, Musical und Oper und Ähnliches. Einiges wird auch jetzt schon in dieser Richtung entwickelt. Denken Sie zum Beispiel an das große Harbour Front Literaturfestival, das in diesem Jahr zum ersten Mal stattfindet. Und ich hoffe, dass Sie in diesem Sommer auch nach Kampnagel gekommen sind; das internationale Sommerfestival war wirklich ganz großartig. Ich hoffe auch, dass Sie zum Reeperbahn Musikfestival kommen werden, das sich sehr verheißungsvoll anlässt, das wir auch noch erweitern zum Beispiel durch das Campusprojekt, das Kiezprojekt der jungen Auszubildenden und das Treffen der Branche der Musikkultur.

Darüber hinaus wird die Hamburg Tourismus GmbH natürlich auch die Ansprache spezieller Zielgruppen wie der Creative Class verstärken und – da hat Frau Gümbel ganz recht – wir müssen auch den internationalen Bereich besser in den Griff bekommen. Im Moment können wir uns in diesem Bereich ein wenig durchmogeln, weil nicht so sehr auffällt, dass wir da noch nicht so richtig gut sind, aber sobald sich die Wirtschaftslage stabilisiert hat, wird das wieder sichtbar werden. Da müssen wir jetzt etwas tun und das wollen wir auch.

Ich freue mich, dass wir dieses Thema noch im Ausschuss diskutieren werden und ich hoffe, dass Sie dann mit uns gemeinsam auch gute Lösungen finden für die Dinge, die wir anpacken wollen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Es liegt mir eine weitere Wortmeldung vor. Herr Buss, bitte.

Wilfried Buss SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Drei ganz kurze Anmerkungen dazu.

Erstens bin ich Ihnen, Frau Senatorin, und auch Ihnen, Frau Dr. Gümbel, dankbar, dass Sie das Thema wesentlich selbstkritischer angegangen sind, als es Ihr Kollege Wankum getan hat. Zunächst eine Anmerkung in Bezug auf Ihre letzte Passage, Frau Senatorin, über den Umgang mit den Defiziten des Tourismus in Hamburg. Wir möchten Sie in der Tat gern auf Ihrem Weg begleiten, an diesen Defiziten zu arbeiten, denn auch wir finden, dass Hamburg in diesem Bereich besser aufgestellt sein muss, insbesondere im Hinblick auf ausländische Touristen.

Zweitens hätte ich gern angemerkt, dass es sicherlich sinnvoll wäre, jeder Fraktion ein Exemplar dieser von Ihnen Anfang dieses Jahres neu in Auftrag gegebenen Studie zukommen zu lassen. Das wäre für die Beratungen im Ausschuss eine Hilfe.

Und drittens möchte ich noch einmal auf den Aufbau der Großen Anfrage selber eingehen. Das soll

kein Nachkarten sein, für den können Sie ja logischerweise nichts, Frau Senatorin. Herr Wankum, wenn man nachfragt, wie sich die Besucherzahlen in den Kultureinrichtungen entwickelt haben, dann stellt man fest, dass es 2008 gegenüber 2007 eine Steigerung um 26 000 Besucherinnen und Besucher in allen geförderten Hamburger Kultureinrichtungen gegeben hat. Das hat alleine schon das Filmfestival Hamburg geschafft, glaube ich. Soviel zu dem Jubel auf der einen Seite.

Auf der anderen Seite fragt die CDU nach, welches die am stärksten nachgefragten kulturellen Angebote sind. Das hätte ich Ihnen auch ohne die Anfrage sagen können. An erster Stelle stehen die öffentlichen Bücherhallen, an zweiter Stelle die Museen, an dritter Stelle die Theater und den vierten Platz nehmen die Stadtteilkulturzentren ein.

Wenn ich die Anfrage so stelle, dann weiß ich nur, dass auswärtige und ausländische Besucher garantiert nicht wegen der Punkte 1 und 4 nach Hamburg kommen. Die kommen ja nicht wegen unserer Bücherhallen, sondern zum Beispiel wegen unserer Theater. So kann man eine Anfrage nun einmal nicht stellen und die Antworten sind auch dementsprechend.

Was waren die am meisten besuchten Einrichtungen? Erstens Hagenbecks Tierpark, zweitens das Miniaturwunderland und drittens das Musical König der Löwen; soviel zum Kulturtourismus der CDU. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor. Wir kommen dann zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 19/3541 an den Kultur-, Kreativwirtschafts- und Tourismusausschuss zu? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig beschlossen.

Meine Damen und Herren! Ich gebe Ihnen jetzt das Wahlergebnis der Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses der Regionen der Europäischen Union bekannt.

Vorgeschlagen ist Herr Rolf Harlinghausen. Insgesamt abgegebene Stimmzettel 110. Eine Stimme war ungültig. Bei vier Enthaltungen und neun Nein-Stimmen ist Herr Harlinghausen mit 88 Ja-Stimmen gewählt.

(Beifall bei der GAL, der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Ich komme dann zum Wahlergebnis der Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses der Regionen der Europäischen Union. Vorgeschlagen: Herr Michael Gwosdz. Bei ebenfalls

(Vizepräsident Wolfhard Ploog)

110 abgegebenen Stimmzetteln und zwei ungültigen Stimmen, drei Enthaltungen und 13 Nein-Stimmen ist Herr Gwosdz mit 92 Ja-Stimmen gewählt.

(Beifall bei der CDU, der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Ich rufe dann den Punkt 86 der Tagesordnung auf, die Drucksache 19/3834, einen Antrag der SPD Fraktion: Novellierung des Hamburgischen Hochschulgesetzes; Neuregelung des Wahlverfahrens für die Hochschulpräsidentin beziehungsweise den Hochschulpräsidenten und Beteiligung der Hochschulen am Auswahlverfahren.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Novellierung des Hamburgischen Hochschulgesetzes (HmbHG)
Neuregelung des Wahlverfahrens für die Hochschulpräsidentin beziehungsweise den Hochschulpräsidenten und Beteiligung der Hochschulen am Auswahlverfahren
– Drs 19/3834 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 19/3999 ein Antrag der Fraktion DIE LINKE vor.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Novellierung des Hamburgischen Hochschulgesetzes
– Drs 19/3999 –]**

Die SPD-Fraktion möchte die Drucksache 19/3999 an den Wissenschaftsausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Frau Dr. Stapelfeldt, bitte schön.

Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Um der Universität Hamburg aus einer ihrer schwersten Krisen zu helfen, braucht es mehr Offenheit und Demokratie und keine Politik nach dem Motto: Ausgenutzt und weiter so.

Die Universität braucht verlässliche Grundlagen, um sich auf ihre eigene Kraft und ihre Stärken zu besinnen; kurzum – sie braucht einen Neubeginn. Aus diesem Grund haben wir für die heutige Sitzung einen Gesetzesentwurf zur Änderung des Hochschulgesetzes vorgelegt. Hiermit soll das Verfahren zur Wahl der Hochschulpräsidenten an zwei entscheidenden Punkten verändert werden.

Erstens: Die Wahl der Hochschulpräsidenten soll nicht mehr durch den Hochschulrat, sondern wieder durch den Hochschulsenat erfolgen.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens: Vor der Wahl soll eine hochschulöffentliche Anhörung stattfinden.

Ich glaube, dass es vielen Mitgliedern der Universität in allen Gruppen darum geht, dass demokrati-

sche Entscheidungsstrukturen wieder hergestellt werden,

(Dora Heyenn *DIE LINKE*: Richtig!)

dass eine Grundlage dafür aufgebaut wird, für die Spitze der Universität eine Persönlichkeit zu gewinnen, der Akzeptanz und Vertrauen entgegengebracht werden können. Diese Möglichkeiten wollen wir durch das Änderungsgesetz schaffen.

Der erzwungene Rücktritt der ehemaligen Universitätspräsidentin hat gezeigt, dass wir für einen Neubeginn an der Universität zügig eine Neuregelung der Wahlverfahren benötigen, mit der die richtigen Konsequenzen aus den Fehlern der Vergangenheit gezogen werden. Ein Rückblick auf zwei verhängnisvolle Weichenstellungen mag hierbei helfen. In den Jahren 2002/2003 entstand das sogenannte Hochschulmodernisierungsgesetz. Unter dem Motto, die Innovationsfähigkeit – Ausrufungszeichen – und Entscheidungskompetenz der Hochschulen stärken zu wollen, schaffte Senator Dräger überwiegend extern besetzte Hochschulräte, die die wesentlichen Entscheidungen für die Hochschulen, darunter die Wahl der Hochschulpräsidenten, treffen sollten. Dies war eine ziemlich heftige Effekthascherei, um eines zu bemänteln: den Bruch mit den Grundsätzen der akademischen Selbstverwaltung und ihre schlichte Entmachtung. Es gab scharfen Widerstand und ungewöhnlichen Protest aus allen Gruppen der Hochschulen.

Wozu das neue Gesetz führte, war im Sommer 2006, also vor genau drei Jahren, zu berücksichtigen. Die öffentliche Ausschreibung der Lüthje-Nachfolge erbrachte keine geeignete Bewerbung. Schließlich schlug ein Headhunter Frau Auweter-Kurtz vor. Diese wurde dann vom Hochschulrat an einem, zunächst aus Sorge vor Protesten geheim gehaltenen, Ort außerhalb der Universität gewählt. Das ist die wenig ruhmvolle Zuspitzung der Drägerschen Reformen in einem Bild. Der Hochschulrat entflieht der Universität, um im Geheimen die Universitätspräsidentin zu wählen. Das darf nicht wieder geschehen, das muss ausdrücklich verhindert werden.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Die tiefe Kommunikations- und Vertrauenskrise, die Frau Auweter-Kurtz ausgelöst hat, war also auch in dem Verfahren, das zu ihrer Wahl führte, angelegt, ein Verfahren, das die GAL vor drei Jahren aus gutem Grund ebenfalls abgelehnt hat. Ursache für die tiefe Vertrauenskrise war nicht zuletzt die mangelnde Teilhabe der Hochschulangehörigen an der Auswahl und Wahl der Hochschulleitung. Wir schlagen daher vor, die Stellung des Hochschulsenats und damit die Rechte der Hochschulangehörigen zu stärken, dem Hochschulsenat und dem Hochschulrat durch eine gemeinsame Findungskommission eine Kooperation zu ermöglichen und durch eine hochschulöffentliche Anhö-

(Dr. Dorothee Stapelfeldt)

rung Transparenz und Partizipation Raum zu geben.

Das Hamburgische Hochschulgesetz, meine Damen und Herren, muss umfassend evaluiert und verändert werden. Dazu muss ausreichend Zeit zur Verfügung stehen, um – selbstverständlich unter Mitwirkung der Hochschulen und ihrer Mitglieder – zu einer Lösung zu kommen, die langfristig trägt und allen Hamburger Hochschulen eine verlässliche Handlungsperspektive bietet. Mit unserem Antrag heute geht es ausschließlich um aktuell notwendige Korrekturen. Alle anderen Punkte kommen später auf den Prüfstand. Deswegen wollen wir den heute vorgelegten Antrag der Fraktion DIE LINKE an den Ausschuss überweisen und später mit den grundsätzlichen Änderungen, die auch wir vorhaben, diskutieren. Ich denke, dass das ein gangbarer Weg ist, da wird nichts übers Knie gebrochen.

Im Übrigen gehe ich davon aus, dass unser Vorschlag eigentlich mehrheitsfähig sein müsste. Die GAL-Fraktion hat im Jahr 2003 im Zuge der Beratung über das sogenannte Hochschulmodernisierungsgesetz fast gleichlautende Änderungen vorgeschlagen. Auch diese sahen eine Stärkung des Hochschulsenats genau so, wie wir das heute beantragen, vor.

Ich denke, wir sind uns einig, dass der Hochschulrat sich als führendes und einzig maßgebliches Wahlgremium nicht bewährt hat.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Lassen Sie mich auch gleich auf zwei Einwände eingehen.

Erstens: Das Verfahren laufe schon, da die öffentliche Ausschreibung am 20. August erfolgt ist. Man könne nicht mehr eingreifen, das ganze Verfahren würde sich damit dramatisch verlängern. Das glaube ich nicht. Wären wir uns einig in der Bürgerschaft, würde sich das Verfahren um wenige Wochen verlängern und das ist meiner Ansicht nach hinnehmbar vor dem Hintergrund einer Krise, die uns über Monate bewegte und längst nicht beigelegt ist.

Zweitens: Seit Wochen begegnet mir die Argumentation, keine geeignete Person würde sich einem hochschulöffentlichen Anhörverfahren stellen. Das hieße gleichzeitig, eine qualifizierte Person würde sich nur auf ein Verfahren einlassen, das eine Geheimhaltung bis zum Ende der Verhandlung vor der Wahl böte. Wer nicht willens oder fähig ist, sich den Gremien und der Hochschulöffentlichkeit vorzustellen, soll der oder die in der Lage sein, die fünftgrößte Universität Deutschlands zu führen? Das glaube ich nicht.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Meine Damen und Herren! Mit dem Weggang von Frau Auweter-Kurtz besteht die Chance für einen

Neuanfang und den sollten wir nutzen, denn schließlich warten eine Reihe von ganz wichtigen Aufgaben wie die Entscheidung über die baulichen Perspektiven der Universität oder die Reform des Bachelor-Master-Systems auf uns. Vor diesem Hintergrund braucht die Universität möglichst schnell eine gewählte Präsidentin oder einen gewählten Präsidenten, die oder der gerade auch das Vertrauen der Universitätsangehörigen genießt. Werden die Konsequenzen aus der Krise an der Universität nicht gezogen, besteht die Gefahr, dass wir in absehbarer Zeit vor dem gleichen Scherbengericht stehen wie heute. Das müssen wir vermeiden und die Verantwortung dafür tragen wir alle. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Beuß.

Wolfgang Beuß CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Stapelfeldt, wir wollen ein solides Gesetzeswerk für die Zukunft entwickeln. Wie Sie wissen, haben wir dementsprechend in der Koalition eine Evaluation vereinbart. Deswegen halte ich zu diesem Zeitpunkt auch nichts von Schnellschüssen oder Gesetzeswerken, die mit heißer Nadel gestrickt werden.

Sie haben selbst ausgeführt, dass die Suche nach einer neuen Universitätspräsidentin oder einem neuen Universitätspräsidenten mitten im Prozess ist. Sie wissen auch, dass eine Findungskommission gebildet worden ist, die aus Mitgliedern des Hochschulrates und des Akademischen Senats besteht. Diese Kommission steckt gerade mitten in der Arbeit. Und da ist Frau Stapelfeld dann der Ansicht, dass ausgerechnet jetzt der passende Moment ist, um mitten im laufenden Verfahren die Regeln umzuschmeißen und alles neu und alles ganz anders zu machen. Im Rennen wechselt man die Pferde nicht, das ist unklug.

(Beifall bei der CDU und bei Dr. Eva Gümberl und Jens Kerstan, beide GAL – Michael Neumann SPD: Wenn das Pferd aber schon beim ersten Hindernis verreckt ist, sollte man doch nachdenken! – Klaus Peter Hesse [CDU]: Die SPD wechselt ja immer!) Klaus-Peter Hesse CDU:

Das Ziel dieses Antrages, so die SPD, ist es, das Verfahren bei der Wahl des Hochschulpräsidenten neu zu regeln. Was wir damit, wenn wir diesem Antrag zustimmen würden, tatsächlich erreichen würden, ist etwas völlig anderes. Wir würden Unsicherheit und Irritation erreichen, nicht zuletzt bei potentiellen und geeigneten Bewerbern und das gerade jetzt, wo die Hamburger Universität nach den hektischen Entwicklungen der letzten Monate wirklich Ruhe und Zeit braucht, um eine neue Führungspersönlichkeit zu gewinnen. Eine monatelange

(Wolfgang Beuß)

ge Hängepartie aufgrund einer Gesetzesänderung würde Gift für die Universität bedeuten. Deswegen lehnen wir den Antrag zu dieser Zeit – ich betone: zu dieser Zeit – entschieden ab.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Eva Gümbel GAL*)

Bei dieser Gelegenheit möchte ich ausdrücklich Frau Professor Löschper danken, die in den letzten Monaten das wirklich nicht ganz einfache Amt der amtierenden stellvertretenden Universitätspräsidentin übernommen hat. Frau Professor Löschper meistert dies, wie ich finde, mit Bravour und ich bin sehr dankbar dafür, dass sie diese Staffel aufgenommen hat.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Eva Gümbel GAL*)

Aber danken möchte ich auch den Mitgliedern des Hochschulrates und des Akademischen Senats, die die Suche nach einer neuen Führungsspitze kompetent und sehr diskret aufgenommen haben. Im Gegensatz zum vergangenen Findungsverfahren ist die Universität in die Findungskommission eingebunden. Sie ist mit vier Persönlichkeiten direkt vertreten: mit einem Vertreter der Professoren, einem Vertreter des Mittelbaus, einem Vertreter der Verwaltung und einem studentischen Vertreter, wie mir gesagt wurde. Und ich glaube, das ist ein Ausdruck dafür, dass die Universität in diesem Findungsverfahren mitgenommen werden soll.

Die Universität Hamburg braucht, meine Damen und Herren, Kontinuität und eine Führung, mit der sie die kommenden Herausforderungen angehen kann. Ich erinnere in diesem Zusammenhang nur an die Exzellenz-Initiative des Bundes, die im nächsten Jahr ansteht, oder an die Umsetzung des Struktur- und Entwicklungsplans der Universität Hamburg. Was die Universität nicht braucht, sind Unruhe und destruktive Vorschläge, wie sie zurzeit von der SPD kommen.

(Unruhe im Hause, – *Christiane Schneider DIE LINKE*: Wenn die was brauchen, ist das Unruhe! – *Wolfgang Rose SPD*: Noch mal vorlesen!

– Das scheint gesessen zu haben.

Die öffentlichen Bewerbungen im Akademischen Senat, wie Sie sie fordern – Sie haben es auch schon angeführt – werden dazu führen, dass gute Bewerber sich scheuen werden, hier anzutreten

(*Michael Neumann SPD*: Das ist doch lächerlich!)

und das wäre eine Situation, die wir nicht haben wollen, denn bei uns geht Qualität vor Populismus.

Außerdem, Frau Stapelfeldt, Sie haben es auch schon erwähnt, hat die Koalition aufgrund der Vorwissenisse an der Universität schon vor vielen Wochen vereinbart, das Gesetz evaluieren zu las-

sen. Wir wollten das ursprünglich erst auf Mitte der Legislaturperiode terminieren, haben das aber aufgrund der Vorfälle vorgezogen. Ich denke, diese Evaluation sollte in Ruhe erfolgen. Danach werden wir uns in der Koalition zusammensetzen und sehen, wo etwas geändert werden muss. Wenn wir das in der Koalition entschieden haben, können wir dann auch im Ausschuss ausgiebig darüber diskutieren.

Ich verspreche Ihnen, dass auch die Frage, durch wen die Präsidien der Hochschulen bestimmt werden, ein Teil dieser Evaluation sein wird. Aber dieser Vorgang als auch das Einbeziehen der Hochschulen und aller Betroffenen braucht seine Zeit. Im Hauruckverfahren, wie Sie es jetzt vorschlagen, wird das nicht funktionieren, das wird daneben gehen.

Ich bin überzeugt davon, dass wir mit einer sorgfältigen Evaluation die richtigen Strukturen für unsere Hochschulen schaffen werden, die ihnen weiterhin ausreichende Autonomie geben und die Möglichkeit effizienter und zielgerichteter Steuerung.

Den Antrag der SPD lehnen wir ab, den Zusatzantrag der LINKEN ebenfalls. Eine Überweisung beider Initiativen an den Ausschuss kommt derzeit für uns nicht in Frage, da die Evaluation abgewartet werden muss. Wenn die vorliegt, dann können wir auf dieser Grundlage gern an die Überarbeitung des Hochschulgesetzes im Ausschuss gehen. Da ist der Ausschuss dann gefragt, nicht zurzeit. Wir würden nur im Nebel stochern, denn alles andere, was wir dort tun könnten, hieße, sich mit heißem Dampf zu verbrennen, und das wollen wir nicht. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Frau Dr. Gümbel.

Dr. Eva Gümbel GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es wird Sie kaum verwundern, dass meine Fraktion dem Antrag der SPD nicht zustimmen wird und auch nicht dem der LINKEN.

(Beifall bei *Stephan Müller CDU*)

– Sie können gern klatschen, das ist okay.

Wir haben schon vor Monaten angekündigt, welchen Weg wir bei der Novellierung des Hamburger Hochschulgesetzes gehen wollen. Bereits im Koalitionsvertrag haben wir festgehalten, dass die Evaluation zur Mitte der Legislaturperiode stattfinden soll, und dies haben wir aufgrund der aktuellen Geschehnisse, der Krise an der Universität, vorgezogen. Es macht nun wirklich keinen Sinn – ich denke, Frau Stapelfeldt, Sie wissen das –, einzelne Regelungen aus dem Hamburger Hochschulgesetz vor Abschluss der Evaluierung zu verändern. Vor allem macht es aber vor dem Hintergrund der Er-

(Dr. Eva Gumbel)

fahrungen der letzten Monate keinen Sinn, Änderungen im Hochschulgesetz vorzunehmen, ohne mit den Betroffenen geredet und sie beteiligt zu haben.

(Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD: Das haben wir!)

– Es mag ja sein, dass Sie ein bisschen geredet haben, aber wir wollen ein ordentliches Beteiligungsverfahren und nicht ein Gespräch zwischen Frau Stapelfeldt und einzelnen Angehörigen der Hochschule.

(Michael Neumann SPD: Ich war auch dabei!)

Im Ergebnis kann es sein, dass wir nach Abschluss der Evaluation auch den hier von Ihnen genannten und in Rede stehenden Paragraphen 80, möglicherweise auch den Paragraphen 84, der von Frau Heyenn sicherlich gleich ins Feld geführt wird, verändern werden. Paragraph 84 betrifft, Frau Heyenn, die Abschaffung des Hochschulrates; auch da haben Sie einen Dissens mit Frau Stapelfeldt, die diesen Paragraphen ausdrücklich behalten will. Schon das macht deutlich, dass es eben keineswegs so einfach ist, diese Dinge im Parlament zu beschließen.

Wir wollen auch das Verfahren zur Wahl der Präsidentin beziehungsweise des Präsidenten reformieren, aber das wird erst nach der Evaluation und nach den Stellungnahmen aus den Hochschulen geschehen. Gleichwohl wissen auch Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, dass vieles von dem, was Sie im SPD-Antrag fordern, bereits im laufenden Verfahren umgesetzt ist. Es ist umgesetzt, dass die Findungskommission von sechs auf acht Mitglieder erweitert wurde – Herr Beuß hat das eben gesagt –, um die paritätische Besetzung von Hochschulrat und Akademischem Senat berücksichtigen zu können und allen Statusgruppen der Universität ein Mitspracherecht einzuräumen.

Im Übrigen hat die Ausschreibung natürlich schon stattgefunden und ich möchte auch hervorheben, dass es ein Gebot der Fairness den Bewerbern gegenüber ist, das Auswahlverfahren nicht im Laufe des Bewerbungsverfahrens zu verändern.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Allen Beteiligten ist klar, dass die nächste Präsidentin oder der nächste Präsident über einen breiten Rückhalt innerhalb der Universität verfügen muss. Nur dann kann die Universität wieder in ruhigeres Fahrwasser geführt werden und den vielfältigen Zielen des Struktur- und Entwicklungsplans nachkommen. Und um diese breite Unterstützung zu erzielen, kann es in der Tat sinnvoll sein, eine hochschulöffentliche Anhörung der Kandidaten durchzuführen. Ich gehe davon aus, dass die beteiligten Akteure des Hochschulrates wie auch des Akademischen Senats verantwortungsvoll mit ihrer

Aufgabe umgehen und sich der Tragweite ihres Handelns bewusst sind.

Um es noch einmal zu sagen: Die Evaluierung des Hochschulgesetzes läuft unter Beteiligung der Betroffenen an und wir werden sie auswerten und gegebenenfalls nachsteuern. Welche Veränderungen der Gremienstruktur und des Auswahlverfahrens dann vorgenommen werden müssen, werden die Ergebnisse zeigen.

(Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD: Erklären Sie mal, wie Sie als Abgeordnete denn nachsteuern wollen!)

– Frau Stapelfeldt, es ist immer total praktisch, wenn man zuhört. Nachsteuern bedeutet in diesem Zusammenhang die Gesetzesnovellierung. Zuhören tut immer gut.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Dr. Andreas Dressel SPD: Nicht ganz so arrogant, Frau Oberlehrerin!)

Diese große Novellierung des Hochschulgesetzes möchten wir eben nicht auf die Art und Weise, wie jetzt von Ihnen vorgeschlagen, verstolpern, indem wir an einer kleinen Stelle Regulierungen vorwegnehmen.

Trotzdem bin ich mir aber sicher, dass alle, die an der Wahl der neuen Präsidentin oder des neuen Präsidenten teilhaben, sich ihrer ungeheuren Verantwortung bewusst sind. Einen Neustart an der Universität wird es nur dann geben, wenn man eine Persönlichkeit findet – ich denke, darüber sind wir uns hier im Hause einig –, die über eine breite Zustimmung an der Universität verfügt.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Heyenn.

Dora Heyenn DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vor der Sommerpause haben wir öffentlich über die Rolle der Universitätspräsidentin diskutiert und es fielen Begriffe wie autoritärer Führungsstil, undemokratische Entscheidungsabläufe und dass die Gremien nur sehr unzureichend berücksichtigt wurden. Die Diskussion innerhalb und außerhalb der Universität führte zum Rücktritt von Frau Auweter-Kurtz. Viele haben das als das Ende einer beispiellosen Konfrontation in der Geschichte der Hamburger Universität bezeichnet. Die Wissenschaftssenatorin Frau Dr. Gundelach, die ich nicht allzu häufig lobe, muss in diesem Fall ein Lob bekommen,

(Wolfgang Beuß CDU: Dann muss sie ja was falsch gemacht haben!)

weil sie die Initiative ergriffen, diesem Trauerspiel ein Ende bereitet und ein Vertragsende mit Frau Auweter-Kurtz herbeigeführt hat.

(Dora Heyenn)

Der Hochschulrat war immer Teil des Problems und hat an der Lösung nicht teilgenommen, sondern das anderen überlassen. Auch das ist ein Grund, weshalb die Linke die Abschaffung des Hochschulrates fordert. Zur Lösung beigetragen haben neben der Wissenschaftssenatorin auch Professoren, 120 aktiv, und wissenschaftliche Mitarbeiter, 170 aktiv, und die Studenten und Studentinnen. Das Studierendenparlament erklärte – ich zitiere –:

"Eine Universität, die mit autoritären Managementkonzepten wie ein Wirtschaftskonzern geführt wird, wird immer auf den Widerspruch und Widerstand ihrer Mitglieder treffen."

– Zitatende.

Dieses Zitat ist wirklich nicht aus der Luft gegriffen. Der neunköpfige Hochschulrat, der von Senator Dräger 2003 ins Leben gerufen wurde – Frau Stapelfeldt hat darauf hingewiesen –, ist mit Führungspersonal aus Medien, Wirtschaft und der Handelskammer besetzt. Es ist kein einziger Gewerkschaftsvertreter darunter. Das nenne ich einseitig

(Beifall bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

und das zeigt den Einfluss der Wirtschaft und dass die Strukturen der Wirtschaft auf die Universität übertragen werden und übertragen werden sollen. Die Mitglieder des Hochschulrates werden bestimmt, sie tagen nicht öffentlich, die Protokolle sind nicht zugänglich und einige Entscheidungen werden in der Hochschule sogar bekannt gegeben. Die Geschäftsordnung des Hochschulrates ist geheim, wie so vieles in diesem Zusammenhang, und es gibt keine Regelung zur Haftung oder Abberufung für die Mitglieder des Hochschulrates. Der Senat nennt das Transparenz, wir nennen das absolut undemokratisch.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD – *Christiane Schneider DIE LINKE*: Welches Jahrhundert?)

– Eben.

Hinzu kommt, dass auch unter Herrn Dräger und Frau Auweter-Kurtz der Schwerpunkt immer wieder auf die Drittmittelbeschaffung gesetzt wurde. Wir sehen darin ein weiteres Problem, denn damit wird die Forschung durch den Einfluss der Wirtschaft bestimmt.

Diese ganze Diskussion hat dazu geführt, dass jetzt die Chance für einen Neuanfang besteht. Es wäre völlig falsch, diese Politik fortzusetzen nur mit einem diplomatischen Führungsstil und einer Persönlichkeit, die vielleicht nicht so autoritär auftritt. Deshalb sind wir auch nicht der Auffassung, dass es vorrangig ist, ganz schnell eine neue Präsidentin oder einen neuen Präsidenten zu wählen. Die Dekane haben es benannt und gesagt, die Krise an der Universität sei kein personelles, sie sei

auch ein strukturelles Problem und insofern hat Frau Stapelfeldt recht. Man könnte sich ruhig noch ein paar Wochen Zeit nehmen und dann unter anderen Voraussetzungen eine neue Leitung der Universität wählen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Die Zukunft der Universität muss an Inhalten, Strukturen und Entscheidungsabläufen festgemacht werden. Es muss mehr diskutiert werden, es müssen alle ernst genommen werden; der Anfang ist gemacht. Zum Beispiel haben die drei ehemaligen Vizepräsidenten in ihrem Schreiben an Frau Auweter-Kurtz die Stärkung der akademischen Selbstverwaltung eingefordert. Und sie haben darauf hingewiesen, dass Dissens und Diskurs offen und demokratisch ausgetragen werden müssen und dass dies wesentliche Elemente für Forschung und Lehre sind. Wir als LINKE sagen, in der jetzigen Situation an der Universität liegt die Chance einer Redemokratisierung der Hochschulen.

(Beifall bei der LINKEN)

In der Diskussion vor der Sommerpause plädierten die Dekane für eine Änderung des Hochschulgesetzes. Und so verstehen wir auch den Antrag der SPD, den wir begrüßen.

An einem Punkt – da haben Sie recht, Frau Dr. Gumbel – geht uns der Antrag der SPD aber nicht weit genug, das ist der Paragraph 84 des Hamburgischen Hochschulgesetzes. Hier sieht der SPD-Antrag vor, im Absatz 1 die Punkte 1 bis 9 zu streichen. Nur die Mitwirkung des Hochschulrates bei der Auswahl und Abberufung von Vizepräsidentin und Vizepräsidenten soll beibehalten werden.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass auch die SPD für die Streichung des Passus ist, wonach Wahl und Abwahl des Präsidenten oder der Präsidentin Aufgaben des Hochschulrats sind. Worin bestehen dann aber, neben der Mitwirkung bei der Wahl des Vizepräsidenten oder der Vizepräsidentin, seine Aufgaben? Nach dem SPD-Vorschlag bleibt Absatz 2 bestehen, der Folgendes enthält:

"Der Hochschulrat gibt ferner Empfehlungen zur Profilbildung der Hochschule und zur Schwerpunktsetzung in Forschung und Lehre sowie zur Weiterentwicklung des Studienangebots."

Da sehen wir natürlich eine gewisse Gefahr, denn wenn wir uns ansehen, wie die Universität Hamburg in den letzten zehn Jahren von oben entwickelt wurde – das muss man sagen, sie konnte sich selbst gar nicht entwickeln –, dann stellen wir fest, dass die überwiegende Besetzung des Hochschulrates mit Naturwissenschaftlern und Wirtschaftsvertretern auf das Studienangebot durchgeschlagen hat. Die Mittel sind in die Naturwissenschaften gegangen, die Geisteswissenschaften

(Dora Heyenn)

spielen kaum noch eine Rolle, Philosophie ist völlig überflüssig. Und wenn wir uns jetzt vorstellen, dass dieser Hochschulrat weiterhin genau das macht, nämlich die Profilbildung der Hochschule bestimmt, dann geht das in eine Richtung, wie wir sie garantiert nicht wollen. Deshalb finden wir es nur konsequent, wenn wir nicht nur einen Teil, sondern den gesamten Paragraphen 84 streichen, denn der Hochschulrat ist überflüssig, undemokratisch und seine Aufgaben könnten viel besser von anderen Gremien übernommen werden.

(Beifall bei der LINKEN – Wolfgang Beuß CDU: Ja, das haben Sie ja in der Vergangenheit gesagt!)

– Ich weiß nicht, welche Vergangenheitssyndrome Sie haben, ich habe jedenfalls andere. Die Aufgaben des Hochschulrates können sehr gut vom Präsidium und von anderen Personen übernommen werden.

Wir stimmen auch darin mit der SPD überein, dass die Stellung des Hochschulsenats stärker werden muss und die Wahl des Präsidenten oder der Präsidentin mit einer hochschulöffentlichen Anhörung verbunden sein muss. Das halten wir für absolut notwendig, weil nur eine breit angelegte Diskussion in der Universität und ein breiter Konsens für eine neue Präsidentin oder einen neuen Präsidenten auch die notwendige Voraussetzung dafür bietet, dass Verabredungen eingehalten werden und die Leitung der Universität in den Gremien mehr Rückhalt erfährt. Außerdem halten wir es für selbstverständlich, dass das wissenschaftliche Personal, die Professoren und die Studierenden an der Diskussion über die neue Führung beteiligt werden.

(Wolfgang Beuß CDU: Werden sie doch! Habe ich gerade gelesen!)

Wir werden trotzdem dem SPD-Antrag zustimmen, und zwar deswegen, weil dort auch steht – ich zitiere –:

"Eine umfassende Überarbeitung des HmbHG zu einem späteren Zeitpunkt bleibt hiervon unberührt."

Ich finde, das ist auf einem sehr guten Weg. Wir haben in einem einzigen Punkt einen Dissens, das ist aber ausbaufähig.

Nun kommen CDU und GAL und sagen, was wir in erster Linie an der Universität brauchen, ist Ruhe. Ruhe ist die erste Bürgerpflicht. Was die Universität überhaupt nicht brauchen kann, ist Ruhe, sie braucht genau das Gegenteil.

(Beifall bei Christiane Schneider DIE LINKE – Wolfgang Beuß CDU: Ja!)

Zweitens sagen Sie, die Universität brauche Ordnung; Frau Gümbel sagt, das müsse alles mit Ordnung zugehen.

Wir brauchen Kreativität, wir brauchen Bewegung an der Universität. Wenn ich die Begründung lese, die Sie an die Presse gegeben haben, warum Sie dem Antrag nicht zustimmen können, dann kann ich mich nur erinnern an die erste Debatte. Sie von CDU und GAL müssen endlich in die Gänge kommen. Alle reden davon, dass das Hamburgische Hochschulgesetz geändert werden muss, und Sie sagen, Sie wollen jetzt erst einmal evaluieren. Und weil Sie evaluieren, können Sie noch nicht einmal darüber diskutieren.

(Wolfgang Beuß CDU: Wir diskutieren doch, Frau Heyenn!)

Und ich sage Ihnen eines: Was wir in dieser kurzen Zeit, in der wir hier sind, von GAL und CDU für Anträge auf Evaluierung, auf Prüfung, auf Berichterstattung bekommen haben, das können wir schon gar nicht mehr zählen. Das heißt, Sie schieben die Probleme immer nur beiseite, Sie weichen den Diskussionen aus.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD – Kai Voet van Vormizeele CDU: Es gibt auch den Versuch, vernünftig zu arbeiten! Das muss auch Sinn machen!)

Und wenn die GAL sagt, sie wolle das Wahlverfahren jetzt nicht unterbrechen, dann müssen sich GAL und CDU fragen – Frau Stapelfeldt hat das plastisch dargestellt –, ob sie denn wollen, dass der neue Präsident oder die neue Präsidentin genauso gewählt wird wie Frau Auweter-Kurtz. Dann haben wir die Probleme in kürzester Zeit wieder auf dem Tisch. Sie lösen keine Probleme, Sie verstärken sie und leider haben Sie aus der ganzen Diskussion gar nichts gelernt.

(Wolfgang Beuß CDU: Sie müssen mal zuhören, Frau Heyenn!)

– Ich höre sehr gut zu, ich glaube, Sie hören nicht zu.

Wir sollten das Signal aus der Universität aufnehmen. Wir sollten alle beteiligen, uns ein paar Wochen mehr Zeit nehmen und in einem breiten Konsens dahin kommen, dass es einen neuen Präsidenten oder eine neue Präsidentin gibt.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Meine Damen und Herren! Ich war eben schon geneigt zu unterbrechen. Der Geräuschpegel durch Zwiegespräche ist viel zu hoch und versetzt die Rednerinnen und Redner nicht in die Lage, sich vernünftig deutlich machen zu können. Ich darf Sie bitten, das zu beachten. Ich darf auch bitten, die Stehgruppen wieder aufzulösen. Für jede Frau, für jeden Mann ist hier ein Sitzplatz vorgesehen, ansonsten dürfen Sie das gerne draußen machen. Das war durchaus ernst gemeint mit der Auflösung der Stehgruppen. – Vielen Dank.

(Vizepräsident Wolfhard Ploog)

Frau Dr. Gümbel, Sie haben das Wort.

Dr. Eva Gümbel GAL: Herr Präsident, liebe Kollegen! Frau Heyenn, ich muss auf Ihre Rede antworten. Begreifen Sie nicht, dass Sie sich mit Ihrer Argumentation letztlich genauso verhalten wie Herr Dräger? Herr Dräger hat dieses Hochschulgesetz geschrieben, ohne mit den Hochschulen zu sprechen; Frau Stapelfeldt hat das recht schön dargelegt. Was wir jetzt machen wollen, ist eine grundsätzliche Novellierung dieses Hochschulgesetzes im Dialog mit der Universität und den in Hamburg befindlichen Hochschulen. Sie wollen jetzt zwei einzelne Paragraphen herausnehmen; dieses Hochschulgesetz ist sehr umfänglich, Sie kennen es.

(Michael Neumann SPD: Wem haben Sie den Job denn versprochen?)

– Ach, Herr Neumann, Ihnen fällt nur blödes Zeug ein.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Michael Neumann SPD: Das war ein ganz starkes Argument!)

– Das war kein Argument, das war eine Bewertung, wenn Sie so wollen.

Jetzt wollen wir aber bei der Sache bleiben. Sie wollen jetzt zwei Paragraphen im Alleingang verändern. Frau Stapelfeldt sagt zwar, Sie habe mit Leuten gesprochen, ich habe auch mit Leuten gesprochen, wir haben alle mit Leuten gesprochen. Aber es gibt kein Verfahren, wir wissen nicht, was die anderen Hochschulen dazu sagen. Wir wollen weit mehr, als uns nur diese beiden Paragraphen anschauen. Was jetzt gemacht würde, wäre doch im Prinzip genau dasselbe, was wir seinerzeit Herrn Dräger vorgeworfen haben. Genau das soll doch diesmal nicht passieren. Deshalb haben wir Wert darauf gelegt, das im Koalitionsvertrag zu vereinbaren. Weil die Krise an der Universität dann so hoch gekocht ist, haben wir das jetzt vorgezogen. Aber selbstverständlich ziehen wir jetzt keine einzelnen Passagen klein-klein heraus. Wenn Sie jetzt so tun, als würden Sie glauben, dass diese Präsidentin oder dieser Präsident genauso gewählt würden wie Frau Auweter-Kurtz, dann lügen Sie doch,

(Unmutsäußerungen bei der SPD)

weil Sie genauso wie ich wissen, dass die Findungskommission anders besetzt ist als seinerzeit. Das ist eine Tatsache und darüber kann man doch nicht hinweggehen.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Glocke)

Vizepräsident Wolfhard Ploog (unterbrechend): Frau Abgeordnete, ich bin darauf hingewiesen worden – ich hatte es akustisch nicht so mitbekom-

men –, dass der parlamentarische Sprachgebrauch nicht korrekt war.

Dr. Eva Gümbel (fortfahrend): – Ich wusste nicht, dass das dazu gehört. Aber dann entschuldige ich mich ganz herzlich.

Ich wollte hier nur noch einmal ganz deutlich erklären, warum wir diese beiden Anträge ablehnen, warum wir glauben, dass es ein großer Fortschritt ist, dass wir das gesamte Hochschulgesetz evaluieren, warum das wichtig ist, warum es auch für die Hamburger Universität wichtig ist und warum es auf der anderen Seite wichtig ist, dass die Hamburger Universität möglichst bald eine gute neue Präsidentin oder einen guten neuen Präsidenten bekommt. – Danke.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Gerhard Lein SPD: Mit dem alten Recht!)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Frau Dr. Stapelfeldt.

Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es gibt so ein altes Sprichwort, das heißt: Hochmut kommt vor dem Fall.

(Wolfgang Beuß CDU: Davon verstehen Sie was, Frau Stapelfeldt!)

Frau Gümbel, ich will Ihnen ganz schlicht Folgendes sagen.

Erstens haben Sie uns Ihre Meinung gesagt und Sie akzeptieren keine andere Meinung neben Ihrer eigenen. Sie glauben wirklich, dass Sie hier die absolute Wahrheit haben; die haben Sie aber nicht. Wir haben schlicht eines gesagt: Man soll sich auch einmal die Zeit nehmen, aus Fehlern zu lernen. Und dazu hätte man hier eine Möglichkeit gehabt, und zwar im Sinne der Universität.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens: Man darf sich auch noch einmal ansehen und dem zuhören, was an den Hochschulen, das ist ja noch einmal ausgeführt worden, in den letzten Wochen und Monaten geäußert worden ist. Natürlich wurden wir als Politiker auch aufgefordert, solche Strukturen nach dem Gesetz wiederherzustellen, die für mehr demokratische Mitentscheidung und Mitwirkung bürgen. Genau das haben wir mit dem Gesetzesentwurf, den wir heute hier vorliegen haben, an dieser einen Stelle gemacht. Wir sind auf das eingegangen, was uns aus der Universität selbst über Monate vorgetragen worden ist, und ich finde es richtig, das zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Man kann es auch auf diesen einen Vorgang beschränken, man muss nicht das gesamte Hochschulgesetz novellieren, um hier zu einer Verände-

(Dr. Dorothee Stapelfeldt)

nung zu kommen, denn es geht darum, für das laufende Verfahren Schaden von der Universität abzuwenden und aus den Fehlern, die es in der Vergangenheit gegeben hat, Konsequenzen zu ziehen. Das kann man ganz sachlich lösen, ich bin gespannt darauf. Wir werden heute zu einer abschließenden Entscheidung kommen, das ist dann vielleicht auch ganz gut so. Aber ich bin gespannt darauf, ob das, was Sie uns heute an Vorstellungen für die Hochschulgesetznovellierung vorgetragen haben, überhaupt in den kommenden Monaten umgesetzt wird. Sie müssen noch beweisen, dass auch wirklich alles gilt, was Sie uns heute erzählt haben.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Beuß.

Wolfgang Beuß CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für das Protokoll: Frau Stapelfeldt und Frau Heyenn, Sie haben nichts verstanden.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort erhält Frau Heyenn.

Dora Heyenn DIE LINKE: Herr Beuß und Frau Dr. Gümbel, das ist der älteste Trick der Welt, wenn man nicht Ihrer Meinung ist, hat man nichts verstanden und nichts begriffen.

(Barbara Ahrons CDU: Haben Sie ja auch nicht!)

Das ist einfach zu billig. Wir sind nicht Ihrer Meinung, wir werden auch nicht Ihrer Meinung sein. Trotzdem möchten wir auf ein paar Dinge eingehen.

Wenn Sie davon sprechen, dass hier von der SPD und von der LINKEN ein Alleingang vorgenommen werde, dann frage ich natürlich, warum Sie nicht dem Antrag auf Überweisung an den Wissenschaftsausschuss zustimmen, denn dann könnten wir in aller Breite darüber diskutieren. Wir könnten eine Expertenanhörung und eine öffentliche Anhörung durchführen, alle könnten darüber reden.

(Wolfgang Beuß CDU: Weil Sie nichts verstanden haben!)

Aber Sie sagen, Sie wollen es nicht überwiesen haben. Das heißt natürlich, dass Sie auch nicht darüber diskutieren wollen.

(Wolfgang Beuß CDU: Sind Sie denn ein Prophet, Frau Heyenn?)

– Schreien Sie doch nicht dauernd dazwischen, Herr Beuß.

Und wenn Sie von Evaluierung sprechen, dann werde ich schon immer leicht nervös, weil Sie niemals einen Zeitpunkt angeben. Ich würde gerne wissen, wann die Evaluierung des jetzigen Hochschulgesetzes abgeschlossen sein soll, in drei Jahren, in vier Jahren, in fünf Jahren? Da wird doch wieder nichts anderes dabei herauskommen als ein Verschieben.

Und dann zu Ihrer Aussage, wir würden lügen, wenn wir behaupten, die neue Präsidentin oder der neue Präsident würde jetzt nicht anders gewählt als Frau Auweter-Kurtz. Das stimmt nicht. Erstens müssen Sie das sofort zurücknehmen und zweitens kennen Sie entweder das Hochschulgesetz nicht oder Sie sagen hier ganz bewusst etwas, das dem Hochschulgesetz widerspricht. Ich lese Ihnen einmal vor:

"Paragraf 84 Hochschulrat

(1) Der Hochschulrat hat folgende Aufgaben:

1. Wahl und Abwahl der Präsidentin oder des Präsidenten."

Also wird es wieder genauso ablaufen wie bei Frau Auweter-Kurtz und das lehnen wir ab. Und das haben Sie eben ganz falsch dargestellt.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir kommen dann zur Abstimmung.

Zunächst zum Antrag der Fraktion DIE LINKE aus Drucksache 19/3999. Wer möchte diesen an den Wissenschaftsausschuss überweisen? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Wer möchte den Antrag der Fraktion DIE LINKE aus der Drucksache 19/3999 annehmen? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wer möchte dem SPD-Antrag aus der Drucksache 19/3834 zustimmen? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist ebenfalls mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe dann den Tagesordnungspunkt 22 auf, Drucksache 19/3646, Große Anfrage der CDU-Fraktion: Industrie ist eine tragende Säule der Wirtschaft Hamburgs.

**[Große Anfrage der Fraktion der CDU:
Industrie ist eine tragende Säule der Wirtschaft Hamburgs
– Drs 19/3646 –]**

Wird das Wort gewünscht? – Frau Özkan, bitte schön.

Aygül Özkan CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Industrie ist und bleibt eine tragende Säule der Hamburger Wirtschaft.

(Dr. Joachim Bischoff *DIE LINKE*: Eine gläserne Säule!)

Jeder sechste Arbeitnehmer in Hamburg arbeitet in einem Industriebetrieb, also knapp 16 Prozent aller Beschäftigten. Damit gehört unsere Stadt mit Berlin und München zur Spitzengruppe der Industriemetropolen in Deutschland.

(Beifall bei der CDU)

Und so soll es auch bleiben. Wir bekennen uns ganz klar zum Industriestandort Hamburg. Es wäre auch unklug, sich von der Industrie abzuwenden und sich ausschließlich auf den Dienstleistungssektor zu konzentrieren, denn die jüngste Wirtschaftskrise hat auch ganz deutlich gezeigt, dass es auf den Mix ankommt.

Die Industrie gehört zu den Triebkräften des Dienstleistungswachstums. Eine wachsende Stadt kann auch nur mit einer wachsenden Industrie stark sein und stark bleiben. Die Industrie ist die Lokomotive des Außenhandels, sie ist Motor für Innovation und fördert regionale Cluster.

Von den vereinbarten 34 mittel- und langfristigen Zielen des Masterplans haben wir bereits zwölf erfolgreich umgesetzt. Die CDU hat sich immer für die Industrie stark gemacht und zum Industriestandort Hamburg bekannt. Daran hat sich auch mit der neuen Regierung nichts geändert. Manifestiert haben wir dieses Bekenntnis mit dem Masterplan Industrie und nicht zuletzt im Koalitionsvertrag.

Meine Damen und Herren! Der Masterplan ist und bleibt die Richtschnur, mit der wir unsere Industriepolitik aktiv und nachhaltig gestalten wollen trotz der Bedenken und Munkeleien seitens der Opposition, wir hätten uns vom Masterplan Industrie verabschiedet oder gar distanziert. Wie wir den Antworten der Großen Anfrage entnehmen können, trifft dies keinesfalls zu. Wir liegen deutlich im Plan. Von den vereinbarten 34 Zielen sind, wie gesagt, 12 erfolgreich umgesetzt.

(Glocke)

Vizepräsident Wolfhard Ploog (unterbrechend): Frau Abgeordnete, entschuldigen Sie bitte.

Meine Damen und Herren! Mir ist nicht ganz erklärlich, wieso so wenige anwesende Abgeordnete so viele Nebengeräusche verursachen können. Vielleicht forschen Sie das einmal selbst nach und tragen dazu bei, dass die Worte der Rednerin zur Geltung kommen.

Sie haben das Wort.

Aygül Özkan (fortfahrend): Wie sieht es aber im Einzelnen aus? Eine erfolgreiche Industriepolitik zeichnet sich dadurch aus, dass vom Industriestandort eine Innovationskraft ausgeht, ein zukunftsorientiertes Flächenmanagement betrieben, eine moderne, flächendeckende Verkehrsinfrastruktur vorgehalten und eine nachhaltige Umweltpolitik mit ökonomischen Erfordernissen in Einklang gebracht werden, und nicht zuletzt dadurch, dass Strukturen für die Realisierung von Clusterpotenzialen geschaffen werden.

Diesen Zielen und Bedingungen sind wir mit dem Masterplan Industrie ein gutes Stück näher gekommen. Wenn wir von Innovationskraft sprechen und vom Technologiestandort, dann ist es äußerst erfreulich, dass das neue Förderprogramm der Behörde für Wirtschaft und Arbeit für innovative Forschungs- und Entwicklungsvorhaben der Hamburger Industrie Unternehmen bei Innovations- und Kooperationsprojekten unterstützt. Dafür an dieser Stelle herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Ich erinnere daran, dass im Rahmen des Hamburger Konjunkturprogramms Gelder für die Gründung von drei neuen Kompetenzzentren bereitgestellt wurden und deren Ansiedlung sichergestellt wurde.

(Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk übernimmt den Vorsitz.)

Es handelt sich um das Zentrum für Angewandte Luftfahrtforschung, das Center for Maritime Logistics and Services und das Laser Zentrum Nord. Dies sind sehr gute Signale für den Industriestandort, denn nur so können wir die Innovationskraft auch nach vorne treiben.

Einen weiteren Schub wird die Innovationsallianz Hamburg bringen. Dieser Ende 2008 ins Leben gerufenen, gemeinsamen Initiative von Wirtschaft, Wissenschaft und Senat kommt eine ganz besondere Bedeutung für eine nachhaltige Weiterentwicklung in diesem Bereich zu.

Unser Ziel muss es sein, Hamburg zu einer führenden europäischen Innovationsregion zu machen. Rahmenbedingungen und Netzwerke können durch diese Innovationsallianz gestärkt werden und positive Signale für die Industrie geben. Und, das ist wichtig, es gilt, alle Akteure an einen Tisch zu bekommen und sehr zügig neue Ansätze zu bringen.

Eines unserer zentralen Anliegen muss es sein, ein weitergehendes Wachstum der Industrie und somit die Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen durch eine vorausschauende Gewerbepolitik zu fördern. Wir begrüßen deshalb die Einrichtung einer Arbeitsgruppe Flächenmanagement unter der Federführung der Handelskammer und das Bekenntnis des Senats, gerade städtische Indu-

(Aygül Özkan)

strieflächen vorrangig für solche Betriebe zu reservieren, die auf diese planerische Ausweisung angewiesen sind. Dazu zählt auch das beabsichtigte Pilotvorhaben für das circa 600 Hektar große Industriegebiet Billbrook. Dort soll ein Projektmanagement installiert werden, das untersucht, wie eine effektivere Nutzung von ungenutzten und untergenutzten privaten Flächen herbeigeführt werden kann. Das können wir alle nur begrüßen.

Ein weiterer Erfolg dieses Flächenmanagements ist, dass im vergangenen Jahr 95 Neuansiedlungen von Unternehmen in Hamburg erreicht werden konnten.

(Beifall bei der CDU und bei *Horst Becker GAL*)

Im Vergleich zu 2007, das zeigt die Anfrage, ist das eine Steigerung von 103 Prozent. Daran können Sie sehen, wie gezieltes Management erfolgreiche Ansiedlung herbeiführen kann. Es ist aber auch klar, dass neben einem Flächenmanagement für Industriebetriebe die moderne Verkehrsinfrastruktur lebenswichtig ist. Deswegen kann ich es nur begrüßen, dass im Bereich Verkehrsinfrastruktur derzeit ein Gesamtkonzept zur Vorgehensweise bei der kontinuierlichen Verkehrsentwicklungsplanung erarbeitet wird. Wir brauchen einen Verkehrsmanagementplan, darüber sind wir uns einig. Hier sind, was wir auch der Beantwortung entnehmen können, die ersten Weichen bereits gestellt.

Meine Damen und Herren! Allen Kritikern zum Trotz, die meinen, dass mit dem Bekenntnis zum Industriestandort Hamburg der Umwelt- und Klimaschutz zu Grabe getragen wird, kann ich nur sagen, dass sich Ökologie und Ökonomie mit einer in die Zukunft blickenden nachhaltigen Wirtschafts- und Umweltpolitik vereinbaren lassen. Gerade die Umweltpartnerschaft, die bis 2013 erweitert wurde, zeigt sehr gute Erfolge. Wir haben die Anzahl der Umweltpartner von 352 in 2007 auf heute 568 Unternehmen erweitern können.

(*Dr. Monika Schaal SPD*: Wie viele Schornsteinfeger?)

Bisher konnten durch die Investitionen von Unternehmen im Rahmen des Programms mehr als 100 000 Tonnen CO₂-Emissionen jährlich wiederkehrend vermieden werden.

Die weitere Spezialisierung Hamburgs auf wissensintensive Industrien wie beispielsweise die Ernährungswirtschaft, die Luftfahrtbranche, die Gesundheits- und die Energiewirtschaft ist eine wichtige Voraussetzung, um im Wettbewerb der Standorte für das verarbeitende Gewerbe überhaupt erfolgreich zu sein. Hamburg hat die Nase deutlich vorne, weil hier qualifizierte Arbeitskräfte, Forschungseinrichtungen und Universitäten konzentriert sind. Das soll auch in Zukunft so bleiben, deshalb werden wir die industrieorientierte Clusterpolitik weiter vehement vorantreiben.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Lassen Sie uns in die Zukunft schauen. Der Masterplan Industrie lebt und er ist nicht statisch. Politik und Wirtschaft sind gut beraten, zusammen mit den Akteuren auf Veränderungen und Trends zu reagieren und den Masterplan weiterzuentwickeln. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Herr Egloff.

Ingo Egloff SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Kollegin Özkan hat schon einiges über die Bedeutung der Industrie in Hamburg gesagt und die Antwort auf die Große Anfrage der CDU-Fraktion zeigt auch, in welchen Feldern es Entwicklung gibt. Wir begrüßen das ausdrücklich. Die SPD-Fraktion hat oft genug einen Masterplan Industriepolitik gefordert und wenn das jetzt umgesetzt wird, können wir nichts Schlechtes daran finden.

(*Klaus-Peter Hesse CDU*: Das ist gut!)

Wir werden natürlich schauen, inwieweit die Aktivitäten, die dort beschrieben sind, dann auch umgesetzt werden. Worauf zu achten sein wird, ist auch, dass es nicht nur reicht, Aktivitäten zu beschreiben, die nebeneinander gestellt werden, sondern dass es zu einer Vernetzung kommt. Man wird letztendlich nur dann erfolgreich sein, wenn man das, was man an Forschungskapazitäten hat, auch dazu einsetzt, die Industrieproduktion entsprechend zu erneuern und Verbindungen zwischen Hochschulen und Industriebetrieben herzustellen.

Die Bedeutung der Industrie für die deutsche Wirtschaft ist in der gegenwärtigen Krise deutlich geworden. Hätten wir dem Ratschlag der englischen Kollegen Folge geleistet und uns wie diese ausschließlich auf Finanzdienstleistungen konzentriert, sähe es in Deutschland meines Erachtens deutlich schlechter aus.

(*Klaus-Peter Hesse CDU*: Richtig!)

Natürlich leidet auch die Industrie unter der Krise, das ist völlig klar. Wenn Märkte weltweit wegbrechen und wir ein exportorientiertes Industrieland sind, dann bleibt das nicht ohne Auswirkungen beispielsweise auf die Maschinenbauindustrie oder auf andere Industriezweige. Ich bin aber sicher, dass Deutschland, wenn die Krise überwunden ist, wieder in gewohnter Art und Weise mit seinen Industrieprodukten am Weltmarkt partizipieren wird.

(Beifall bei der SPD und bei *Klaus-Peter Hesse CDU*)

Deutschland ist deswegen im Industriebereich so erfolgreich und in vielen Bereichen Marktführer,

(Ingo Egloff)

weil wir innovativ sind. Es kommt aber auch darauf an, diese Position zu behaupten. Insbesondere die Schwellenländer in Asien, ich nenne hier China, Indien und Taiwan oder auch in Südamerika zum Beispiel Brasilien, schlafen nicht. Sie drängen auf die Märkte und sind eine ernstzunehmende und ernsthafte Konkurrenz. Wir sind deswegen aufgefordert, für die Zukunft Vorsorge zu tragen.

Deshalb ist das, was die SPD in ihrem Deutschlandplan vorgestellt hat, nichts anderes als eine Blaupause für eine zukunftsgerichtete Entwicklung. Warum viele in der Publizistik, aber auch aus der Politik, über diesen Plan hergefallen sind, verstehe ich nicht. Hier ist auf 67 Seiten aufgeschrieben worden, wie der Industriestandort weiterentwickelt werden kann, damit er auch zukunftsfähig ist.

(Beifall bei der SPD)

Zukunftsfähigkeit erreichen wir durch Förderung der regenerativen Energien statt Weiterlaufenlassen alter Atomkraftwerke und durch Förderung der Umwelttechnologie, übrigens eine Branche, die wegen ihrer hervorragenden Produkte, die teilweise führend sind, weltweit Erfolge erzielt. Dort ist die Nachfrage nach deutschen Produkten groß. Wir haben weiterhin Exportchancen und tun gleichzeitig nicht nur etwas für die deutsche Wirtschaft, sondern für den Umweltschutz weltweit. In diese Richtung muss es weitergehen.

Im Bereich der Automobilindustrie werden wir energiesparende und umweltfreundliche Antriebstechniken entwickeln müssen, wenn wir in Deutschland weiterhin einer der bedeutenden Plätze der Automobilindustrie weltweit sein wollen.

(Beifall bei der SPD)

Es kommt auch darauf an – und da sind wir ein Stück weit bei dem, was in der Großen Anfrage beantwortet worden ist –, den verstärkten Einsatz von Forschungs- und Entwicklungsmitteln, insbesondere für die mittelständische Wirtschaft zu organisieren. Die mittelständische Wirtschaft ist oft höchst innovativ, hat aber häufig nicht die erforderlichen Mittel, um die entsprechenden Entwicklungen dann voranzutreiben. Das gilt es, staatlicherseits zu organisieren und den Zusammenhang zwischen mittelständischer Wirtschaft und den Universitäten herzustellen, um die Potenziale, die wir an dieser Stelle haben, zu heben.

(Beifall bei der SPD – *Klaus-Peter Hesse*
CDU: Das steht aber nicht in der Großen Anfrage!)

– In der Großen Anfrage, Herr Kollege Hesse, ist aber aufgeführt, welche Bereiche in Hamburg bearbeitet werden, ob es Nanotechnologie oder anderes ist.

Wir Sozialdemokraten haben mit der Schaffung der Innovationsstiftung in dieser Stadt vor vielen Jahren schon einmal vorgemacht, wie man so etwas

machen kann, nämlich mittelständischen Unternehmen entsprechende Mittel zur Verfügung zu stellen, damit sie auch an Forschung und Entwicklung teilhaben können.

(Beifall bei der SPD)

Nur wenn es uns gelingt, die Industrielandschaft in Deutschland zu modernisieren und den technischen Fortschritt zu sichern, werden wir den Industriestandort zukunftsfähig machen und auch nachhaltig sein. Genau das will der Deutschlandplan, den die SPD vorgelegt hat und der die Entwicklung aufzeichnet, die Deutschland bis zum Jahr 2020 in diesem Bereich nehmen kann. Die dort beschriebenen Cluster sind eine gute Chance für Norddeutschland und auch für Hamburg.

Die Förderung der regenerativen Energien wird dafür sorgen, dass Norddeutschland das Stromexportland für den Rest der Republik werden wird. Wir können jetzt schon die Arbeitplatzeffekte feststellen. Wir müssen uns nur anschauen, wo in Schleswig-Holstein und Niedersachsen, beispielsweise in Husum oder in Cuxhaven, die Windenergieanlagen für die Offshore-Plätze gebaut werden. Dort sind Arbeitsplätze in erheblichem Maß geschaffen worden. Es handelt sich um eine Zukunftstechnologie und es werden noch mehr Arbeitsplätze geschaffen werden, wenn wir konsequent darauf setzen, dieses umzusetzen.

(Beifall bei der SPD)

Dies ist auch eine neue Chance für die maritime Wirtschaft, insbesondere für die maritime Industrie in Norddeutschland. Die Werften dürfen nicht darauf warten, dass es wieder Schiffe zu bauen gibt. Wer immer sich die Situation anschaut und sieht, dass es Überkapazitäten gibt – deswegen gibt es etliche Auflieger, die aus dem Verkehr genommen worden sind und es sind noch viele Schiffe im Bau –, der weiß, dass wir gerade im Bereich der Werftindustrie eine lange Durststrecke überwinden müssen.

Vor diesem Hintergrund sind die Werften eigentlich aufzufordern, zu überlegen, ob sie nicht auch in den Bereich der regenerativen Energie einsteigen. Ein Unternehmen wie Blohm + Voss hat beispielsweise eine Maschinenbauparte, die längst nicht nur im Schiffbau tätig ist, sondern die in der Vergangenheit schon viele andere Dinge gemacht hat: Roboter für die Automobilindustrie, Fahrtreppen für Kaufhäuser, Panzerwannen für die Rüstungsindustrie. Das muss man nicht gut finden,

(*Klaus-Peter Hesse* CDU: Herr Kahrs hat sich gefreut!)

aber es zeigt, dass dieses Maschinenbauunternehmen, das wir im Rahmen von ThyssenKrupp haben, durchaus in der Lage ist, auch in anderen Bereichen tätig zu werden. Wir müssen dafür sorgen und gegebenenfalls auch Anstöße dafür geben,

(Ingo Egloff)

dass die Werftindustrie in Norddeutschland sich umorientiert, um zumindest so lange zu überbrücken, bis der Schiffbau wieder funktioniert und wir in diesem Bereich auch wieder arbeiten können.

(Beifall bei der SPD)

Insgesamt ist Hamburg industriepolitisch auf einem guten Weg und es ist richtig, dass wir uns zum Industriestandort Hamburg bekennen. Es ist keine alte Technologie, keine alte Wirtschaft, es ist zukunftsgerichtete Technik und die Sozialdemokraten stehen fest zu diesem Industriestandort Hamburg. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – *Klaus-Peter Hesse*
CDU: Gute Rede, bis auf das Wahlprogramm!)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Herr Kerstan.

Jens Kerstan GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Industrielle Kerne in einer Region sind sehr wichtig. Das hat sich im Zuge der deutschen Einheit in Ostdeutschland gezeigt, wo es darum ging, Regionen wirtschaftlich umzubauen. In den Regionen, wo es nicht gelungen ist, industrielle Kerne zu erhalten, ist es dann in der Folgezeit selbst mit sehr viel Geld nicht geglückt, eine sich selbst verstärkende, selbst tragende wirtschaftliche Tätigkeit zu entfalten.

Insofern ist es sicher richtig, in Deutschland und gerade auch in Hamburg ein Augenmerk auf die Industrie zu richten und darauf zu achten, dass vorhandene und erhaltenswerte industrielle Kerne auch gehalten werden. Der schwarz-grüne Senat hat sich auch dieser These verschrieben und im Zuge der Weltwirtschaftskrise dafür gesorgt, dass man versucht, der deutschen Werftindustrie – den Überbleibseln, die wir in Hamburg noch aus einst großen Zeiten haben – zu helfen, um lebensfähige Teile zu erhalten. Das haben wir bei der Sietas-Werft getan, die in bestimmten Bereichen, gerade im Kranbereich bei Massengutfrachtern, durchaus ein weltweiter Technologieführer ist.

In Ostdeutschland hat sich aber auch gezeigt, dass es sehr schwierig ist, in einem entwickelten Industrieland wie Deutschland reife Industrien neu anzusiedeln. Es ist ein großes Manko des deutschen Industriestandorts – nicht nur in Hamburg, sondern in ganz Deutschland –, dass wir in den Branchen stark sind, die in der Lebensphase von Industrien schon sehr weit sind, wo es nicht nur um ein Technologiemaniko geht, sondern um Massenfertigung und wo man dann mit der weltweiten Konkurrenz Probleme hat.

In den letzten Jahren ist es viel zu selten gelungen, dass Deutschland – auch Hamburg – als Standort von neuen Industrien, die weltweit hoch-

gekommen sind, vorne mitspielt. Die Bereiche IT, Computer, Telekommunikation, all das sind Bereiche, in denen Deutschland neue Trends verpasst hat. In einem einzigen Bereich ist es nicht so. In einem Bereich ist Deutschland Weltmarktführer, auch mit entsprechenden Chancen auf Arbeitsplätze, auf Exporte und das ist der Bereich erneuerbare Energien und Green Tech. Gerade hier hat Hamburg auch gute Chancen.

Hamburg, in der Mitte der Windregion in Deutschland gelegen, entwickelt sich immer mehr zum Zentrum der Windenergie. Auch regionale Unternehmen siedeln immer öfter ihre Export- und Marketingabteilung, teilweise ihre Hauptquartiere, hier an. Selbst ein großer Konkurrent deutscher Unternehmen, Vestas aus Dänemark, hat gerade seine Europazentrale im Bereich Wind nach Hamburg verlegt. Insofern zeigt sich, dass es sich lohnt, neue Industrien zu entwickeln. Durch ein Cluster-Management für erneuerbare Energien will der Senat die Akteure aus Wirtschaft, Politik und Forschung in diesem Bereich voranbringen.

Wenn man sich ansieht, welche Maßnahmen notwendig sind, um Industrien anzulocken, zeigt sich sehr deutlich, dass es darum geht, wie man innovative, neue Industrien ansiedeln kann. Dabei liegt ein Hauptakzent auf Forschung und Entwicklung und auf der Ausbildung von qualifizierten Mitarbeitern. Natürlich kann es auch gelingen, reife, ältere Industrien zukunftsfähig zu machen, wie wir es gerade bei der maritimen Wirtschaft durch die Ansiedlung des Fraunhofer-Instituts für Maritime Wirtschaft versuchen. Wir Grüne versprechen uns davon als einen ganz wesentlichen Schwerpunkt, CO₂-optimierte Logistik- und Transportketten zu befördern. In diesem Bereich könnte Hamburg sicher weltweit vorne mitspielen, wenn wir die richtigen Maßnahmen ergreifen.

Hinsichtlich des Konjunkturprogramms ist es richtig, dass wir es schaffen, mehrere neue Forschungsinstitutionen nach Hamburg zu holen. Wenn man Norddeutschland mit Süddeutschland vergleicht, dann haben wir ein ganz großes Manko. Bisher gibt es in diesen Bereichen keine Fraunhofer-Institute in Norddeutschland. Auch Max-Planck-Gesellschaften haben wir viel zu wenige und insofern versuchen wir, einen strukturellen Nachteil der norddeutschen Region gerade auch gegenüber Süddeutschland auszugleichen, indem wir hier das Fraunhofer-Institut für Maritime Wirtschaft, aber auch andere Forschungsinstitutionen wie das Zentrum für Angewandte Luftfahrtforschung oder die Forschungsinstitutionen im Bereich der Lasertechnik ansiedeln. Wir sind auf einem guten Weg.

Allerdings bin ich nicht ganz so euphorisch bei einer Wirtschaftsfördermaßnahme, die gerade bei der CDU, aber auch bei der SPD, sehr großen Anklang findet, nämlich durch eine Bevorratung von

(Jens Kerstan)

Industrieflächen Industrie ansiedeln zu wollen. Natürlich braucht Industrie und brauchen auch neue Industrien Flächen. Wir haben viele Industrieflächen in dieser Stadt, die seit Jahrzehnten ausgewiesen sind und die wie Blei in den Regalen liegen, denn das zeigt das Beispiel Ostdeutschlands auch sehr deutlich. Beim Aufbau neuer Industrien ist eigentlich nicht die Fläche der entscheidende Punkt, sondern das Know-how und die ausgebildeten Mitarbeiter, selbst im Bereich erneuerbare Energien.

In Hamburg haben wir diverse Zentralen erneuerbarer Energien, sind bundes- und auch weltweit führend. Hamburg ist aber kein Standort der Produktion. Die Produktion wird dort angesiedelt, wo es maximale Förderung gibt. Das ist in der Regel nicht in einer der reichsten Städte Deutschlands oder sogar Europas der Fall, sondern bei erneuerbaren Energien produzieren sie in Ostdeutschland. Deshalb ist es wichtig, durch Forschung und Entwicklung hier neue Unternehmen zu gründen, die dann Forschungsanlagen, Forschungsproduktionen, vielleicht auch Pilotproduktionen in Hamburg etablieren werden.

Ich glaube aber nicht, dass es gelingen wird, Hamburg als wesentlichen Massenproduktionsstandort für die neuen Industrien zu etablieren. Daher ist der entscheidende Punkt nicht, Flächen vorzuhalten, denn wir haben viele Flächenbedarfe in dieser Stadt, die wir teilweise gar nicht decken können, im Bereich Logistik und auch in anderen Bereichen, nur die Industrieflächen will keiner haben. Mit der Handelskammer und dem Industrieverband würde ich gerne diesen Punkt einmal diskutieren, was es angesichts dieser Situation bringen soll, noch mehr Flächen als Industrieflächen auszuweisen, wenn man die bestehenden schon gar nicht mehr an Industrieunternehmen vergeben kann.

Dort muss man einen anderen Weg gehen, was wir auch tun, nämlich Forschung und Entwicklung stärken und auch an den Universitäten die Mitarbeiter durch Weiterbildung qualifizieren. Das ist ein wichtiger Standortfaktor bei der Entscheidung von Neuansiedlungen. In den letzten Jahren habe ich noch nicht erlebt, dass die Ansiedlung eines Industrieunternehmens in Hamburg an der Fläche gescheitert wäre.

Es mag sein, dass wir in vielen Punkten einer Meinung sind, manche muss man vielleicht noch debattieren. Angesichts der Flächenknappheit in Hamburg ist das ein Punkt, den man sich einmal kritisch ansehen muss. Wir haben aber eine sehr große Übereinstimmung, wenn ich die Rednerinnen und Redner der verschiedenen Parteien hier höre, und auf diesem Weg sollten wir vorangehen und das umsetzen, was wir realistisch umsetzen können. Vor Blümenträumen sollten wir uns schützen. Es gibt andere Bereiche, wo wir neben der Bewahrung und Neuansiedlung von neuen In-

dustrien auch noch sehr viel erreichen können. Es ist ein wichtiger Baustein, aber vielleicht nicht der wichtigste für diesen Standort. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Frau Baum.

Elisabeth Baum DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich mache es ganz kurz. Der Masterplan Industrie ist nicht unbedingt das Schlechteste, was hier diskutiert wurde, nur befürchte ich eine einseitige Konzentration auf einen Sektor der Wirtschaft, während Dienstleistung und Logistik hinten herunter fallen.

(Barbara Ahrons CDU: Das ist doch Unsinn!)

Man darf nicht vergessen, dass Industrie alleine ohne Logistik und Dienstleistung kein Wachstum schaffen kann. Es stehen viele Sektoren zusammen und übergreifend für den wirtschaftlichen Aufschwung in Deutschland.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Das bestreitet doch keiner!)

Immer stehen Menschen dahinter, vergessen Sie das bitte nicht. Wie Herr Kerstan schon erwähnt hat, müssen die richtigen Maßnahmen für die Logistik ergriffen werden. Da gibt es zum Beispiel die Hinterlandproblematik bei der Deutschen Bahn und bei der Schifffahrt; all das muss berücksichtigt werden. Dienstleistung kann nichts werden ohne Logistik und Industrie braucht Dienstleistung und Logistik. Man darf das nicht voneinander trennen, sondern muss es als Gesamtpaket betrachten.

(Beifall bei der LINKEN – Klaus-Peter Hesse CDU: Dat mok wi!)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Senator Gedaschko.

Senator Axel Gedaschko: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal ist es in der Tat erfreulich, dass wir einen extrem breiten Konsens haben, wenn es darum geht, einen Industriestandort Hamburg zu stärken. Das ist auch das wahre Erfolgsgeheimnis von Hamburg als Industriestandort. Über die Perioden des Regierens hinweg, egal, wer regiert hat, gab es bei den großen Projekten letztendlich immer einen Konsens. Wenn dieser Konsens aufgekündigt wird, wird es die Industrie nicht mehr hierher ziehen. Dass wir es geschafft haben, ein Unternehmen wie Airbus – neue Technologie, sage ich ausdrücklich – hierher zu holen, auszubauen und zu halten in einem Wettbewerb, der zwischen Unternehmen innerhalb eines Konzerns und dann zwischen Kon-

(Senator Axel Gedaschko)

zernen weltweit geführt wird, ist nicht selbstverständlich.

Wir brauchen alle Netzwerke, über die diese Stadt verfügt, denn Industriepolitik wird nicht klein-klein gemacht, sondern wird im Großen gespielt. Daher kann ich nur alle bitten, diese Netzwerke künftig auch weiter zu spielen, denn es wird insbesondere um eines gehen. Wir werden auf Dauer mit der reinen Produktion immer mehr Schwierigkeiten bekommen. Wir werden aber die Kompetenzen wahren und ausbauen können, wenn es um das Thema Produktionstechnologie geht. Es muss unser Streben sein, die Produktionstechnologie, das Know-how, die anbindungsorientierte Forschung auszubauen. Deshalb haben wir im letzten Jahr die bereits mehrfach zitierten Institutionen in Hamburg angesiedelt, um die strukturelle Schwäche, die nicht nur Hamburg, sondern ganz Norddeutschland hat, zu einem Teil auszugleichen, zu einem Teil, weil das nur der Anfang sein kann und wir weitermachen müssen.

Beim Thema Flächen habe ich eine andere Wahrnehmung, Herr Kerstan. Es wäre unklug, keine Flächen auf Vorrat zu haben, aber wir haben natürlich in Hamburg ein Problem. Wir sind ein Stadtstaat und viele dieser Flächen – das müssen wir auch alle, die wir hier sitzen, einmal ehrlich diskutieren – haben sich über die Zeit so entwickelt, dass sie zwar theoretisch Industrieflächen sind, aber von Wohnbauflächen umgeben sind. Das ist die wahre Problematik in Hamburg, tatsächlich neue Industrieflächen in einer zusammenhängenden Größenordnung zu haben, die für Unternehmen zur Ansiedlung attraktiv sind. Die gibt es durchaus und wir können sie bisweilen nicht bedienen, weil wir nicht lieferfähig sind.

Deshalb müssen wir uns in der Tat Mühe geben, denn hier beißt sich der Wunsch, Industriestandort zu sein, mit der Wirklichkeit, weil es in den Bezirken natürlich extrem schwierig ist, diesen Konflikt dann vor Ort auszuhalten.

(Beifall bei der CDU)

Es ist mehrfach darauf hingewiesen worden, dass die wahre Stärke Hamburgs sich gerade in dieser Zeit zeigt. Wenn Sie einmal die bedauernswerten Statistikreihen ansehen, wie sich die Arbeitslosigkeit in Deutschland entwickelt, so wird man Folgendes feststellen: In Ländern, die monostrukturiert sind, wie Bayern und Baden-Württemberg, haben Sie Steigerungsraten der Arbeitslosigkeit zwischen 25 und 35 Prozent. In Hamburg haben wir gegenüber dem Vorjahr eine Steigerungsrate von 10 Prozent. Das ist schlimm genug.

(Ingo Egloff SPD: Das muss man von der Ausgangsbasis sehen!)

– Das ist richtig, aber trotzdem in den absoluten Zahlen für diese Länder natürlich eine Dramatik.

Es zeigt aber eines, und das vielleicht zu meiner letzten Vorrednerin. Dieser Standort zeichnet sich durch Vielfalt aus. Ich nenne ausdrücklich das Thema Logistik, das natürlich mit einem Industriestandort zusammenhängt. Dass wir eine Logistik-Initiative haben, die nach drei Jahren die größte Logistik-Initiative in Europa ist und dass der Logistikstandort Hamburg mit dem Logistik Award international ausgezeichnet wird, an erster Stelle, noch vor Rotterdam, spricht dafür, dass wir vielleicht auch nicht alles falsch gemacht haben in der letzten Zeit.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Insofern lassen Sie uns diese Gemeinsamkeit, die heute offenkundig geworden ist, auch künftig in den Netzwerken beibehalten, die wir brauchen, um den Industriestandort Hamburg so attraktiv wie irgend möglich zu machen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Großen Anfrage aus Drucksache 19/3646 Kenntnis genommen hat.

Tagesordnungspunkt 5, Drucksache 19/3104, Große Anfrage der SPD-Fraktion: Stellenabbau und Stellenverlagerungen im Zuge der Schließung von Polizeikommissariaten und anderer Maßnahmen zum Personalabbau bei der Polizei.

[Große Anfrage der Fraktion der SPD: Stellenabbau und Stellenverlagerungen im Zuge der Schließung von Polizeikommissariaten und anderer Maßnahmen zum Personalabbau bei der Polizei – Drs 19/3104 –]

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 19/3963 ein Antrag der SPD-Fraktion vor.

[Antrag der Fraktion der SPD: Senatsversprechen einhalten statt brechen - Polizei vor Ort stärken statt schwächen – Drs 19/3963 –]

Beide Drucksachen möchte die SPD-Fraktion an den Innenausschuss überweisen. Wird das Wort gewünscht? – Herr Dressel, Sie haben das Wort.

Dr. Andreas Dressel SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Strukturentscheidungen des Innensenators zur Personalsituation bei der Hamburger Polizei aus dem August sind nach Ansicht unserer Fraktion ein Offenbarungseid. Ihre sorgsam modellierte, fast muss man sagen, gelegentlich durchaus etwas manipulative Fassade von der perfekten Personalsituation bei der Polizei ist

(Dr. Andreas Dressel)

wie ein Kartenhaus in sich zusammengefallen. Da sie die Streifenwagen nicht mehr ordentlich besetzen kann, muss nun die Eingreiftruppe für die Brennpunkte, die Dienstgruppe Präsenz, die übrigens ein CDU-geführter Senat selbst nach 2001 als Vorzeigebild eingeführt hat, eingestampft werden, um sicherzustellen, dass wenigstens Notrufe zeitgerecht und schnell bearbeitet werden können. Allein das markiert das Scheitern Ihrer Personalpolitik bei der Polizei.

(Beifall bei der SPD)

Damit keine Missverständnisse aufkommen: Auch wir Sozialdemokraten erkennen ausdrücklich an – das haben wir in mehreren Debatten und auch im Innenausschuss schon getan –, dass CDU-geführte Senate seit 2001 die Stellenzahl bei unserer Hamburger Polizei gesteigert haben. Doch es stellt sich die Frage, wer von diesen Stellenzuwächsen profitiert hat und wo Sie jetzt, da die Füllhornzeiten vorbei sind, zuerst den Rotstift ansetzen, bei den Häuptlingen oder den Indianern? Versprochen haben Sie den Hamburgern, dass der Personalzuwachs der Präsenz der bürgernahen Polizeiarbeit zugute kommen soll. Wie war das noch? Wir erinnern uns an die kleinen Kärtchen, die die CDU in Wahlkämpfen verteilt hat und auf denen stand, jeder Stadtteil bekäme eine eigene Polizeistation.

(Ekkehart Wersich CDU: Wer im Glashaus sitzt!)

So war Ihr Versprechen, daran sollten Sie sich gelegentlich einmal erinnern. Die Wahrheit ist, dass es nicht mehr, sondern weniger Polizeistationen gab, und der Rechnungshof und wir haben nachgewiesen, dass der Personalzuwachs an den Dienststellen vor Ort, bei den Polizeikommissariaten, weitgehend vorbeigegangen ist. Heute gibt es ganze 75 besetzte Stellen mehr als noch 2002, Tendenz weiter fallend. Neben vielen anderen Beispielen könnte ich Einsparungen beim Landeskriminalamt, bei der Wasserschutzpolizei und bei der Bereitschaftspolizei anführen. Gerade in den nächsten Wochen, wenn auch Demonstrationen in Hamburg auf uns zukommen, werden wir das noch schmerzlich zu spüren bekommen.

Im selben Zeitraum, also von 2002 bis heute, haben Sie die Zahl der Vollzugsstellen im Vorzimmer, also im Bürobereich des Polizeipräsidenten – manche sagen dazu auch Hofstaat –, um 177 Prozent gesteigert. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen, eine Aufstockung um 177 Prozent von 26 auf 72 Polizeivollzugsbeamte. Wenn der Chef sich seinen Hofstaat da oben ein bisschen erweitert, dann sollen natürlich die Chefs, die ein wenig unter ihm sind, gerne auch noch ihren Bereich ein bisschen erweitern; so geschehen zum Beispiel beim Leiter der Zentralkommission, Herrn Lehmann, den wir auch aus dem Innenausschuss kennen, dem sein sechsköpfiger Leitungstab nicht ausgereicht hat und der sich dann auf

dem Weg der Fremdnutzung noch 21 Vollzugskräfte von woanders organisiert hat. So sieht der Selbstbedienungsladen in der Polizeiführung aus, so kann es nicht gehen.

(Beifall bei der SPD)

Seit die Füllhornzeiten bei der Polizei vorbei sind, sind, erst ganz schleichend, dann immer deutlicher, Stellenstreichungen und Einsparungen an der Tagesordnung. Auch in diesem Punkt haben Sie als CDU-Senat weitere Versprechen abgegeben. Sie haben gesagt, es würde in den Stäben und Intendantzbereichen gespart werden, nicht aber bei der Präsenz auf der Straße, nicht bei der bürgernahen Polizeiarbeit. Während Sie Polizeidienststellen schließen und Präsenzgruppen einstampfen, sind die Stabs- und Intendantzbereiche weiter gewachsen und sogar die Kommissariats-schließungen – das beweist die Große Anfrage beziehungsweise die Senatsantwort – werden entgegen Ihren Versprechungen dazu genutzt, nicht bei den Häuptlingen zu sparen, sondern bei den Indianern. Wenn man genau hinguckt, dann wurden unmittelbar nach den PK-Schließungen deren Häuptlingsstellen an anderen Stellen für andere Häuptlinge verwendet. Sie haben das Versprechen, das Sie den Hamburgern an dieser Stelle gegeben haben, gebrochen, das muss hier deutlich gesagt werden.

(Beifall bei der SPD)

Die Leidtragenden sind die Bürgerinnen und Bürger und die Sicherheit unserer Stadt, die Bürger in Barmbek, Eimsbüttel, Harburg, Duvenstedt und bald auch die Bürger in den Vier- und Marschlanden. Addiert man die geplanten und die durchgeführten Schließungen von Kommissariaten und Polizeiposten, so kommt man auf zwölf geschlossene Dienststellen unter einem CDU-geführten Senat. Wer hätte das gedacht von einer CDU? Ich komme wieder auf die anfängliche Karte zurück, auf der Sie versprochen, Sie würden jedem Stadtteil eine Polizeidienststelle geben. Sie haben sogar noch Unterschriften gesammelt gegen die Schließungen von Polizeikommissariaten. Wir finden, das passt hinten und vorne nicht zusammen.

(Beifall bei der SPD)

Aber die Rettung naht. Sie kommt dahergeritten, nämlich als eine Reiterstaffel, die Rettung bei allen schlechten Nachrichten zur Personalpolitik der Polizei. Gleichsam wie ein Baron von Münchhausen und sein Pferd wollen Sie sich aus dem Personalschlamassel, zu dem ich eben einiges gesagt habe, am eigenen Schopfe herausziehen, zumindest optisch. Was bei Herrn Schill die Harleys waren für die Polizei, das werden für Herrn Ahlhaus dann die Pferde sein. Ein tierisches Denkmal wollen Sie sich setzen. Jeder Senator braucht in diesem Senat offenbar ein Leuchtturmprojekt und die Pferde sollen

(Dr. Andreas Dressel)

das Ihre werden. So kann es nicht gehen, meine Damen und Herren.

(Elke Thomas CDU: Na, Gott sei Dank kommen sie endlich wieder! – Beifall bei der SPD)

Eine Reiterstaffel ist als Ergänzung eine schöne Sache, keine Frage. Aber in Zeiten, in denen man personell und finanziell buchstäblich mit dem Rücken zur Wand steht und nicht einmal mehr alle Streifenwagen vernünftig besetzt werden können, in Zeiten, in denen man bei 110 eben nicht immer zeitgerecht reagieren kann und Präsenzgruppen und Dienststellen geschlossen werden, kann man sich eine Reiterstaffel schlicht und ergreifend nicht leisten. Für mehr Polizisten ist kein Geld da, für Pferde schon, das verstehe, wer will.

(Beifall bei der SPD)

Da unklar ist, ob wir zum Beispiel morgen noch ausreichend Zeit haben werden, um über Bekämpfung des Rechtsextremismus zu reden, möchte ich kurz ein paar Zahlen zum Vergleich nennen. 18 311,56 Euro hatte der Senat im letzten Jahr für das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus übrig und Sie wollen mal eben 600 000 Euro – wahrscheinlich wird es eh' viel teuer werden – für eine Reiterstaffel ausgeben. Das zeigt wieder einmal, was Ihnen wichtig ist und was nicht.

(Beifall bei der SPD)

Ihr Polizeikonzept muss buchstäblich vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Ihre Stellenstreichungen und Schließungen müssen aufhören und Sie müssen endlich anfangen, das zu tun, was Sie den Menschen versprochen haben, nämlich in den Stäben und Intendantzbereichen zu streichen und umzuschichten. Früher hatte die CDU einmal das Motto, weg vom Schreibtisch, rauf auf die Straße. Sie haben es mittlerweile umgedreht. Wir sind der Meinung, wir sollten da wieder anknüpfen, und deshalb haben wir den Zusatzantrag gestellt und bitten um Zustimmung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Das Wort hat Herr Voet van Vormizeele.

Kai Voet van Vormizeele CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das war wieder ganz starkes Kaliber von dem Kollegen Dressel, großes Theater, aber wie immer heiße Luft und kalter Kaffee. Nichts Neues, genau dieselben Plattheiten wie all die Jahre vorher.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Sie versuchen, den Menschen in dieser Stadt zum wiederholten Male etwas zu verkaufen, was Sie schon zehn- bis fünfzehnmal hier debattiert haben

und was jeder längst weiß. Aufgrund der Arbeitszeitverlängerung bei der Hamburger Polizei müssen wir 151 Stellen abbauen, weil wir sie längst mit Zeit aufgefüllt haben. Dieses Thema können Sie gerne auch noch zum 16., 17. oder 18. Mal anmelden und versuchen, den Menschen hier etwas zu erzählen, was nicht stimmt.

Sie sprachen eben von Versprechen, die wir gegeben haben. Da möchte ich gerne noch einmal einhaken. Sie haben vollkommen recht, wir als Christdemokraten haben den Menschen in der Stadt etwas versprochen. Wir haben ihnen versprochen, dass nach über 40 Jahren Sozialdemokratie diese Stadt nicht mehr Hauptstadt des Verbrechens ist und dieses Versprechen haben wir gehalten.

(Beifall bei der CDU)

Wir liegen immer noch bei 80 000 weniger Straftaten pro Jahr als zu Zeiten sozialdemokratischer Innensenatoren. Das sind Zahlen, auf die wir stolz sind,

(Beifall bei Elke Thomas CDU)

da können Sie gerne immer wieder versuchen, irgendwelche Stellen gegenzurechnen. Tatsache ist, dass wir hier sehr effektiv sind und unsere Versprechen gegenüber der Bevölkerung mehr als eingehalten haben, was wir auch zukünftig tun werden.

Lassen Sie uns einmal kurz über die Frage der Dienstgruppenpräsenz reden.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Da haben Sie damals auch nicht die Wahrheit gesagt!)

An diesem Thema stellen Sie den Einbruch der Inneren Sicherheit fest. Richtig ist, dass diese Dienstgruppenpräsenz von einem Innensenator geschaffen wurde, an den sich kaum noch jemand erinnern kann, nämlich von Herrn Nockemann. Er hat sie damals via Anordnung gemacht und aus den bestehenden Dienstgruppen von acht Leuten jeweils zwei herausgezogen, also aus den Achtergruppen die Dienstgruppenpräsenz mit Sechsergruppen pro PK geschaffen. Diese sechs Leute arbeiten auch nicht mehr im Schichtbetrieb, sondern, ganz im Gegenteil, nur noch tagsüber im ganz normalen Bereich. Da muss man nach ein paar Jahren doch wohl fragen dürfen, ob das noch angemessen ist. Ich sage Ihnen ganz offen und deutlich, dass das nicht mehr der Fall ist. Wir brauchen heute die Polizei wieder in der normalen Schicht, wir brauchen sie auch nachts draußen und nicht für solche Showprojekte, wie Sie sie gerne haben möchten. Deshalb werden wir das jetzt ändern.

(Beifall bei der CDU und der GAL – Dr. Andreas Dressel SPD: Weil Ihnen dort das Personal fehlt, das ist doch das Problem!)

Nun kommen wir zum Thema Stabsaufgaben, bei dem Sie eben den fast schon diffamierenden Be-

(Kai Voet van Vormizeele)

griff Hofstaat verwendet haben, was ein echter Hammer ist. Zu diesen sogenannten Hofstaatsaufgaben, die sich Herr Jantosch als Polizeipräsident leistet, gehört zum Beispiel die gesamte Gruppe zur Bekämpfung von Jugendkriminalität. Wir halten das für eine überaus wichtige Aufgabe, die nicht in irgendeiner Dienststelle versacken darf, sondern direkt beim Polizeipräsidenten angesiedelt sein muss. Das sind die Stabsstellen, die Sie gerade streichen wollen. Nein, Herr Dressel, die möchten wir haben.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Lassen Sie uns auch noch einmal über das Thema Abschaffung der vermeintlichen Polizeiposten sprechen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Wieso vermeintlich?)

Man kann sich über vieles streiten, aber man sollte sich schon fragen dürfen, ob die Bergedorfer Polizeiposten mit ihrer Urlaubszeit- und Krankheitsregelung richtig aufgestellt sind und optimal für die Innere Sicherheit im Bereich Bergedorf sorgen. Über diese Frage muss man diskutieren können und das werden wir in den nächsten Wochen und Monaten tun. Wir werden in der Diskussion mit den kommunalen Gremien und den Bürgern vor Ort Wege finden, um das Polizeiaufgebot und somit die Innere Sicherheit in Bergedorf vernünftig zu gestalten. Möglicherweise bleibt es bei den Polizeiposten so wie bisher, es kann aber auch sein – und das ist uns wichtig –, dass man im Rahmen dieser Diskussion neue Mittel und Wege findet, die vielleicht deutlich mehr Sicherheit und Bürgernähe für die Bergedorfer bringen werden. Deshalb werden wir diese Diskussion ergebnisoffen führen und nicht von vornherein festlegen, dass es keine Aufgabe für die Polizeiposten gäbe. Ich möchte betonen, dass dies noch längst nicht beschlossene Sache ist, sondern dass wir darüber diskutieren und uns dann entscheiden werden, wenn es so weit ist.

(Beifall bei der CDU und bei Antje Möller GAL)

Ein letztes Wort zur Reiterstaffel. Man kann sich darüber streiten, ob sie ein Denkmal ist oder nicht. Tatsache ist, dass es in vielen Bundesländern diese Staffeln noch gibt und sie durchaus sinnvoll sind. Herr Kollege Dressel, Sie haben eben so schön gesagt, dass jetzt Pferde statt Polizisten zum Einsatz kämen. Eigentlich ist schon beabsichtigt, die Pferde mit Reitern in Einsatz zu bringen, aber vielleicht haben Sie das anders geplant.

Ich halte diesen Vorschlag für ausgesprochen interessant und für eine gute Idee, die wir eventuell als Ergänzung in unser polizeitaktisches Konzept mit aufnehmen können. Aber auch darüber muss man gemeinsam diskutieren, nachdenken und am Ende abwägen zwischen taktisch sinnvollen Maß-

nahmen und deren Kosten, gerade mit Rücksicht auf all das, was wir in den nächsten Wochen und Monaten haushaltstechnisch zu leisten haben. Auch hier stehen wir erst am Anfang des Diskussionsprozesses. Es ist noch überhaupt nichts festgelegt oder beschlossen, die Idee ist auf dem Tisch, ich finde sie gut und wir werden zur rechten Zeit darüber entscheiden. Weiter sind wir nicht.

Zusammenfassend kann man sagen, dass diese Debatte, wahrscheinlich die fünfzehnte zum gleichen Thema, genau das bringen wird wie bereits früher, nämlich heiße Luft von der SPD und bei uns die feste Erkenntnis, dass die CDU die Partei ist, die in dieser Stadt für Innere Sicherheit steht und sie gewährleistet. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei Antje Möller GAL)

Vizepräsident Wolfgang Joithe–von Krosigk:
Das Wort hat Frau Möller.

Antje Möller GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Dr. Dressel, so ganz habe auch ich noch nicht erkannt, welche dramatischen Entwicklungen Sie nun aufgedeckt haben, wobei der grüne Ansatz sowieso ein etwas anderer ist. Wir haben in den Koalitionsvertrag nämlich nicht eine Zahl X an zusätzlichen Polizistinnen und Polizisten hineingeschrieben, sondern wollen dezentral, flexibel,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Genau!)

kurzfristig und zeitlich begrenzt mehr polizeiliche Präsenz an erkannten Problemstandorten ermöglichen. Außerdem haben wir verabredet, dass die strukturellen Organisationsveränderungen der letzten Jahre, die Sie immer wieder der CDU vorgehalten haben, im Hinblick auf effektiveren Ressourceneinsatz, wie im Vertrag ganz deutlich steht, untersucht werden müssen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das habe ich vorliegen!)

Genau das passiert. Wir überprüfen die Struktur daraufhin, wo welche Polizistinnen und Polizisten gebraucht werden und was wir an der Struktur verändern können. Diese Methode halten wir für richtig, denn die flexiblen Strukturen machen den Apparat, also die Gesamtheit der Polizistinnen und Polizisten, eben nicht zu einem starren Polizeiapparat, sondern ermöglichen die erforderliche Flexibilität, um zum Beispiel auf Kriminalitätsentwicklung oder aktuelle tagespolitische Notwendigkeiten reagieren zu können, und das ist nicht eine Zahl X von Polizistinnen und Polizisten.

Wir halten es für richtig, dass ein Umstrukturierungsprozess begonnen hat mit dem Ziel, eine optimierte, effizientere Arbeit und insofern einen besseren Einsatz der Ressource Man und Woman

(Antje Möller)

Power zu ermöglichen. Erst hinterher stellt sich die Frage, was sich tatsächlich strukturell so verändert hat, dass möglicherweise viele Kommissariate keine Präsenzgruppe mehr brauchen, weil der im Revier notwendige Einsatz optimal ohne sie geleistet werden kann. Darum geht es doch und nicht um eine bestimmte Zahl von Polizistinnen und Polizisten, die für immer an ein und derselben Stelle bleiben sollen, nur weil sie dort einmal hingesetzt worden sind.

(Beifall bei *Elke Thomas CDU*)

Das halte ich für einen verfehlten und übrigens auch unpolitischen Ansatz, das ist vielmehr Erbsenzählerei und ich glaube, darauf sollten wir beim Thema Innere Sicherheit verzichten.

Zum Thema Bergedorf und Dienstposten und ob man dort etwas verändern darf, hat bereits Herr van Vormizeele einiges gesagt. Ich möchte auf das Beispiel Bremen verweisen, wo man sehr wohl von festen Dienstposten weg- und übergegangen ist zu flexiblen Angeboten, also zum Beispiel bestimmte Sprechzeiten, zu denen die Polizei, ähnlich wie vorher, vor Ort ansprechbar ist. Erfahrungsgemäß werden dabei viele Anfragen, Nöte und Sorgen von Bürgerinnen und Bürgern besprochen, die eigentlich weniger in den Aufgabenbereich der Polizei, sondern eher in den der Sozialarbeit, wenn nicht sogar Seelsorge fallen.

Wenn es aber darum geht, ein örtliches Schützenfest, den Schulanfang oder Ähnliches zu begleiten, dann ist selbstverständlich weiterhin die Polizei vor Ort. So ist es hier auch geplant.

Wie Herr van Vormizeele gesagt hat, hat die Debatte über dieses Thema gerade erst begonnen. Wir werden sie kritisch begleiten, das können Sie auch tun, aber Ihr Antrag zum jetzigen Zeitpunkt ist überflüssig. Der Prozess läuft und wir werden abwarten, was dabei herauskommt. Das tun wir im Übrigen auch bei der Reiterstaffel und um es einmal biologisch nicht ganz korrekt auszudrücken, die ist noch lange nicht ausgebrütet. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Reiterstaffel?)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Frau Schneider.

Christiane Schneider DIE LINKE: Meine Damen und Herren, Herr Präsident! Die angekündigte Umorganisation der Polizei erweckt den Eindruck, man sei bemüht, Löcher zu stopfen, ohne dass die politische Führung der Polizei, also der Innensenator, einen einzigen kritischen Gedanken darauf verschwendet, wie und wohin sich die Polizei entwickeln soll. Es wird Sie nicht verwundern, dass

ich zu diesem Thema einen anderen Zugang habe als die Regierungsparteien und die SPD.

Herr Voet van Vormizeele, Sie haben Herrn Nockemann angesprochen – er war Innensenator der rechtspopulistischen Schill-Partei in der Koalition mit der CDU –, unter dessen Verantwortung vor Jahren eine Neuorganisation der Polizei beschlossen wurde, deren Kern die weitere Zentralisierung und die Stärkung des hierarchischen Aufbaus der Polizei waren. Lassen Sie mich darauf kurz eingehen.

Die Organisation des Polizeiapparates ist zumindest ein Indiz für den Stand der Entwicklung der Demokratie in einer Gesellschaft. Zentralisierungstendenzen, ob auf Bundes- oder Landesebene, lassen die Warnglocken schrillen. Tatsächlich stand Herrn Nockemanns organisatorische Neuausrichtung, die Zentralisierung der Polizei unter dem schwarzen Schill-Senat, in engem Zusammenhang mit einem Kurswechsel in Richtung mehr Repression hin zu einer gnadenlosen Law-and-Order-Linie, die sich auch von zentralen Grundrechten, wie dem Grundrecht auf Versammlungsfreiheit, nicht beeindrucken ließ. Die nach dem Hamburger Kessel zaghaft betriebene Öffnung der Polizei wurde damals rigoros und brutal beendet. Ich komme deshalb noch einmal auf die letzte größere Neuorganisation zurück, weil die jetzt geplanten Organisationsmaßnahmen die gefährliche Tendenz kein bisschen korrigieren, soweit das bisher bekannt ist. Das möchte ich ausdrücklich an die Adresse der GAL richten, dies sollte Ihnen zu denken geben. Hier werden, wie schon gesagt, Löcher gestopft, mehr nicht. Sie werden zudem in einer Weise gestopft, die bürgernahe Polizeipräsenz nicht stärkt, sondern zumindest teilweise schwächt. Insofern teilen wir die Kritik der SPD in dem Punkt, dass der Senat nicht Leitungsstäbe, sondern Polizei auf der Straße reduziert. Das Herumgewurschtel findet zudem auf dem Rücken der nicht besonders gut bezahlten einfachen Polizeibeamten statt, die ohnehin einen anstrengenden Dienst haben und deren Belastung zunimmt.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Dr. Andreas Dressel SPD*)

Auch wir kritisieren die geplante Aufstellung der Reiterstaffel, die, wie ich eben hörte, noch nicht ausgebrütet ist,

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Angeblich ist sie schon beschlossen!)

wenngleich mit einem ganz anderen Tenor als die SPD. Wir kritisieren nicht wie die SPD, dass die Reiterstaffel nur symbolische Bedeutung hat, sondern wir kritisieren die Bedeutung, die diese Reiterstaffel hat, nämlich weitere Aufrüstung gegen Versammlungen und Demonstrationen. Dabei ist diese Reiterstaffel bisher nur eine Maßnahme für eine immense Aufrüstung der Polizei unter Schwarz-

(Christiane Schneider)

Grün. Wir kritisieren auch, dass unter Schwarz-Grün die Polizei mit neuen Waffen ausgerüstet wird. Sie erhält die gefährlichen Teleskopstöcke, eine neue Schießanlage wird angeschafft, jetzt sollen auch noch neue Hightech-Wasserpanzer her, wie es in der "Bild"-Zeitung hieß

(Wolfgang Beuß CDU: Was ist das denn? – Zurufe von der CDU)

– erkundigen Sie sich einmal bei Ihrem Innensenator –, Wasserpanzer, die abschrecken und die Beteiligung an großen Demonstrationen und Versammlungen zu einem gefährlichen Risiko machen sollen. All das halten wir nicht nur für eine bedenkliche, sondern für eine bedrohliche Entwicklung, bedrohlich für Bürgerrechte und Demokratie.

(Beifall bei der LINKEN)

Der SPD-Antrag springt leider viel zu kurz. Wir haben den Verdacht – und die Rede von Kollege Dressel hat ihn bestätigt –, dass Sie in Zeiten des Wahlkampfs auf Stimmungen in der Polizei reagieren und diese bedienen,

(Michael Neumann SPD: Das ist bei der Linkspartei was ganz anderes!)

dass Sie aber selbst, ebenso wie der Senat, kein Konzept für eine Neuorganisation der Polizei haben, die eine demokratische, eine in jeder Hinsicht bürgernahe Organisationskultur zu entwickeln hilft. Wir werden Ihren Antrag nicht ablehnen, weil wir nicht gegen, sondern für eine intensive Aufgabenkritik sind.

(Michael Neumann SPD: Das ist gut, Frau Schneider!)

Wir wollen diese Diskussion, aber wir sind nicht der Auffassung, dass es damit getan ist, die Verlagerung von Stellen aus Stabs- und Intendanzbereichen in den Vollzugsbereich vorzubereiten. Wir sind, anders als Sie, auch nicht der Auffassung, dass es damit getan ist, den weiteren Abbau von Stellen bei den Vollzugsbeamten zu beenden und die aktuelle Stellenzahl mit dem Ziel der Stärkung der polizeilichen Präsenz in der Fläche beizubehalten. Das sehe ich wahrscheinlich ähnlich wie die GAL. Es geht nicht um gleich viel oder mehr Polizeibeamte, sondern darum, wie diese Polizei organisiert ist, welche Aufgaben man ihr zuweist und wie sie diese Aufgaben erledigt.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das sagen wir doch, genau!)

Wir fordern Organisationsreformen ein, die die Demokratisierung der Polizei vorantreiben. Dazu gehört nicht zuletzt eine konsequente Dezentralisierung der Polizei, also das Gegenteil dessen, was der Senat macht. Dazu gehört eine plurale Entscheidungsstruktur, die die Transparenz erhöht und das hierarchische Durchgreifen nach unten verhindert. Dazu gehört zum Beispiel auch eine

Kehrwende in der Polizeiausbildung. Der Prozess, der unter Herrn Schill eingeleitet wurde und in der Gründung der Polizeihochschule gipfelte, muss umgekehrt werden. Wir brauchen eine Externalisierung der Ausbildung der Polizeibeamten durch Verlagerung aller nicht spezifisch polizeilichen Ausbildungsinhalte an die allgemeinen Fachhochschulen, also genau das Gegenteil dessen, was Sie gemacht haben. Dazu gehört aber auch und vor allem die Erkenntnis, dass allein die Polizei der Sicherheitsprobleme in dieser Stadt nicht Herr werden kann.

Hier steht ein konzeptioneller Streit an, den Sie von der SPD aber leider anscheinend nicht führen wollen. Deshalb werden wir Ihrem Antrag auch nicht zustimmen, sondern uns enthalten. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfgang Joithe–von Krosigk: Das Wort hat Herr Rabe.

(Ekkehart Wersich CDU: Jetzt kommt Schule!)

Ich bitte um etwas mehr Ruhe, damit Herr Rabe auch in Ruhe sprechen kann. – Ich danke Ihnen.

Ties Rabe SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich rede jetzt nicht zum Thema Schule, sondern zur Innenpolitik. Ich gebe ganz offen zu, dass ich die Einzelstrukturen der Polizei nicht so gut im Blick habe wie der Kollege Dressel,

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Hat er auch nicht!)

aber eines bin ich, wie so viele hier auch, nämlich ein ganz normaler Bürger. Ich wohne in einem Gebiet, wo es mit der Polizei eigentlich recht gut funktioniert, in Bergedorf, genauer gesagt, im Landgebiet von Bergedorf. Dort leistet die Polizei meiner Meinung nach noch eine hervorragende Arbeit.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Dort ist die Polizei nämlich nahe bei den Menschen und fest verwurzelt in den Ortschaften. Aber die für die Polizeiorganisation in den Vier- und Marschlanden jetzt vorgeschlagene Neuorganisation bringt in dieser Hinsicht keine Verbesserung, sondern ganz deutliche Verschlechterungen und wir sagen allen Reformbürokraten in der Innenbehörde ganz klar: Hände weg von einer intakten und gut funktionierenden Polizei im Bergedorfer Landgebiet.

(Beifall bei der SPD)

Das alles mag sich vielleicht aus der Entfernung und am Schreibtisch einfach darstellen, vor Ort ist es jedoch anders. Die Vier- und Marschlande sind ein Teil Bergedorfs und ein riesiges Gebiet, doppelt so groß wie der Bezirk Eimsbüttel, 25 000 Einwohner, 20 Kilometer lang und zehn Kilometer in Nordsüdausdehnung. Dass es dort sehr wenig Kri-

(Ties Rabe)

minalität gibt, ist sicher nicht nur, aber auch auf die effiziente Polizeiarbeit vor Ort zurückzuführen. Diese Polizeiarbeit ist seit Jahren in einer bemerkenswerten, seltenen Struktur organisiert. Es gibt sieben Polizeiposten, die auf die verschiedenen kleinen Dörfer und Ortschaften der Vier- und Marschlande verteilt sind. Für die dünn besiedelte Siedlungsstruktur ist das genau die angemessene Organisation. In den einzelnen Ortschaften ist der Ortspolizist, von den Einheimischen übrigens liebevoll immer Dorfsheriff genannt,

(Wolfgang Beuß CDU: Anglizismen!)

der allen bekannte und respektierte Ansprechpartner. Er ist nicht nur allen bekannt, er kennt auch die Menschen seines Dorfes und ihre Situation und auch Veränderungen entgehen ihm nicht. Diese Arbeit vor Ort ist ein Musterbeispiel für bürgernahe Polizeiarbeit. Die Ortspolizisten sind in diesen Dörfern präsent, ansprechbar und wichtiger Bestandteil der Dorfgemeinschaft. Nahe bei den Menschen, genau das ist der richtige Weg für die Hamburger Polizei.

(Beifall bei der SPD)

Diese Arbeit und diese Struktur will der Innensenator jetzt verändern und damit zerschlagen. Er will die sieben Polizeiposten in den Vier- und Marschlanden in einer zentralen Dienststelle zusammenführen. Die Fairness gebietet es zu sagen, dass in Zukunft zehn statt sieben Beamten dort Dienst tun sollen. Das mag auf den ersten Blick nicht unvernünftig klingen, aber nur, solange man dort nicht hinfährt.

Wo ist eigentlich die Zentrale in einem Riesengebiet, das keine Zentralstruktur hat? Es gibt keinen Mittelpunkt in dem Sinne, es gibt auch keine klaren Bus-, Bahn- oder sonstigen Verbindungen. Es ist ein weitläufiges Gebiet ohne jede Zentralgliederung. Die einzige Zentrale, die überhaupt erreichbar wäre, ist Bergedorf selbst und das hat natürlich sowieso schon eine große Polizeiwache. Insofern ist es überhaupt nicht möglich, für die vom Innensenator gewünschte neue Polizeizentrale einen vernünftigen Standort in diesem weitläufigen Gebiet zu finden, der für alle Bewohner dort wirklich schnell und unkompliziert zu erreichen ist. Eine solche Zentrale wäre gar keine Zentrale, sie wäre schlicht nicht zu erreichen.

Vor allem aber wird durch diese Idee die Verbindung zwischen Polizei und Bevölkerung ohne Not aufgegeben. Auch die Polizisten hätten große Probleme. Da das zu betreuende Gebiet riesengroß, sehr zersiedelt und sehr kleinstrukturiert besiedelt ist, würde kein Polizist der neuen Wache sein Gebiet so detailliert kennen wie die bisherigen Dorfpolizisten das können. Orts- und Milieukenntnisse der Polizei würden verloren gehen. Es sollen also eigentlich funktionierende Strukturen der Polizeiarbeit verändert und zerschlagen werden, ohne dass

irgendeine sinnvolle Neuerung oder Verbesserung in Sicht wäre.

Statt der Bevölkerung der Vier- und Marschlande eine teure, sinnlose und unserer Meinung nach ineffektive Alibilösung anzubieten, sollte der Innensenator lieber die preiswerte, bewährte und bürgernahe Lösung wählen und ausbauen und die sieben Polizeiposten erhalten. Wenn man wirklich etwas tun wollte für mehr Polizeipräsenz, dann wäre es am einfachsten, diese Polizisten nicht ständig für überregionale Aufgaben abzuziehen, sondern sie dort ihren Dienst tun zu lassen, wo sie das am besten können. Das wäre wirklich ein Fortschritt.

(Beifall bei der SPD)

Ich freue mich, dass sich die CDU mit ihren Zwischenrufen zurückhält, denn die Forderungen, die ich vorgetragen habe, wurden öffentlich von vielen Bergedorfer CDU-Politikern, unter anderem dem CDU-Fraktionsvorsitzenden in der Bezirksversammlung und von einem CDU-Bürgerschaftsabgeordneten aus den Vier- und Marschlanden, laut und deutlich in der örtlichen Zeitung unterstützt. Insofern gehe ich davon aus, dass wir gemeinschaftliche Interessen haben.

Lassen Sie mich zum Schluss noch ein persönliches Wort sagen. Die ganzen Großstrukturen der Polizei sind nicht mein Gebiet, das gebe ich offen zu. Man merkt aber an diesem einzelnen Beispiel einen seltsamen Geist. Zurück ins Büro, das scheint der Geist zu sein, der hinter dieser Reform steht. Eine Wache, ein Telefon, ein ständig besetzter Schreibtisch, aber weit weg von den Menschen.

(Wolfgang Beuß CDU: Ein Schäferhund!)

Das ist nicht unsere Politik. Wir wollen eine Polizei, die bei den Menschen ist und nicht am Schreibtisch sitzt. Wir wollen eine Polizei, die man kennt, die persönlicher Ansprechpartner ist und keinen unbekannten Beamten am Telefon. Wir wollen eine Polizei, die Teil der Gesellschaft ist und nicht Teil eines Büros. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Herr Capeletti.

Bernd Capeletti CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag, der gerade zur Beratung ansteht, lag uns bei der Fraktionssitzung am Montag noch nicht vor. Insofern war die Kenntnisnahme dieses Antrags ausgesprochen knapp bemessen. Dennoch ist es so, dass vieles von dem, was Herr Rabe ausgeführt hat, absolut korrekt ist. Wir haben – ich beschränke mich auch auf die Bergedorfer und Vierländer Interessen – dort draußen eine absolut funktionierende Polizei. Das haben Sie ausgeführt und dem habe ich nichts hinzuzufügen, außer,

(Bernd Capeletti)

dass ich das gerne bestätigen möchte. Die Statistik gibt diesen Polizeiposten recht, denn der Ausweis der dort vorkommenden Straftaten ist ausgesprochen gering. Wir können also stolz auf diese Polizeiposten sein.

Wer die Vier- und Marschlande und die langen Deiche kennt, der kennt die Probleme, die wir vor Ort mit schnell fahrenden Fahrzeugen, auch mit Motorrädern, haben. Auch hinsichtlich dieser Problematik wird von den Polizeiposten eine sehr gute Arbeit gemacht. Deshalb haben wir, nachdem uns die Pläne bekannt geworden sind, auf das heftigste interveniert und werden es weiter tun, wenn wir nicht aus der Diskussion erkennen, ob sich die Dinge vielleicht sogar noch zusätzlich verbessern lassen.

Ich bitte Sie, das auch zu verstehen. Wenn ich etwas zur Kenntnis nehme, dann muss ich demjenigen, der dieses veröffentlicht hat, die Chance geben, seine Ausführungen darüber zu machen. Insofern hat Bergedorf folgerichtig die Entscheidung getroffen und den Vorschlag gemacht, die Innenbehörde, in diesem Falle die Polizei, solle doch bitte zu diesen Dingen Stellung nehmen, wie sie sich das konkret vorstelle.

Ein Polizeiposten bei uns draußen hat die Aufgaben übernommen, die ein bürgernaher Beamter in der Stadt erfüllt. Ein solcher Polizeiposten ist nicht 40 Stunden wöchentlich im Dienst, sondern eigentlich 24 Stunden täglich, weil man ihn im Dorf kennt. Man kennt ihn wie einen Pastor, nicht nur, weil er den Talar beziehungsweise die Uniform trägt, sondern weil man sein Gesicht kennt. Von daher haben wir eigentlich eine ständige Präsenz.

Bevor wir uns zu der Aussage durchringen, das könne man sogar noch verbessern, brauchen wir natürlich die Pläne, die die BfL vorsieht. Bevor uns diese nicht zur Gänze bekannt sind, werden wir Ihrem Antrag auch nicht zustimmen, weil dieser natürlich eine solche Diskussion gar nicht zulässt, denn Sie sagen, dass das alles absolut und auch nicht mehr zu toppen sei. Wir werden uns die Pläne der BfL anhören und danach zu einer Entscheidung kommen. Es mag durchaus sein, dass diese dann so ausschaut, dass wir das Konzept der Polizeidienststellen für richtig erachten und deshalb auch daran festhalten. – Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Das Wort hat Herr Dr. Dressel.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Der hat doch schon gesprochen!)

Dr. Andreas Dressel SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist völlig klar, dass Sie diesem Antrag nicht zustimmen wollen, denn da gibt es die politischen Dissense, die man in anderen

Punkten hat. Weil aber hinsichtlich der Frage der Polizeiposten ein großes Maß an Konsens erkennbar war, sich dieser Diskussion zu widmen und schauen zu wollen, wie vor Ort diese Präsenz erhalten bleiben kann, und vor dem Hintergrund der Eindrücke vor Ort aus den Stadtteilen, ergeht zumindest die Bitte, unseren ersten Antrag zu überweisen, um im Innenausschuss den Stand der Diskussion aus der Innenbehörde nachvollziehen

(Präsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz.)

und noch einmal das Für und Wider diskutieren zu können.

In Bezug auf die Reiterstaffel gibt es einen gewissen Unterschied zwischen dem, was Frau Möller und Herr Voet van Vormizeele gesagt haben gegenüber dem, was der Innensenator gesagt hat, nämlich, dass es im Prinzip beschlossene Sache sei und nur noch um das Wie ginge.

Deswegen sollten diese Fragen im Innenausschuss diskutiert werden, Pro und Contra. Dann kann man die Entscheidung entsprechend begleiten. Deshalb bitten wir, dass Sie dem Überweisungsantrag zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort hat die Abgeordnete Möller.

Antje Möller GAL: Herr Kollege Dressel, ich verstehe die Idee, aber Sie missverstehen sozusagen die Situation. Es ist geschildert worden, was gerade passiert, es findet schon längst eine Debatte statt. Die Bergedorfer diskutieren mehr oder weniger strittig, unterstützen den Senator oder streiten mit ihm und das tun wir in der Koalition sowieso. Das müssen wir nicht im Innenausschuss machen. Was wir im Innenausschuss bekommen, wo es unsere Aufgabe ist, dem Senat mitzugeben, wie wir es als Parlament umgesetzt sehen wollen, das muss frei sein von den vielen Eventualitäten, die im Moment noch diskutiert werden.

Sie wissen doch genau, wie das ist, wenn wir das, was jetzt in der Debatte den vielen verschiedenen Gremien innerhalb der Polizei, aber auch in den verschiedenen politischen Gremien und möglicherweise irgendwann in bezirklichen Gremien stattfindet, alles in den Innenausschuss nehmen wollten. Dann kämen wir aus den Sachverständigenanhörungen überhaupt nicht mehr heraus.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Ich wusste nicht, dass das Parlament ein Abnickverein ist!)

– Nein, es ist kein Abnickverein.

Ich habe deutlich gesagt, wann wir den Innenausschuss brauchen. Wenn wir eine entscheidungsreife Vorlage haben, dann brauchen wir den Innen-

(Antje Möller)

ausschuss, aber nicht dann, wenn wir an dem Punkt sind, wo eine Struktur überhaupt erst einmal aufgebrochen wurde. Ich bin froh darüber, dass dieser Aufbruch der Struktur stattgefunden hat und dass die Diskussion darüber beginnt.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksachen 19/3104 und 19/3963 an den Innenausschuss zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse in der Sache abstimmen, zunächst über den Antrag der SPD-Fraktion aus der Drucksache 19/3963. Wer möchte diesen annehmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist bei einigen Stimmenthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Großen Anfrage aus der Drucksache 19/3104 Kenntnis genommen hat.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 95, das ist die Drucksache 19/3884 in der Neufassung, Antrag der Fraktion die LINKE: Atomkraftwerk Krümmel endgültig stilllegen.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Atomkraftwerk Krümmel endgültig stilllegen
– Drs 19/3884 (Neufassung) –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 19/3990 ein gemeinsamer Antrag der GAL- und der CDU-Fraktion vor.

**[Antrag der Fraktionen der GAL und CDU:
Atomkraftwerk Krümmel endgültig stilllegen
– Drs 19/3990 –]**

Die Drucksache 19/3884 in der Neufassung möchte die SPD-Fraktion an den Umweltausschuss überweisen.

Wird nunmehr das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Die Abgeordnete Weggen hat es.

Jenny Weggen GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Seit unserer Debatte über das Atomkraftwerk Krümmel in der letzten Sitzung vor der Sommerpause sind zahlreiche weitere gravierende Pannen in Krümmel ans Licht gekommen. Es wurden Metallsplitters im Kühlsystem gefunden, die mehrere Brennelemente beschädigt haben und noch zu weitaus schlimmeren Schäden hätten führen können und es ist noch nicht einmal klar, wo diese herkommen.

Ein Leck am Turbinenkondensator wurde bereits am 20. Juni bemerkt, jedoch erst am 3. Juli gefunden. Erst später wurde veröffentlicht, dass bei der Notabschaltung am 4. Juli ein Steuerstabantrieb und die Kühlung des Reinigungssystems für vier Stunden ausfielen und das ausgerechnet in der kritischsten Phase, nämlich bei der Vollbremsung des Reaktors. Zu solchen gefährlichen Pannen kommt es regelmäßig bei der Abschaltung von Atommeilern. Das zeigt beispielhaft, dass eine endgültige Kontrolle von Atommeilern eben nicht möglich ist.

(Beifall bei der GAL)

Das sind noch nicht einmal alle Zwischenfälle, die in den letzten Wochen bekannt wurden. Es ist hoch alarmierend, dass diese Schäden zu weiteren schweren Zwischenfällen hätten führen können. Und es ist alarmierend, da wieder einmal mehr als deutlich wird, dass Vattenfall kein verlässlicher Betreiber für Krümmel ist.

(Beifall bei der GAL, vereinzelt bei der CDU und der LINKEN)

In diesem Zusammenhang möchte ich daran erinnern, dass wichtige Auflagen von Vattenfall nicht erfüllt worden waren, indem etwa Überwachungsanlagen einfach nicht installiert wurden; das ist unverantwortlich. Die Aufsichtsbehörde in Schleswig-Holstein hat sich dabei wahrlich auch nicht mit Ruhm bekleckert, das Fehlen der Auflagen wurde noch nicht einmal bemerkt. Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident hat trotzdem erklärt, dass Vattenfall noch eine letzte Chance bekäme. Wozu denn? Vattenfall hat schon genug letzte Chancen bekommen, das Fass ist längst voll und am Überlaufen.

(Beifall bei der GAL und bei Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE)

Die grüne Bundestagsfraktion hat zur Frage nach der Sicherheit von Krümmel und zur Zuverlässigkeit von Vattenfall ein Expertengutachten in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse sind sehr aufschlussreich. Dieses Gutachten stellt dar, dass das AKW Krümmel zu den drei störanfälligsten Atommeilern in Deutschland gehört und kommt zur Einschätzung, dass Krümmel in den letzten Jahren weder nach sicherheitstechnischen Erfordernissen betrieben, noch angemessen gewartet und überprüft wurde. Außerdem sei fraglich, ob es überhaupt möglich wäre, das Kraftwerk auf ein vertretbares Sicherheitsniveau zu bringen. Es könne mit Sicherheit festgestellt werden, dass Vattenfall diese Bereitschaft nicht zeige. Das macht doch eines deutlich: Vattenfall ist kein verlässlicher Betreiber für Krümmel, das Kraftwerk ist nicht sicher zu betreiben, es muss dauerhaft vom Netz.

(Beifall bei der GAL, vereinzelt bei der CDU und der LINKEN)

(Jenny Weggen)

Es ist sehr wichtig, dass wir diese Debatte führen, auch wenn wir in Hamburg zwar direkt kein Atomkraftwerk haben, aber das Risiko, das von Atomkraftwerken ausgeht, macht nicht vor Ländergrenzen halt. Besonders das Atomkraftwerk Krümmel stellt für Hamburg eine Bedrohung dar, weil es nicht sicher ist und weil es direkt vor der Hamburger Haustür steht.

Um sich die Hamburger Betroffenheit noch einmal ganz deutlich vor Augen zu führen: Eine neue Studie von Greenpeace zeigt, dass das Hamburger Gebiet im Falle eines Super-GAU innerhalb von drei Stunden komplett evakuiert werden müsste; danach wäre die Strahlung tödlich. So ein Unfall kann auf verschiedene Arten und Weisen verursacht werden, sei es durch Kernschmelze, aber auch durch einen Terrorangriff mit einem Flugzeug. Auch dieser Gefahr muss man sich bewusst sein. Es gibt bisher keine Möglichkeiten, einen terroristischen Angriff wirksam abzuwehren. Vernebelungstaktiken etwa funktionieren nicht. Das Hamburger Gebiet müsste in einem solchen Fall sofort evakuiert werden und wäre für etliche Jahrzehnte unbewohnbar.

Der Atomausstieg, und das so schnell wie möglich, ist die einzig richtige Antwort auf diese Frage. Krümmel nicht mehr ans Netz zu lassen, ist zumindest für Hamburg und Umgebung ein erster wichtiger und unbedingt notwendiger Schritt.

(Beifall bei der GAL und bei *Heiko Hecht CDU*)

Nicht nur bei diesem Worst-Case-Szenario ist die Sicherheit Hamburgs durch Krümmel bedroht. Ein großes Risiko besteht auch schon dann, wenn das Kraftwerk nur heruntergefahren werden muss. Zur Erinnerung: Bei den Ereignissen vom Juli dieses Jahres waren sämtliche Ampelanlagen in Hamburg ausgefallen und es kam zu zahlreichen Wasserrohrbrüchen. Man kann nur von Glück sprechen, dass dabei nichts Schlimmeres passiert ist wie etwa schwere Verkehrsunfälle. Wir sind in Hamburg von allen Ereignissen in Krümmel unmittelbar betroffen.

Deshalb finde ich, dass Ihr Antrag, liebe LINKE, in die richtige Richtung geht. Wir haben dazu einen mehrheitsfähigen Zusatzantrag vorgelegt und ich freue mich besonders, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, dass Sie diese Initiative gemeinsam mit uns eingebracht haben.

Wir fordern in unserem gemeinsamen Antrag eine lückenlose Aufklärung der Ereignisse und wir setzen darüber hinaus einen weiteren Schwerpunkt. Wir wollen von den zuständigen Behörden umfassend informiert werden. Wir sind betroffen und es ist wichtig, dass wir Bescheid darüber wissen, was direkt vor unserer Haustür in einem Schrottreaktor passiert und geplant wird.

Wir haben in Hamburg leider nicht die Kompetenz in Bezug auf Krümmel. Wir können an dieser Stelle leider nicht entscheiden, Krümmel dauerhaft stillzulegen und diese beispiellose Pannenserie endgültig und endlich zu stoppen. Die dafür notwendige Atomaufsicht liegt bei Schleswig-Holstein und die Gesetzgebungskompetenz auf Bundesebene. Aber wir können zumindest die Information einfordern und auf die zuständigen Behörden einwirken, dass alle Zwischenfälle lückenlos aufgeklärt werden. Es ist bisher immer noch nicht wirklich klar, wie es eigentlich zu dem Kurzschluss im Juli kommen konnte. Wir wollen bei den zuständigen Behörden bewirken, dass Krümmel dauerhaft stillgelegt wird, wenn es Zweifel am sicheren Betrieb gibt. Das ist die zentrale Aussage unseres Antrags und genau das bedeutet eben, dass Krümmel nicht wieder ans Netz darf. Ein sicherer Betrieb ist nicht gewährleistet, das ist doch mehr als offensichtlich. Davor dürfen auch die Behörden in Schleswig-Holstein nicht länger die Augen verschließen. Krümmel ist nicht sicher und Vattenfall als Betreiber ist nicht zuverlässig. Das kann man nun wirklich nicht mehr ernsthaft in Zweifel ziehen. Die Ereignisse der vergangenen Wochen und Monate haben eines mehr als deutlich gemacht: Der Schrottreaktor Krümmel muss dauerhaft vom Netz. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Hecht.

Heiko Hecht CDU:* Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Im Atomgesetz gehört Zuverlässigkeit und Fachkunde des Betreibers zu den absoluten Genehmigungsvoraussetzungen für den sicheren Betrieb eines Atomkraftwerkes. Zuverlässigkeit und Fachkunde ist aber auch das, was die Bürgerinnen und Bürger in unserer Hansestadt von der Politik erwarten können,

(*Dirk Kienscherf SPD:* Dann sind Sie ja ein Störfall!)

wenn wir heute über die Zukunft des Atomkraftwerkes Krümmel entscheiden. Fachkunde heißt, die geeigneten rechtlichen Mittel, Gutachten und Expertenmeinungen zur Grundlage für die Entscheidung zu nehmen. Auf dieser Grundlage dürfen wir dann keine Kompromisse mehr bei der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Hamburg eingehen. Diese sorgfältige Aufarbeitung ist auch ein Zeichen nach außen, das die Zuverlässigkeit der Politik ein Stück weit dokumentieren kann, denn einmal gefasste Entscheidungen müssen wir juristisch wasserfest treffen, damit die Sicherheit der Menschen vor Ort kein Dauerthema vor Verwaltungsgerichten wird.

(Heiko Hecht)

Krümmel ist ein Hamburger Thema. Die denkbaren Gefahren machen vor den Landestoren keinen Halt und auch die Verantwortung für das, was vor unseren Toren geschieht, darf nicht unter dem Vorwand von Zuständigkeitsfragen zurückgestellt werden; kein Risiko, nicht einmal im Promillebereich. Alles andere kann man den Menschen nicht mehr vermitteln.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Der Senat muss deshalb gegenüber der Atomaufsicht, dem Land Schleswig-Holstein und auch auf der Gesetzgebungsebene des Bundes selbstbewusst auftreten, wenn das einzig geeignete Mittel die dauerhafte Stilllegung ist. Den Menschen muss vermittelt werden, dass wir diese Entscheidung im Zweifel als bewusste Entscheidung für die Sicherheit treffen mit der festen Absicht, ein unkalkulierbares Risiko für die Zukunft zuverlässig ausschließen zu können.

Zwei Punkte möchte ich noch anführen, die der Bürgermeister heute in seinem großen Sommerinterview im "Hamburger Abendblatt" herausgestellt hat.

Wir müssen auch an die 1000 Vattenfall-Arbeitsplätze in Hamburg denken. Anders als meine Vorrednerin möchte ich den Kraftwerksbetreiber Vattenfall nicht über den Kamm scheren, sondern dem Kraftwerksbereich eindeutig die Kompetenz für die Störung im AKW Krümmel zuweisen. Wir müssen uns aber auch im Klaren darüber sein, dass es eine Laufzeitverlängerung, die die CDU auf Bundesebene fordert, nicht für das AKW Krümmel über 2012 hinaus geben kann. – Danke.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Dr. Schaal.

Dr. Monika Schaal SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Atomkraftwerk Krümmel endgültig stilllegen – so überschreiben die Koalitionspartner CDU und GAL ihren Antrag. Bis dahin können wir folgen,

(Klaus-Peter Hesse CDU: Na immerhin!)

aber weiter auch nicht, denn mit dem Antrag fordert die Koalition den Senat lediglich auf, dass eine Aufarbeitung stattfinden müsse, wie es zu dem Zwischenfall am 4. Juli kommen konnte. Weiter fordern CDU und GAL vom Senat, die Ereignisse und Versäumnisse genau zu prüfen und die Stadt über die Ergebnisse zu informieren. Dann erst, im Zweifel, solle darauf hingewirkt werden, das AKW dauerhaft zu schließen.

Frau Weggen, diese Forderungen, die Sie in Ihrem Antrag stellen, stehen in diametralem Gegensatz zu dem, was Sie vorgetragen haben.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Die Zweifel haben Sie alle verbalisiert, aber Sie ziehen in dem Antrag keine Konsequenzen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Herr Hecht, gehen Sie doch das Prozessrisiko ein. Wirken Sie auf Schleswig-Holstein ein, auf den Ministerpräsidenten

(Michael Neumann SPD: Noch-Ministerpräsidenten! In vier Wochen ist Schluss damit!)

und den zuständigen Minister, der jetzt die Atomaufsicht wahrnimmt im verbliebenen Kabinett. Sagen Sie ihm, dass er doch das Prozessrisiko eingehen soll, dann wird man ja sehen. Auch der Bundesumweltminister ist ein hohes Risiko eingegangen, als er die Laufzeitübertragung auf alte Reaktoren verhindert hat, und er hat höchsttrichterlich Recht bekommen. Seien Sie mutig und machen Sie in Krümmel etwas Ähnliches.

(Beifall bei der SPD)

Unter endgültig stilllegen verstehen wir etwas anderes als das, was Sie in den Antrag geschrieben haben. Der Antrag von CDU und GAL ist Etikettenschwindel. Der Pannereaktor Krümmel muss zum Schutz der Bevölkerung in Hamburg und in der Metropolregion endgültig abgeschaltet bleiben. Das hat die Hamburger SPD bereits vor den Sommerferien so gefordert und beschlossen. Die Beschlusslage der CDU sieht bekanntlich in Sachen Atomkraft ganz anders aus. Das Programm ebenso wie die Erklärung der Bundeskanzlerin und des Bürgermeisters lautet: Atomkraftwerke sollen länger laufen, aber, wie der Bürgermeister immer wieder betont, nur sichere Kraftwerke sollen dafür in Frage kommen.

Es ist schon interessant, wie die zuständige CDU-Sprecherin im Bundestag Krümmel beurteilt. Genau vor einer Woche hat sie bei einer Sondersitzung des Umweltausschusses im Deutschen Bundestag festgestellt...

(Klaus-Peter Hesse CDU: Wer ist das?)

– Das ist die Marie-Luise Dött, falls Sie das nicht wissen.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Ach, die!)

Frau Dött hat festgestellt, dass es sich bei den Ereignissen vom 4. Juli um ein sicherheitstechnisch unbedeutendes Ereignis handelt. Sie hat gesagt, Frau Weggen, alle Sicherheitssysteme in Krümmel hätten bestimmungsgemäß funktioniert. Wir haben offensichtlich noch einmal Glück gehabt, aber das Glück kann uns auch demnächst verlassen. Doch selbst das ficht den Bürgermeister nicht an. Heute hat er gegenüber dem "Hamburger Abendblatt" erklärt, dass sie, so unschön die Störfälle gewesen

(Dr. Monika Schaal)

seien, keine Gefahr für die Bevölkerung dargestellt hätten.

Was muss denn noch alles passieren, bevor der Bürgermeister das Gefahrenpotenzial, das Frau Weggen beschrieben hat, überhaupt ernst nimmt.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Dahinter steckt eine ganz bestimmte Denke – ein Beispiel. In Bergedorf haben die CDU-Abgeordneten noch im Juni gegen die Stilllegung von Krümmel gestimmt und einen entsprechenden Antrag der GAL und der LINKEN mit der Begründung der Panikmache abgelehnt. Das macht doch deutlich, dass der CDU- und GAL-Antrag lediglich dazu dient, die Koalition zu kitten, weil dieses Kraftwerk sonst zum Störfall für die Koalition werden könnte.

(Beifall bei der SPD)

Die GAL bleibt mit der Position, die sie in dem Antrag mit trägt, weit hinter dem zurück, was Bündnis 90/Die Grünen auf Bundesebene fordern. Dort treten sie nämlich für die bedingungslose Abschaltung von Krümmel ein und sie haben das auch gutachterlich begründet; Frau Weggen hat ja fleißig aus dem Gutachten zitiert.

Wir als SPD wollen den Kitt für Schwarz-Grün nicht noch aushärten, darum lehnen wir Ihren Antrag ab und stimmen dem Antrag der LINKEN zu. Mit 314 meldepflichtigen Ereignissen und einer 25-prozentigen Ausfallzeit gehört Krümmel zu den anfälligsten Atomreaktoren in der Republik überhaupt; er ist völlig überaltert. Einen Beitrag zur Versorgungssicherheit leistet dieses Kraftwerk auch nicht, denn es ist Monate bis Jahre nicht in Betrieb und kann deswegen auch gleich außer Dienst gestellt werden.

Die Anwohner bis nach Hamburg herein empfinden dieses Kraftwerk als eine potenzielle Gefahr. Dabei geht es nicht nur um Rost und Risse oder Alterserscheinungen – Frau Weggen hat auch das geschildert –, sondern es geht vor allen Dingen um die Zuverlässigkeit des Betreibers. Das betriebsführende Unternehmen Vattenfall hat bis heute keine angemessene Sicherheitskultur entwickelt. Wenn man erst nach zweimaligen Havarien über 30 Jahre alte Transformatoren durch einen neuen ersetzen will, wenn die Auflagen der Sicherheitsbehörden nicht erfüllt werden, wenn das Personal nicht ausreichend geschult wird, wenn an Brennstäben vermeidbare Schäden auftreten, wenn Radioaktivität im Reaktorwasser nachweisbar ist und so weiter und so fort, dann belegt das doch, dass mangelnde Sorgfalt und Zuverlässigkeit des Betreibers zu konstatieren sind.

Vor zwei Jahren hatte Vattenfall hoch und heilig versprochen, ein Sicherheitsmanagement einzurichten; nichts ist passiert. Das sagte Bundesumweltminister Gabriel vor dem Bundestagsausschuss. Er hat auch darauf hingewiesen, dass man

die Zuverlässigkeit eines Betreibers nicht einfach dadurch herstellen kann, indem die Betriebsleiter entlassen werden. Jetzt wurde zum zweiten Mal Personal ausgetauscht. Damit werden die Mitarbeiter zu Sündenböcken für Versäumnisse der Unternehmensleitung gemacht. In Schweden hat das dazu geführt, dass das staatliche Unternehmen noch einer zusätzlichen, verschärften Staatsaufsicht unterstellt wird. Die Aufsichtspersonen stehen mit in der Kontrollwarte; das spricht Bände.

Das deutsche Atomgesetz muss hinsichtlich der Formulierung der Kriterien für die Zuverlässigkeit von Betreibern verschärft werden. Das ist richtig, das muss auf Bundesebene passieren und Entsprechendes wird auch mit dem Bundesumweltminister besprochen.

Was wir in Krümmel erleben, hatte offensichtlich niemand vor Augen, als die Anforderungen ins Atomgesetz geschrieben wurden. Die Branchenkonglomerate von Vattenfall, nämlich die großen Unternehmen RWE, E.ON und EnBW wollen jetzt vom Konzernchef von Vattenfall, von Herrn Josefsson, oder wenigstens vom Deutschlandchef, Hattakka, endlich eine öffentliche Stellungnahme zu den Ereignissen und Vorgängen im Reaktor haben, doch da kommt nichts.

(Jörn Frommann CDU: Jetzt haben Sie die Zuschauertribüne leer geredet!)

Das erzählen diese Unternehmen öffentlich und das ist auch keine Zerknirschtheit, wie der Bürgermeister heute in dem Interview vermutet. Dahinter steckt eine ganz einfache Volksweisheit: Wer das Licht scheut, hat etwas zu verbergen. Gerade das ist es, was die Zweifel an dem sicheren Betrieb von Krümmel in der Bevölkerung noch weiter wachsen lässt.

Der Bürgermeister hat sich mit seinem Interview erneut vor Vattenfall gestellt, statt der Unternehmensspitze nun endlich einmal deutlich zu machen, dass Sicherheit vor Profit geht. Jetzt bekommen die Stromkunden die Quittung für das Verhalten des Unternehmens. Hier ist ein Wechsel angesagt, nicht nur beim Energieversorger, sondern auch in anderer Beziehung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Heyenn.

Dora Heyenn DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE bringt heute einen Antrag zur sofortigen Stilllegung des Kernkraftwerkes Krümmel ein. Die GAL war davon so begeistert, dass sie das zur Debatte angemeldet hat. Wir sind dankbar dafür, dass wir auf diesem Wege heute drei unserer An-

(Dora Heyenn)

träge diskutieren konnten. Vielleicht ist das ein Zeichen, wir wollen einmal sehen, wie es weitergeht.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD – Jens Kerstan GAL: Wir sind halt gut, Kollegen!)

Vor der Sommerpause haben Vertreter aller Parteien bis hin zur CDU in öffentlichen Äußerungen die Konsequenz aus vielen Pannen gezogen, dass man Krümmel nicht nur abschalten, sondern auch stilllegen sollte. Bis heute sind diesen markigen Worten keine Taten gefolgt und das will DIE LINKE jetzt mit ihrem Antrag ändern. Mit diesem Antrag bauen wir sozusagen eine goldene Brücke. Wir könnten uns weit mehr vorstellen als das, was wir in diesen Antrag hineingeschrieben haben. DIE LINKE ist für die Abschaltung aller Kernkraftwerke und wir lehnen es ab, dass sogenannte Restlaufzeiten von einem Atommeiler auf einen anderen übertragen werden können.

(Heiko Hecht CDU: Im Himmel ist doch kein Jahrmarkt!)

Herr Hecht, wir haben mit Begeisterung zur Kenntnis genommen, dass die CDU jetzt erklärt hat, nach 2012 die Laufzeiten von Krümmel nicht verlängern zu wollen. Ich bin gespannt, ob diese Aussage den Bundestagswahlkampf heil übersteht.

Wir teilen auch nicht die Einschätzung, dass es einige Reaktortypen gibt, die stillgelegt werden müssen, aber dass im Prinzip – das ist die Auffassung der CDU – die Atomenergie eine saubere und zukunfts-trächtige Energiequelle sei. Wir können überhaupt nicht nachvollziehen, dass die im Atomkonsens ausgehandelten Stilllegungen nach der Bundestagswahl wieder rückgängig gemacht werden und mit Volldampf wieder in diese Technologie investiert werden soll. Die Risiken der Atomkraft gefährden Mensch und Umwelt und das stärkste Argument ist immer noch die fehlende Entsorgung. Immer wieder gibt es Ärger mit der Kernenergie, sei es nun in Asse, dem sogenannten Endlager für Atom-müll, oder den Kernkraftwerken selbst. Solange es die Gewinnung von Energie aus künstlicher Radioaktivität gibt, solange gibt es Probleme, auch und gerade in der Metropolregion Hamburg.

Die gehäuft aufgetretenen Störfälle haben die Skepsis und die Ängste in der Bevölkerung verstärkt. In Krümmel und im ähnlichen Reaktor in Brunsbüttel wurden seit Inbetriebnahme mehr als 740 Störfälle bekannt. Allein 2006 gab es in Krümmel 15 dieser Vorfälle und die Vorkommnisse der letzten Monate hat Politiker aller Parteien auf den Plan gerufen. Die Kieler Landesregierung, der Bürgermeister Ole von Beust, die Senatorin Hajduk, der GAL-Fraktionsvorsitzende sowie der CDU-Abgeordnete Kruse haben sich in der letzten Bürgerschaftssitzung ausdrücklich dazu geäußert und können sich vorstellen, dass Krümmel stillgelegt wird. Das Problem ist nach wie vor, dass uns bis heute nichts Entsprechendes vorliegt. Wie immer,

wenn der politische Wille zu einer Veränderung fehlt, werden rechtliche und bürokratische Hinderungsgründe ins Feld geführt. Das ist auch heute so und damit gibt sich DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft nicht zufrieden.

(Beifall bei der LINKEN)

Leider haben sich die Hamburger Grünen auch bei der Frage des Atomausstiegs von ihren Wahlkampf-aussagen verabschiedet. Anstatt auf den schwarzen Koalitionspartner einzuwirken, knicken sie auch hier ein. Und wenn Sie, Frau Weggen, hier eine Rede halten, dann muss ich Ihnen sagen, Sie haben zwei Reden gehalten. Der erste Teil war, wie Sie gerne handeln würden, wenn Sie das tun könnten, was Sie gerne möchten, und im zweiten Teil haben Sie sich dann wieder auf die CDU zubewegt. Sie haben Ihren Ansprüchen in keiner Weise genügt. Es ist einfach unfassbar, dass Sie in der Bürgerschaft beantragen, der Senat solle sich für eine Prüfung der bisherigen Störfälle einsetzen. Erstens ist es skandalös, wenn es noch nicht passiert ist, das hätte längst geschehen müssen, und zweitens fragt man sich, warum stellen Sie als Regierungsfraktion den Antrag, dass der Senat etwas überprüfen soll; zwei Monate nach dem Störfall, das ist lächerlich.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Zu Ihren unzähligen Prüfaufträgen und Berichterstattungen habe ich heute schon einmal etwas gesagt. Sie führen in der Regel zu nichts und in diesem Fall auch nicht. Dass aber ausgerechnet die GAL, wenn man den Antrag liest, noch Zweifel am sicheren Betrieb von Krümmel ausräumen will, ist nun wirklich bemerkenswert.

Ich möchte auf etwas in der Darlegung hinweisen. Die GAL weist zusammen mit der CDU jegliche Gestaltungsmöglichkeiten von sich. Gott sei Dank haben Schleswig-Holstein und der Bund die Verantwortung und Sie sind fein raus; sind Sie aber nicht. Sie haben noch nicht einmal im Antrag die Möglichkeiten erwogen, eine Bundesratsinitiative zu ergreifen, und das ist nichts Ungewöhnliches. Man könnte zum Beispiel ein Reaktortypen-Stille-gesetz einbringen und Schleswig-Holstein und Niedersachsen wären bestimmt dafür zu gewinnen und andere Bundesländer auch. Das wäre nach dem Atomgesetz völlig unproblematisch, man muss es nur wollen. Die zweite Möglichkeit einer Bundesratsinitiative wäre, Regeln für die Zuverlässigkeit eines AKW-Betreibers festzulegen, die Betriebserlaubnis endgültig zu entziehen und auch keine positive Zukunftsprognose mehr zu geben, weil ein paar Mängel beseitigt oder zwei Leute entlassen wurden.

Sie haben in Ihrem ersten Teil der Rede ganz klar und deutlich gesagt, man könne keine Zweifel mehr daran haben, dass Vattenfall nicht in der La-

(Dora Heyenn)

ge sei, AKWs zu betreiben, aber im Antrag liest es sich völlig anders. Der Senat hätte auch mit dem Verwaltungsprivatrecht durchaus die Möglichkeit, in den Verträgen, die er mit Vattenfall hat, auf Vattenfall einzuwirken und etwas zu bewegen.

Wirklich aufgestoßen ist mir, dass im Zusatzantrag von CDU und GAL zu lesen ist, bei Zweifeln am weiteren sicheren Betrieb müsse das AKW Krümmel dauerhaft stillgelegt werden.

(Frank Schira CDU: Auf jeden Fall!)

In der Presseerklärung schreibt Frau Weggen: Wir wollen, dass Krümmel dauerhaft vom Netz geht, wir fordern von den zuständigen Behörden in Schleswig-Holstein eine detaillierte Aufarbeitung. Sie sagt dann, eine Wiederinbetriebnahme von Krümmel sei für die Stadt Hamburg und ihre Umgebung ein unkalkulierbares Risiko. Im Antrag heißt es, es könnte sein, dass es so ist, und Sie sagen in Ihrer Presseerklärung, es sei so. Tatsächlich ist es so, dass Sie eigentlich Vattenfall wirklich noch eine Chance geben.

Auf Bundesebene werden wir es am kommenden Samstag erleben, dass die Grünen sich als die einzige radikale Atompartei aufspielen und hier vor Ort in Hamburg können Sie sich nach der Genehmigung des Kohlekraftwerks Moorburg noch nicht einmal dazu durchringen, eine Stilllegung für Krümmel zu fordern. Der Zusatzantrag der GAL liest sich nicht nur so, dass Sie sich offenbar schon wieder mit dem Weiterbetrieb angefreundet haben, sondern Sie geben mit diesem Antrag, den Sie mit der CDU ausgehandelt haben, Vattenfall noch einen GAU frei und dieser Antrag ist ein GAU für die GAL.

(Beifall bei der LINKEN und bei Andrea Rugbarth SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält Senatorin Hajduk.

Senatorin Anja Hajduk: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben im Sommer schon einmal sehr intensiv über Krümmel diskutiert und auch heute gilt für mich, dass die Pannenserie in Krümmel definitiv nicht ohne Konsequenzen bleiben darf. Dieser Zwischenfall am 4. Juli, der auch in Hamburg sehr spürbar war und konkrete Auswirkungen hatte und auch die Debatte um Krümmel und die Zukunft der Atomenergie befeuerte, hat noch einmal deutlich gemacht, wie berechtigt die Zweifel an der Sicherheit dieses Atomkraftwerkes sind. Insofern begrüße ich die heutige Debatte, weil gerade die Sicherheit Hamburgs, der Hamburgerinnen und Hamburger, vom AKW Krümmel sehr betroffen ist.

Natürlich ist es gut, dass schon darauf hingewiesen wurde, weil es schlicht Realität ist, dass die Atomaufsicht für Krümmel in Schleswig-Holstein

liegt und dass die Gesetzgebungskompetenz auf Bundesebene liegt, aber ich begrüße die Debatte trotzdem. Als ich Ihnen jetzt zugehört habe, Frau Heyenn, habe ich mich gefragt, wie man sich auf einmal diese Schärfe in der Debatte erklärt, die wir im Juli nicht hatten. Es hat sicher etwas damit zu tun, dass wir diese Debatte vier Wochen vor einer Bundestagswahl führen. Das ist gut so, aber das prägt vielleicht auch die Debatte und zeigt, dass es das Bedürfnis gibt, noch einmal besonders deutlich zu machen, wie die Parteien dazu stehen, denn Ihre aufgestellten Forderungen, die wesentlichen Forderungen, was die Zukunft der Atomenergie angeht, haben Sie in einer Weise beschrieben, die natürlich andere bundesgesetzliche Regelungen notwendig machen. Deswegen kann ich mir die Schärfe in dieser Debatte zwischen den Fraktionen wirklich nur durch den Bundestagswahlkampf erklären, aber nicht durch den Unterschied Ihrer Fraktion zur Position der Grünen in der Frage der Atomenergie. Das ist definitiv so aufbereitet, dass ich es mir mit dem Wahlkampf gut erklären kann, aber wenn wir die Einigkeit in der Sache feststellen wollen, dann ist die an der Stelle viel größer und das wissen Sie auch.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Heyenn?

Senatorin Anja Hajduk (fortfahrend): Ja, selbstverständlich.

Zwischenfrage von Dora Heyenn DIE LINKE: Frau Hajduk, hatten Sie den Eindruck, dass Frau Weggen in ihrer Rede den Antrag vorgestellt hat oder eine ganz andere Auffassung vertreten hat?

Senatorin Anja Hajduk (fortfahrend): Ich habe Frau Weggen sehr konzentriert zugehört und sie hat noch einmal deutlich gemacht, welche Mängel aufgetreten sind, über welche Pannen berichtet wurde nach den Vorfällen in Krümmel und da hat sie nichts ausgelassen, sondern das sehr ausführlich geschildert. Ich sehe einfach eine große Ähnlichkeit in der Einschätzung, die Sie anscheinend zu Krümmel haben, und mehr wollte ich von meiner Warte aus nicht deutlich machen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Insofern finde ich es auch richtig zu sagen, solange es Zweifel am sicheren Betrieb des AKW Krümmel gibt, darf dieses AKW nicht wieder ans Netz gehen. Aber richtig ist auch, dass es nicht nur eine politische Frage ist, die man in diesem Hause feststellen könnte, sondern es ist damit auch eine sehr komplizierte rechtliche Prüfung verbunden. Das wusste schon Frau Trauernicht, als sie im Amt war und die entsprechende richtige Prüfung veranlasst

(Senatorin Anja Hajduk)

hat, dass es nicht nur eine politische Willensbekundung ist, sondern unter den genehmigungsrechtlichen Tatbeständen auch sehr kompliziert ist, genau zu begründen und festzustellen, wann ein Betreiber als nicht mehr zuverlässig gilt, was seine entsprechende Erlaubnis zum Weiterbetrieb angeht. Sie wissen auch, dass es nicht nur eine politische Bekenntnisfrage ist. Dennoch finde ich es gut, wenn wir in Hamburg eine Debatte führen, die eine gemeinsame kritische Haltung zu Krümmel zum Ausdruck bringt. Insofern hätte ich mir eigentlich gewünscht, dass es heute einen einstimmigen Beschluss zu Krümmel gibt. Ich hatte ihn eigentlich erwartet, als ich diese Anträge gelesen hatte, aber ich habe hier nicht abzustimmen. Ich sage es Ihnen nur aus der Perspektive der Umweltsenatorin von Hamburg.

Unabhängig davon, was ich mir persönlich für die Zukunft des Atomkraftwerkes Krümmel wünsche, kann man noch einmal feststellen, dass das Atomgesetz schon eine klare Sprache spricht. Dazu will ich noch einige Bemerkungen machen.

Eine Genehmigung darf nur dann erteilt werden, wenn keine Tatsachen vorliegen, aus denen sich Bedenken gegen die Zuverlässigkeit des Antragstellers und der verantwortlichen Personen ergeben und die verantwortlichen Personen auch hierfür die erforderliche Fachkunde besitzen. Außerdem muss gewährleistet sein, dass das gesamte Personal die notwendigen Kenntnisse über einen sicheren Betrieb der Anlage besitzt und auch Vorsorge gegen Schäden durch das AKW trifft. Dieses muss dem Stand von Wissenschaft und Technik entsprechen.

Vor diesem Hintergrund, den ich nur verkürzt geschildert habe, bekommt natürlich die Pannenserie in Krümmel einen besonders bitteren Beigeschmack, da sie sich von Ereignissen nicht sehr unterscheidet, die zwei Jahre vorher stattgefunden haben. Schon damals ist von der Bundesregierung die Frage nach der Zuverlässigkeit, der Sicherheitskultur, des Sicherheitsmanagements und eben auch der Fachkunde des Personals von Vattenfall gestellt worden und der Betrieb des Atommeilers wurde aufgrund dessen vorübergehend eingestellt. Man kam dann aber später zu dem Ergebnis, dass der Betreiber die erforderliche Zuverlässigkeit besitze.

Heute stellen wir fest, dass sich diese Situation noch einmal verschärft hat und es wird von folgenden faktischen Verstößen des Krümmel-Betreibers gegen die Auflagen der Atomaufsicht berichtet, die im Übrigen Frau Weggen schon teilweise geschildert hat. Die Audio-Aufzeichnung in der Leitwarte ist bis heute nicht installiert, eine klare Anweisung fehlt, in welchen Fällen strikt nach Betriebshandbuch vorgegangen werden muss, und auch Vernachlässigungen bei der Schulung und Qualifizierung des Personals wurden festgestellt.

Wenn wir dies hier wissen und ehrlich diskutieren, dann sollten wir durchaus im Interesse auch der Hamburger Diskussion die Gemeinsamkeiten in dieser Diskussion nicht übersehen. Ich glaube, das hat auch Auswirkungen auf einen Betreiber wie Vattenfall, wenn er weiß, dass es nicht nur im Parteienstreit oder in Wahlkampfauseinandersetzungen, sondern schlicht und ergreifend auch in der Hamburgischen Bürgerschaft einen relativ breiten Konsens in der Sicherheitsfrage zu Krümmel gibt.

(Beifall bei der GAL und der CDU und bei *Elisabeth Baum* **DIE LINKE** – *Christiane Schneider* **DIE LINKE**: Das hätten wir uns auch gewünscht!)

Vor diesem Hintergrund sehe ich dieses Petitum, dass bei Zweifeln am weiteren sicheren Betrieb das AKW Krümmel dauerhaft stillgelegt werden muss, als ein gutes und richtiges Petitum und ich begrüße es, dass Sie den Senat auffordern, präzise Informationen über die Ereignisse in Krümmel, die Verlässlichkeitsprüfung des Betreibers, einzuholen, um hier zu berichten. Auch wenn wir nicht zuständig sind, werde ich dieser Aufforderung in einer ganz eigenen Weise nachgehen und von meiner Behörde aus diese Zusammenarbeit aufgrund eines solchen Beschlusses mit Kiel einfordern.

Ich möchte zum Schluss kommen. Wir sind in Hamburg von Krümmel betroffen, auch wenn die Atomaufsicht in Kiel liegt, weil Krümmel vor den Toren Hamburgs liegt. Wir müssen deswegen auch in Hamburg überlegen, was wir selber tun können. Der Senat gestaltet, wo er in Hamburg gestalten kann, sehr wohl. Hamburg hat sich entschieden, einen anderen, einen nachhaltigen Weg in der Energieversorgung zu gehen. Sie wissen, dass wir **HAMBURG ENERGIE** gegründet haben. In einigen Tagen werden wir den Markteintritt haben und kohle- und atomfreien Strom anbieten; das steht in einem sehr engen logischen Zusammenhang zu dieser Debatte. Ganz persönlich möchte ich Ihnen sagen, Sie alle können auch ganz konkret etwas tun mit Blick auf die Zukunft des Atomausstiegs. Sie können am Samstag alle nach Berlin fahren, dann könnten wir auch gemeinsam für eine richtige Energiepolitik demonstrieren; das ist jedenfalls ein persönlicher Wunsch von mir. – Schönen Dank.

(Beifall bei der GAL, der CDU und der **LINKE**)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Dr. Schaal.

Dr. Monika Schaal SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Senatorin, Sie haben die Schärfe bemängelt, die diese Diskussion plötzlich angenommen hat. Dann müssen Sie sich aber auch Folgendes vor Augen führen: In der Einschät-

(Dr. Monika Schaal)

zung sind wir ziemlich gleich und offensichtlich auch in der Darstellung der Fakten, aber die Konsequenzen, die der Antrag für die Koalition formuliert, sind gar keine. Sie erwecken durch die Debatte und durch das, was Sie nach draußen proklamieren, den Anschein, als ob Sie hier wirklich etwas unternehmen, dabei ist es doch nichts. Was ist denn ein Berichtersuchen, das noch nicht einmal terminiert wird? Wir wissen doch, wie damit umgegangen wird, und Sie wissen das sicher auch.

Eine Einigkeit, die durch einen einstimmigen Beschluss zum Ausdruck gekommen wäre, wäre in der Tat gut gewesen. Aber dann hätten Sie auch eine Forderung aufstellen müssen, die von allen hier hätte getragen werden können. Dann hätten Sie sagen müssen, Krümmel dürfe nicht wieder ans Netz. Aber das tun Sie nicht, sondern sagen, wenn Zweifel bestehen. Die Zweifel haben Sie selbst formuliert. Insofern halten wir, um es ganz drastisch zu sagen, Ihren Antrag für Rosstäuschelei.

(Beifall bei der SPD und bei *Norbert Hackbusch DIE LINKE*)

Wenn es ein inhaltlich wirklich eindeutiges Votum hier gegeben hätte, dann hätte man das auch Vattenfall mitteilen müssen. Da gebe ich der LINKEN recht, die das gefordert haben, aber das, was hier beschlossen wird, braucht man nicht mitzuteilen, was interessiert denn Vattenfall ein Berichtersuchen. Diese Aussage muss man anderen nicht mitteilen.

Wir sind uns einig, dass die Stromkunden das Wort haben. Sie müssen entscheiden, woher sie ihren Strom bekommen, und sie werden dann auch darüber entscheiden, was aus den Großkraftwerken im Umland wird. Sie haben, Frau Hajduk, darauf verwiesen, dass HAMBURG ENERGIE demnächst auf den Markt komme; das wird aber überhaupt nicht bemerkt. Ich sehe stattdessen riesengroße Plakatwände von Vattenfall, auf denen mit Energie für Hamburg geworben wird. Wie wollen Sie denn eigentlich diesem massiven Angriff entgegentreten mit HAMBURG ENERGIE? Was tun Sie denn, um dieses Produkt an die Kunden zu bringen? Hierüber müssen wir noch einmal reden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei *Jenny Weggen GAL*)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Weggen.

Jenny Weggen GAL: Liebe Frau Heyenn, liebe Frau Dr. Schaal! Sie tun beinahe so, als könnten wir Krümmel höchstpersönlich abschalten. Sie können mir glauben, dass ich das sehr gern tun würde, dass meine Fraktion das sehr gern tun würde,

aber das Parlament ist nun einmal kein Wunschkonzert. Ich weiß nicht, ob ich Ihnen Nachhilfe in Sachen Demokratie geben muss, aber man kann Anträge nun einmal nur mit Mehrheit verabschieden und deswegen haben wir einen mehrheitsfähigen Antrag vorgelegt. Wir sind immerhin das erste Bundesland, das gemeinsam mit der CDU fordert, dass ein AKW nicht wieder ans Netz darf und abgeschaltet werden muss.

(*Dora Heyenn DIE LINKE:* Das steht da nicht!)

Wo ist denn da ein Abrücken von grünen Positionen? Ich kann Ihnen gerne noch einmal erläutern, wo das steht. In unserem Antrag steht, dass Krümmel nicht wieder ans Netz darf, wenn es nicht zu 100 Prozent sicher ist. Und Krümmel ist nicht sicher, ergo muss es vom Netz.

(*Dora Heyenn DIE LINKE:* Wozu soll das dienen? Sie wissen doch, dass es nicht geht!)

Wir als Grüne haben keinen Zweifel daran, dass Krümmel nicht sicher ist.

Wir haben sogar noch einen weitergehenden Punkt in unserem Antrag, auf den ich vorhin schon eingegangen bin. Ich möchte noch einmal zwei weitere Punkte klarstellen. Wir prüfen gar nichts, sondern gehen auf Schleswig-Holstein zu und sagen ihnen, dass sie lückenlos aufklären sollen, was in diesem Schrottmeiler passiert ist. Ich kann nicht nachvollziehen, warum Sie mit diesem Punkt ein Problem haben. Liebe Frau Dr. Schaal, Sie haben uns sehr gute Möglichkeiten aufgezeigt, was man auf Bundesebene alles machen kann. Dann frage ich mich, warum Ihre Partei das bisher noch nicht getan hat; machen Sie es doch einfach.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Wir müssen in unseren Antrag nicht hineinschreiben, dass Vattenfall unser Beschluss mitgeteilt werden soll, ich denke, das bekommen sie auch so mit.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Hackbusch.

(*Karl-Heinz Warnholz CDU:* Ach, Hacki, nein! Muss das sein!)

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, wir haben deutlich gemacht, was man politisch alles in dieser Situation von Hamburg aus hätte machen können; das wollen wir nicht noch einmal darstellen. Eine politische Erklärung abzugeben, ist unabhängig davon und das kann dieses Parlament an dieser Stelle. Krümmel geht uns an und dementsprechend ist das politisch möglich. Wir haben auch

(Norbert Hackbusch)

gesagt, dass Vattenfall direkt kritisiert werden könnte, da wir ein wichtiger Kunde von Vattenfall sind und die Stadt auch Kritik äußern kann. Wir haben zwar momentan keine Möglichkeit, juristisch in Krümmel einzugreifen, aber wenn Vattenfall dort ein Atomkraftwerk hat, ist es auch eine wichtige Aufgabe der Landespolitik, hier Kritik zu äußern. Das ist möglich, nur Sie machen das alles nicht; das werfe ich Ihnen vor.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich bin auch nicht der Meinung, dass Sie nicht ehrlich sind und dass Sie nicht gern die Abschaltung möchten, aber ich will Ihnen diesen Mechanismus klarmachen. Ich befürchte, dass die Grünen politisch nicht reif dafür sind, um diese Politik zu machen. Ich möchte versuchen, Ihnen das darzustellen.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Hecht hat eine interessante Rede gehalten.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Das stimmt!)

Herr Hecht hat deutlich gesagt, dass bei den geringsten Sicherheitsproblemen Krümmel abgeschaltet werden muss. Wir haben seit Jahrzehnten Debatten über Atomkraftwerke im Zusammenhang mit Sicherheit, Endlagerung und so weiter und allen Menschen ist mittlerweile spätestens seit diesen Krümmel-Vorfällen klar, dass dieses Restrisiko vorhanden ist und das können Sie nicht abstreiten. Es gibt keinen Menschen, der nicht weiß, dass dieses Restrisiko vorhanden ist. Sie gewährleisten anscheinend diese Sicherheit, aber ich bin mir sicher, dass Sie als CDU nach den Bundestagswahlen mit der Verlängerung der Laufzeiten Politik machen wollen. Es hört sich zwar nach Sicherheit an, über jeden Zweifel erhaben, genau wie die Formulierung in der Drucksache, und er wird derjenige sein, der das Weiterlaufen von Atomkraftwerken in gewisser Weise organisiert. Das ist der Widerspruch und genau diese Formulierung, die Sie hier gefunden haben, hat das verdeutlicht. Herr Hecht sagt, dass bei Zweifeln am weiteren sicheren Betrieb des AKWs auf eine Abschaltung hingewirkt werden soll. Alle Personen, die sich damit hart auseinandergesetzt haben, wissen, dass es erwiesen ist; es muss abgeschaltet werden. Sie haben die Formulierung "bei Zweifeln" gewählt, das heißt, es ist in gewisser Weise nicht sicher und deshalb haben Sie einen Kompromiss gemeinsam mit der CDU gefunden, der Ihnen die Möglichkeit gibt, das Atomkraftwerk weiterlaufen zu lassen, und das ist das Problem.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Schwierigkeit, die wir damit haben, ist folgende: Wir haben die Hoffnung auf eine Veränderung in dieser Republik, nicht nur im Zusammenhang mit sozialen Möglichkeiten, sondern auch im Zusammenhang mit einer anderen Energiepolitik, die

möglich ist in diesem Land. Wir haben die Chance, eine rot-rot-grüne Regierung zu bilden, mit der ein Atomausstieg in dieser Republik organisierbar und nachhaltig durchführbar ist. Meine Befürchtung ist, dass bei Ihnen etwas Ähnliches passiert wie beim Bürgerschaftswahlkampf. Sie erklären kräftig, gegen Atomkraft zu sein. Sie haben vor dem Bürgerschaftswahlkampf als wesentliches Ziel die Verhinderung von Moorbürgerschaft genannt. Ich befürchte, mit diesen Formulierungen, die Sie hier gemeinsam finden, bilden Sie vielleicht im Notfall auch eine schwarz-grüne Regierung auf Bundesebene und davor habe ich Angst.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der CDU)

Dieser Antrag zeigt genau die Linie auf, legt genau die Schmiere an, wie so etwas aussehen könnte: Bei Zweifeln kann es vielleicht doch noch weitergehen. Sie hätten in diesen Situationen, wo wir in diesem Land etwas Entscheidendes verändern können, sagen können, wir machen keinen gemeinsamen Antrag. Wir geben als GAL nur unsere eigene Erklärung ab. Die Erklärung geht gegenwärtig in dieser Republik: Wenn man die Chance hat, sollte man Rot-Rot-Grün bilden. Deswegen bin ich auch so leidenschaftlich und deswegen ist mir das so wichtig. Deswegen ärgere ich mich darüber, wenn ich sehe, dass die Grünen im Hinterkopf durchaus Schwarz-Grün auch auf Bundesebene haben im Zusammenhang mit Atomkraft, und das ist fatal für diese Republik.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort hat der Abgeordnete Kerstan.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Ein Satz!)

Jens Kerstan GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Norbert Hackbusch, die Leidenschaft, die ehrt dich. Die teilst du auch mit uns, weil wir das gleiche Ziel haben: Wir wollen den Atomausstieg. Die Frage ist, wie man ihn erreicht, aber diese Vorwürfe gehen an der Realität vorbei.

(Beifall bei der GAL)

Ihr operiert mit Maximalforderungen und mit diesen Maximalforderungen ist es kein einziges Mal gelungen, ein bestehendes Atomkraftwerk abzuschalten. Wir Grüne in der rot-grünen Koalition sind einen anderen Weg gegangen. Wir haben nicht die sofortige Abschaltung durchgesetzt, die wir wollten, aber wir haben einen Atomausstieg durchgesetzt, der jetzt dazu geführt hat, dass mehrere der ältesten Schrottreaktoren endgültig vom Netz gegangen sind. Damit haben wir die Realität in dieser Republik verändert. Das haben wir vor den Wahlen gesagt und wir haben es nach den Wahlen gemacht und insofern gibt es überhaupt keinen Zwei-

(Jens Kerstan)

fel daran, dass wir in diesem Punkt unsere Positionen geändert haben. Uns dieses zu unterstellen, mit den Argumenten, ist einfach unlauter.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU – Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Dr. Schaal?

Jens Kerstan (fortfahrend): Aber natürlich.

Zwischenfrage von Dr. Monika Schaal SPD:* Ich mache von dem Recht Gebrauch, dass ich Ihnen jetzt etwas entgegen möchte. Es ist richtig, Herr Kerstan, Rot-Grün hat gemeinsam den Atomausstieg durchgesetzt und er hat auch schon zu Erfolgen und zu Abschaltungen geführt. Aber diese Linie führen Sie hier in dieser Koalition nicht weiter. Sie dulden es unausgesprochen,

(Karl-Heinz Warnholz CDU: Wo ist die Frage?)

dass die CDU gebetsmühlenartig die Forderung nach Laufzeitverlängerung aufstellt und dies auch umsetzen will und damit den von uns mit der Industrie ausgehandelten Atomkonsens einreißen will. Das werfe ich Ihnen vor. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Jens Kerstan (fortfahrend): Vielleicht noch einmal an die Freunde von der SPD gerichtet, wie es damals war. Diesen Atomausstieg haben die Grünen in der rot-grünen Koalition durchgesetzt und mussten an den Rand des Koalitionsbruchs gehen, damit die SPD, Ihr Kanzler Schröder, das akzeptiert. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der GAL – Zurufe von der CDU: Hört! Hört!)

Nachdem wir Sie zu diesem Atomausstieg gezwungen haben, ist er jetzt auf einmal Kernbestandteil der sozialdemokratischen Identität. Das finde ich gut, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der GAL)

Das zeigt auch, Norbert Hackbusch, dass wir mit unserer Strategie die Realität in dieser Republik verändern und das ist heute der nächste Schritt.

(Ingo Egloff SPD: Ich glaube, Frau Schaal hat voll getroffen, Herr Kerstan!)

Es ist die erste, von einer CDU geführte Landesregierung, die sagt, wenn Zweifel am sicheren Betrieb eines Kraftwerkes bestehen, muss es stillgelegt werden. Lieber Norbert Hackbusch, Zweifel ist ein viel weitergehender Begriff als eine erwiesene Tatsache, denn wenn es erwiesen ist, dann gibt es keinen Zweifel. Wir sagen, selbst, wenn es nicht

erwiesen ist, sondern Zweifel bestehen, muss abgeschaltet werden und unser Koalitionspartner stimmt dem zu. Das ist ein viel weitergehender Begriff und damit verändern wir die Realität in diesem Lande. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Heyenn.

(Wolfgang Beuß CDU: Sie hat Zweifel!)

Dora Heyenn DIE LINKE: Herr Kerstan, ich habe Sie jetzt so verstanden, dass die CDU Zweifel daran hat, dass es erwiesen ist, dass Vattenfall unsicher ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 19/3884 in der Neufassung an den Umweltausschuss zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen, zunächst den Antrag der Fraktion DIE LINKE aus der Drucksache 19/3884 in der Neufassung. Wer möchte diesen beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer möchte nun dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen der GAL und der CDU aus der Drucksache 19/3990 zustimmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 9 auf, Drucksache 19/3358, Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE: Zukunft des Freihafens.

**[Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE:
Zukunft des Freihafens
– Drs 19/3358 –]**

Diese Drucksache möchte die Fraktion DIE LINKE an den Wirtschaftsausschuss überweisen.

Das Wort wird gewünscht. – Der Abgeordnete Dr. Bischoff hat es.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kollegen! Wir schlugen vor, uns noch einmal über die Freizone Hamburg zu verständigen, weil der Hafen und die Freizone für die Zukunft unserer Stadt von großer Bedeutung sind. Wie ein Großteil von Ihnen wahrscheinlich auch, sind wir ziemlich empört über die Art und Weise, wie der Senat mit den Rechten der Abgeordneten umgeht. Wir wissen alle, wie

(Dr. Joachim Bischoff)

schwierig die Gratwanderung bei Kleinen Schriftlichen Anfragen oder bei Großen Anfragen ist. Mit Rücksicht auf die fortgeschrittene Stunde möchte ich Ihnen noch einmal kurz demonstrieren, dass das, was uns jetzt vorliegt, als grobe Missachtung der Bürgerschaftsrechte bezeichnet werden kann.

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Ich möchte dies folgendermaßen begründen. Herr Kerstan, lassen Sie uns kurz einen Blick in die umfangreiche Ausgangsdrucksache vom 25. November 2008 werfen, die überschrieben ist mit "Verkleinerung der Freizone Hamburg". Ich beziehe mich auf drei Punkte aus dieser Drucksache, die wir hier und im Ausschuss gründlich erörtert haben.

Erstens:

"Mit dieser Drucksache informiert der Senat die Bürgerschaft über die beabsichtigte Verkleinerung der Hamburger Freizone. Ihre Zukunft ist seit vielen Jahren Gegenstand einer intensiven öffentlichen Debatte."

Zweitens:

"Eine Neubewertung der Hamburger Freizone war und ist durch umfassende Veränderungen des Zollkodexes der Europäischen Union als hierfür maßgebliche zollrechtliche Grundlage, aktuelle und künftige logistische Herausforderungen und städtebauliche Vorhaben angezeigt."

Drittens:

"Der Senat ist überzeugt, mit der Verkleinerung der Freizone einen für die zukunftsgewandte Entwicklung unserer Stadt und ihrer wirtschaftlichen Grundlagen unerlässlichen Handlungsspielraum zurückzugewinnen."

Es geht um diese drei Thesen, die nicht von uns stammen, sondern in der Drucksache stehen und meiner Meinung nach ein richtiges Problem benennen. Wir haben diese Drucksache gebilligt

(Olaf Ohlsen CDU: Ja!)

und dann fing das Problem an, Herr Ohlsen, vielleicht nicht für Sie, für mich aber schon. Sehen Sie sich bitte nur eine Antwort des Senats aus dieser Großen Anfrage an, die die Behörde und Herr Gedaschko zu verantworten haben. Da heißt es auf Seite zwei, unter Punkt 1.2:

"Mit Schreiben vom 23. Januar 2009 hat die Behörde für Wirtschaft und Arbeit (BWA) beim Bundesministerium der Finanzen die Verkleinerung der Freizone auf das in der Drs. 19/1636 bezeichnete Gebiet zum 1. Januar 2011 beantragt. Das Bundesministerium der Finanzen hat mit Schreiben vom 3. März 2009 den Eingang des Antrags bestätigt."

Heute, im September 2009, behandeln wir einen Vorgang aus dem Herbst 2008. In persönlichen Anschreiben an den Senator, mit zig Kleinen Anfragen und letztlich dieser Großen Anfrage habe ich mich bemüht, herauszufinden, was genau vorgegangen ist. Ich nenne Ihnen das zugrunde liegende Problem und zitiere die Bundesregierung, die zu diesem Vorgang Folgendes anmerkt:

"Mit Schreiben vom 23. Januar 2009 hat die Behörde für Wirtschaft und Arbeit der Freien und Hansestadt Hamburg ihre Überlegungen zur Verkleinerung der Hamburger Freizone dargelegt und vorgeschlagen, die sich daraus ergebenden Fragestellungen in einer Arbeitsgruppe gemeinsam mit der Bundesfinanzdirektion Nord zu erörtern."

Ich lasse jetzt einiges aus, es heißt dann weiter:

"Die Bundesregierung sieht daher im Schreiben der Behörde für Wirtschaft und Arbeit der Freien und Hansestadt Hamburg vom 23. Januar 2009 keinen offiziellen Antrag, da eine jetzige verbindliche Prüfung und Entscheidung den Erörterungen in der Arbeitsgruppe mit der Bundesfinanzdirektion Nord vorgehen würde."

Sieht man sich die Antwort der Bundesregierung genau an, so wird darin eindeutig mitgeteilt, dass die Angelegenheit erst dann auf Bundesebene geprüft werden würde, wenn das gemeinsame Ergebnis der Arbeitsgruppe vorliege und ein verbindlicher Antrag gestellt worden sei. Laut Schreiben der Bundesregierung hat die summarische Prüfung, die sie und die Zollbehörde vorgenommen haben, aber bereits zu erheblichen Zweifeln an der Realisierung dieses Konzeptes geführt.

Ich möchte noch einmal betonen, dass das keine Narretei der LINKEN ist, sondern dass wir über einen wichtigen Punkt der Ökonomie in Hamburg reden. Es ist nicht möglich, klare Aussagen darüber zu bekommen, ob es sich nun um einen Antrag oder um eine Arbeitsgruppe handelt. Es ist auch nicht möglich, eine weitere Einschätzung darüber zu erhalten, worin die Probleme bestehen.

In den vergangenen anderthalb Jahren habe ich einiges in diesem Hause erlebt, aber das finde ich ziemlich hart daneben, auch wenn Sie einen solchen Umgang für normal halten mögen. Immerhin haben nicht nur wir, sondern auch andere Fraktionen Kleine und Große Anfragen zu diesem Thema gestellt, aber es wurde immer in derselben Art und Weise um den heißen Brei herumgeredet und selbst Bitten um ein persönliches Gespräch wurden von der Behörde ausgeschlagen.

Obendrein gibt es 40 oder 50 Unternehmen mit 2 000 Arbeitskräften im Hintergrund, die es unmöglich finden, wie diese Behörde und dieser Senator in einer schweren Wirtschaftskrise mit diesem Problem umgehen.

(Dr. Joachim Bischoff)

(Barbara Ahrons CDU: Worauf wollen Sie eigentlich hinaus?)

– Sie können sich melden und mir erklären, worin das Problem der Freizone liegt, wo wir augenblicklich stehen, wie man mit Abgeordneten bei Anfragen umgeht und wie wir das Thema an die Firmen und die dort beschäftigten lohnabhängigen Arbeitnehmer kommunizieren. Mir ist das nicht möglich, vielleicht haben Sie den direkten Draht.

Ich habe nur versucht, meine Aufgabe als Abgeordneter wahrzunehmen. Wir diskutieren über eine Drucksache und ich will wissen, was aus dieser Drucksache werden wird. Ich habe den Eindruck, dass die Wirtschaftsbehörde von Anfang an beim Thema Freizone keine Sensibilität für den Umgang mit der Öffentlichkeit entwickelt hat.

(Barbara Ahrons CDU: Wir haben uns den Mund fusselig geredet!)

Da steht zwar motzig drin, es wäre ausführlich diskutiert worden, aber das ist nicht geschehen. Zudem hat der Senat von Anfang an die gebotene Transparenz bei seinen Umsetzungsproblemen vermissen lassen. Er hätte doch mitteilen können, dass man die Frage in der Arbeitsgruppe weiter erörtere.

Mein Eindruck ist, dass der Senat die Grundsätze der politischen Kommunikation bis heute missachtet – so geschehen bei der HSH Nordbank-Frage und bei vielen anderen wirtschaftspolitischen Themen

(Antje Möller GAL: Das ist doch jetzt ein anderes Thema!)

und auch beim Thema Freizone erleben wir das. Es gehört sich nicht, bei vernünftigen Fragen um den heißen Brei herumzureden, noch dazu, wo längst klar ist, dass der Senat die geplante Verkleinerung, womöglich die vollständige Auflösung der Freizone, ohne Not bis zum Januar 2011 vorantreibt. Meiner Meinung nach ist das nicht realisierbar, weil wichtige damit zusammenhängende Fragen, wie zum Beispiel die Ausführungsbestimmungen des neuen, modifizierten Zollkodexes, noch gar nicht geklärt sind. Darüber hinaus halte ich es für ein schweres Versäumnis, nicht einmal mit den betroffenen Beschäftigten im Hafen darüber zu diskutieren.

(Olaf Ohlsen CDU: Das ist ja passiert!)

– Gut, dann erläutern Sie das und sehen sich die Stellungnahme Ihres früheren Staatsrates Bonz zu dieser Frage an.

So können wir parlamentarisch nicht weitermachen und Sie sollten weder mit uns noch mit den Unternehmen und den Beschäftigten in dieser Weise verfahren. Ich fände es gut, wenn Sie einmal klar Farbe bekennen würden, wie Sie mit der Freizone,

der Blaupause und der Frage, ob es nun ein Antrag ist oder nicht, umgehen wollen.

(Beifall bei der LINKEN und bei Jan Quast SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Ohlsen.

Olaf Ohlsen CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Bevor ich auf Sie eingehe, Herr Bischoff, möchte ich Ihnen allen mitteilen, dass ich heute Morgen im "Hamburger Abendblatt" eine Pressemitteilung der Initiative Pro Freihafen gelesen habe,

(Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE: Richtig, das habe ich auch gelesen!)

in der stand, dass erstens der Freihafen aufgelöst werden würde und zweitens somit 750 Arbeitsplätze in Gefahr seien. Diese Behauptungen weise ich auf das Heftigste zurück. Der Freihafen wird nicht aufgelöst, sondern verkleinert, und wir werden, ganz im Gegenteil, neue Arbeitsplätze schaffen. An dieser Klarstellung liegt mir sehr viel.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Das Thema Freihafen ist für die Hamburger Wirtschaft und für Hamburg überhaupt von so großer Bedeutung, dass es sich nicht für populistische Äußerungen eignet. Gestatten Sie mir die Anmerkung, dass man bei diesem Thema so etwas wie eine Neiddebatte anzettelt – damit sind nicht Sie gemeint, Herr Bischoff – nach dem Motto: Verglichen mit den Terminalbetreibern, denen es gut ginge, weil sie ihre Zollabfertigung haben, hätten die kleinen und mittleren Betriebe irgendwelche Nachteile. Das ist kein besonders konstruktiver Beitrag zu dieser Debatte.

Herr Bischoff, jetzt komme ich auf Ihre Rede zu sprechen. Die Pläne, die Freihafenzone oder deren Grenzen womöglich zu verändern, bestehen schon seit Beginn der Legislaturperiode. Der Senat beziehungsweise die ihn tragenden Parteien haben intensiv mit der Wirtschaft, dem Unternehmensverband Hafen Hamburg, der Handelskammer, die sogar ein eigenes Konzept vorgestellt hat, und mit den Unternehmen im Hamburger Hafen in epischer Breite und Länge mehrmals diskutiert. Herr Bischoff, ich möchte noch einmal klarstellen, dass wir dieses Thema im Wirtschaftsausschuss auch in einer öffentlichen Anhörung behandelt haben, bei der unter anderem Vertreter der Oberfinanzdirektion Nord, aber auch Spediteure und Mitglieder der Initiative Pro Freihafen am Tisch saßen. Letztere haben sich zu dem damaligen Zeitpunkt noch nicht so richtig geäußert, sondern erst wesentlich später.

Die Bundesfinanzdirektion Nord hat den Senat aufgefordert, einen Plan vorzulegen, an dem sie sich

(Olaf Ohlsen)

hochhangeln kann. Das halte ich für ganz natürlich und normal, weil die Oberfinanzdirektion Nord ohne Plan nicht handeln kann. Sie bemängeln, möglicherweise zu Recht, dass es noch keine konkreten Ergebnisse gibt. Es stimmt, die gibt es momentan nicht. Wir gehen aber davon aus, dass die Oberfinanzdirektion Nord das abarbeiten wird, was der Senat und die handelnden Fraktionen ausgearbeitet haben, nämlich eine Verkleinerung der Freihafenzone im Bereich von Schuppen 50 und darüber hinaus, sodass wir dann in die Phase treten können, die wir für Hamburg gut und richtig halten.

Herr Bischoff, ich bekenne, dass ich persönlich aus den verschiedensten Gründen sogar für eine Gesamtauflösung des Freihafens gewesen wäre. Die Aktivitäten der Initiative Pro Freihafen führten dazu, dass die Politik einen Kompromiss geschlossen hat, indem sie den Freihafen nicht ganz auflöst. Es standen drei Alternativen zur Auswahl, Herr Egloff,

(Ingo Egloff SPD: Stimmt!)

nämlich Beibehaltung, Verkleinerung oder Auflösung. Wir haben uns für die zweite Variante entschieden, um den kleinen und mittleren Betrieben entgegenzukommen und sie auf der sicheren Seite zu sehen. Das war die Ausgangslage und das sind die Rahmenbedingungen, Herr Bischoff, die seit 120 Jahren, also seit der Existenz des Freihafens bestehen und sich in diesen 120 Jahren erheblich verändert haben. Denken Sie doch nur an die Containerisierung des Hamburger Hafens oder an die HafenCity oder an den "Sprung über die Elbe". All das hat dazu geführt, dass die Grenzen, die einmal durch den Baumwall oder die Speicherstadt vorgegeben waren, heute nicht mehr existieren. Sie haben recht, dass es natürlich eine grundsätzliche Entscheidung der Politik ist, aber auch Aufgabe des Parlaments, maßgeblich daran mitzuarbeiten, denn schließlich ist das Thema wichtig für Hamburgs Zukunft. Machen wir uns bitte nichts vor mit dem "Sprung über die Elbe", aber das Entfernen dieses trennenden Zauns könnte attraktives Wohnen am Wasser ermöglichen und wäre hinsichtlich der Internationalen Bauausstellung sinnvoll.

(Carola Veit SPD: Davon reden Sie ja auch seit Jahren!)

Es geht also nicht nur um die Schaffung neuer Arbeitsplätze, Herr Bischoff, sondern wir müssen auch den veränderten Rahmenbedingungen Rechnung tragen. Das ist geschehen und ich denke, wir sind auf einem guten Weg. – Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Schwinke.

Karl Schwinke SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zu dem in Rede stehenden Thema ist nahezu alles gesagt worden und die Hal-

tung meiner Fraktion sowohl aus stadtentwicklungs- als auch aus wirtschaftspolitischer Sicht ist klar. Wir haben uns für die Verkleinerung der Hamburger Freihafenzone ausgesprochen. Der Hafen ist das Herz der Hamburger Wirtschaft und braucht auch in schwierigen Zeiten unsere Unterstützung. Dieses Herz muss vor zu viel Aufregung und falschen Therapien geschützt und in Bewegung gehalten werden, damit sich keine Zonen mit mangelhafter Durchblutung bilden.

Wir müssen uns immer wieder fragen, ob die nur begrenzt zur Verfügung stehenden Hafenflächen irgendwann einmal genutzt werden. Seit Jahren sind sich die Parteien in der Hamburgischen Bürgerschaft einig, dass dies verbesserungswürdig ist. Die Bedeutung der Zollfreizone ist erheblich zurückgegangen, die Zollgrenzen erweisen sich heute für die Verkehrsströme und damit für die wirtschaftlichen Interessen vieler Unternehmer sogar als hinderlich. Über die Parteigrenzen hinaus besteht Einigkeit darüber, dass die Zollfreizone verkleinert werden kann, aber dem Senat gelingt es nicht, eine befriedigende Lösung im Sinne von Befriedung zu finden. Das, Herr Senator Gedaschko, ist allerdings kein Glanzstück.

Die GAL hat bereits 2007 noch zur Oppositionszeit einen Antrag gestellt, die Zollfreizone zu verkleinern.

(Jens Kerstan GAL: Genau!)

Obwohl die Fakten schon damals auf dem Tisch lagen, konnte sich die CDU nicht zu einem Entschluss durchringen. Allerlei Bedenken wurden vorgetragen, eine Anhörung hatte für die CDU-Abgeordneten noch kein klares Bild ergeben und Wettbewerbsnachteile sollten geprüft werden. Deshalb vertagten Sie, meine Damen und Herren von der CDU, den Antrag am Ende der letzten Legislaturperiode auf den Sankt-Nimmerleins-Tag. Die GAL brachte das Thema dann wohl in die Koalitionsverhandlungen ein und nötigte der CDU Zugeständnisse ab. Von einer soliden, zukunftsweisenden und auf die Interessen der Nutzer der Zollfreizone Rücksicht nehmende Politik kann bis heute nicht gesprochen werden.

(Thilo Kleibauer CDU: Das klang bei Ihnen aber auch schon mal anders!)

Die Einwände der Bundesregierung und der Bundesbehörde sind ein weiterer Tiefschlag für den CDU/GAL-Senat. Deshalb ist die Wirtschaftsbehörde nicht in der Lage, einen mit allen Beteiligten abgestimmten Entwurf vorzulegen oder Handlungsalternativen aufzuzeigen, die dann zur Diskussion gestellt werden.

Es ist mir absolut unverständlich, weshalb in dieser Frage nicht ein für alle Seiten akzeptabler Kompromiss gefunden werden kann. Vor 120 Jahren wurde der Freihafen mit einem gewaltigen Aufwand und gegen die Interessen vieler Bewohnerinnen

(Karl Schwinke)

und Bewohner geschaffen. Aber die damalige Politik hatte, ganz im Gegensatz zur heutigen, wo der Senat ziellos im Nebel stochert und hier und dort aneckt, ein Ziel. Die Position der SPD war immer eindeutig und befürwortet eine optimale Nutzung der begrenzten Hafenflächen. Ändern sich die wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen, so muss auch die Nutzung überprüft werden. Dass die Zollfreizone deutlich verkleinert werden kann, steht außer Frage. Der Senat muss einen Interessenausgleich herbeiführen. Unternehmen, die vom Zollprivileg profitieren, müssen mit ihren Arbeitsplätzen erhalten bleiben und für die Zollabwicklung muss endlich ein Gesamtkonzept her. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Senator Gedaschko.

Senator Axel Gedaschko: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Da wird heute, so kurz vor der Wahl, noch einmal starker Tobak abgeschossen. Zu Ihrem Vorwurf, wir hätten keinen Antrag gestellt, Herr Bischoff: Dieses Thema haben wir sogar im Wirtschaftsausschuss vorgestellt und auch, dass Herr Staatsrat Frigge diesen Brief nach Berlin geschrieben hat, darin ein grobes Unverständnis zum Ausdruck gebracht und klipp und klar mitgeteilt hat, was Hamburg will. Was der Bund will, ist allerdings etwas anderes. Der Bund will Kosten sparen, er will natürlich weitestgehend seine Zollbeamten abschaffen. Das ist aber nicht unbedingt das Interesse von Hamburg.

(Beifall bei Bernd Capeletti CDU)

Unser Interesse ist es nämlich, diejenigen Betriebe, die darauf angewiesen sind und sich in der Initiative Pro Freihafen engagieren, ernst zu nehmen. Herr Bischoff, der Vorwurf, wir hätten nicht mit diesen Unternehmen gesprochen, sie nicht beteiligt, geht an der Wahrheit völlig vorbei. So etwas zu behaupten ist unredlich.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Ferner möchte ich Ihnen sagen, dass die Tücke wieder einmal im Detail liegt, nämlich in der Tatsache, dass es so viele Beteiligte gibt. Bei den jetzigen Abstimmungsgesprächen brauchen wir beispielsweise sechs weitere Gesprächsrunden, um die Beteiligten einzubinden. Uns dann vorzuwerfen, es ginge nicht schnell genug oder wir würden sie nicht beteiligen, oder wenn wir schnell wären, könnten wir sie nicht beteiligen, halte ich auch nicht gerade für sehr redlich.

(Ingo Egloff SPD: Fakt ist, dass Sie schon seit 2007 damit rumhökern!)

Das ist Demokratie und wir versuchen tatsächlich, einen Interessenausgleich zu finden, das heißt

aber auch, dass wir uns die Zeit für diese Gespräche nehmen. Erfreulich ist, dass mittlerweile die Bundesfinanzdirektion eingelenkt hat und gesagt hat, sie könne sich durchaus eine kleinere Freihafenzone vorstellen, auch wenn diese etwas anders aussehen würde als das, was wir ursprünglich eingereicht haben. Bevor der Senat dies verkündet, wollen wir aber die jetzigen Pläne mit allen Beteiligten und der Bundesfinanzdirektion besprechen. Ich finde, das gehört sich so im Umgang mit Unternehmen und die Dinge nicht einfach par ordre du mufti vom Senator zu verkünden.

(Beifall bei der CDU und bei Jens Kerstan GAL)

Ich möchte noch einen Hinweis zum Zollzaun liefern. Die Bundesfinanzdirektion ist kompromissbereit, auch wenn sie es für die vernünftigste Regelung hält, überhaupt keine Freizone mehr zu haben. Das werden wir mit den Betroffenen ausdiskutieren und das Ergebnis, das sich auf jeden Fall etwas von dem unterscheiden wird, was wir ursprünglich in den Senat eingebracht haben, dem Senat mitteilen. Auch das gehört für uns zur Klarheit dazu, Herr Bischoff. Insofern verstehe ich Ihre Aufregung nicht. Wir haben alles offen im Ausschuss dargelegt, wir beteiligen die Betroffenen intensiv und genau das hatten Sie doch gefordert. Ihre Anschuldigungen gehen völlig an der Sache vorbei.

Lassen Sie uns lieber konstruktiv an diesem Thema arbeiten. Alles was wir machen, sämtliche Gesprächsrunden, machen wir für die Initiative Pro Freihafen. Der Vorwurf, wir würden uns keine Mühe geben, trifft uns nicht. Wir hätten es uns ganz einfach machen und bereits vor einem halben Jahr entscheiden können, ob wir den Freihafen vollständig abschaffen und die Sache wäre erledigt gewesen, aber genau das wollen wir nicht. Wir geben uns Mühe und uns dies vorzuwerfen, ist schade und schafft nicht gerade Vertrauen. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Kerstan.

Jens Kerstan GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Bischoff, ich habe ja verstanden, dass Sie irgendetwas total erbost, aber was genau Sie so aufgeregt hat und was Sie mit dieser Anmeldung bezwecken wollen, ist mir nach Ihrer Rede genauso schleierhaft wie vorher. Anfangs hatte ich noch gedacht, es ginge Ihnen um die Sache, um die Unternehmen, die Beschäftigten, die Interessen kleiner und mittelständischer Unternehmen. Sie haben sich dann aber sehr stark in dem Verfahrensprozedere und Ihren parlamentarischen Rechten verheddert und deswegen weiß

(Jens Kerstan)

ich jetzt nicht so recht, was ich zu Ihrem relativ wirren Vortrag sagen soll.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Sie müssen ja nichts sagen!)

Es wurden ein paar Legenden gestrickt, die ich gerne gerade rücken möchte.

Im Zuge dieses Senatsbeschlusses, der, wie Herr Schwinke richtig anmerkte, aufgrund einer parlamentarischen Initiative aus der letzten Legislatur meiner Fraktion zustande kam, war ich auf drei Anhörungen, bei denen immer die Initiative Pro Freihafen und die Zolldirektion anwesend waren und bei denen wir alle Argumente ausgetauscht haben. In all diesen Anhörungen haben ich meine Kollegen, übrigens auch die ehemalige Kollegin Frau Dräger, die ich sehr schätze, die Argumente der Initiative Pro Freihafen geprüft und sie mit der Zolldirektion diskutiert. Meiner Meinung nach hatten sie alle keinen Bestand und ich konnte keinen konkreten Grund für eine Zollzone erkennen, auch nicht für eine verkleinerte. Dass wir sie dann trotzdem gemacht haben, waren ein Kompromiss und das Eingehen auf Mittelständler, die sich aufgrund der Änderung des Zollregimes Sorgen machten. Es wurden ihnen zwar die Eckpunkte dargestellt, aber sie befürchten trotzdem Nachteile für ihr Geschäftsmodell. Solange die Verordnung nicht schriftlich vorliegt, glauben sie einem nicht, da nützen auch zehn Gesprächsrunden mit ihnen nichts. Trotzdem haben wir uns dafür entschieden, sie ernst zu nehmen und versprochen, die Freihafenzone zu verkleinern. Wenn sie erst einmal verkleinert ist, werden sie relativ schnell erkennen, dass eine Freihafenzone im Grunde unnötig ist.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Richtig!)

In der jetzigen Situation kann ich Ihren Vorwurf, man nähme diese Unternehmer nicht ernst oder würde nicht mit ihnen reden, überhaupt nicht verstehen. Hätten Sie die dazu vorliegenden Protokolle gelesen, würden Sie diesen Vorwurf nicht erheben.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Dass der Bund das Interesse hat, die Zollzone komplett aufzuheben, hat der Senator richtig geschildert. Dass darüber verhandelt wird, stimmt auch und das Schreiben der Behörde habe ich mir einmal zeigen lassen. Darin steht – Herr Gedaschko korrigieren Sie mich bitte gegebenenfalls –, dass Hamburg hiermit die Verkleinerung der Freihafenzone beauftragt. Daraufhin hat das Finanzministerium geantwortet, darin könne es keinen Antrag erkennen. Das ist nicht das Problem der hamburgischen Behörde gewesen, sondern offenkundig kann jemand im Bundesfinanzministerium nicht lesen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Dass Sie sich das hier zu eigen machen, ist wirklich absurd. Insofern weiß ich nicht, worum es Ihnen heute ging, ob Sie hier wieder Ihre alte Platte auflegen wollten, dass Ihre Rechte beschnitten werden, oder ob Sie sich jetzt der Interessen kleiner, entrechteter Mittelständler annehmen wollten, ich weiß es nicht. Vielleicht stellen Sie es noch einmal klar, aber in der Sache ist alles gesagt worden, was man bei diesem Stand der Dinge sagen kann. Und vielleicht kommen wir zu einer einvernehmlichen Lösung, darüber wäre ich froh. Wir haben von unserer Seite alle Schritte eingeleitet, um die Zustimmung auch der Initiative Pro Freihafen zu bekommen, und wenn wir sie bisher noch nicht hatten, dann muss man sagen, dass die einfach nicht wollen. Aber rational nachzuvollziehen ist das nicht. Nennen Sie mir einen einzigen konkreten Grund, der wirklich belegt, dass man diese Freizone für die Um- und Weiterverpacker braucht. Den habe ich von Ihnen noch nicht gehört und von der Freizonen-Initiative auch noch nicht. Wir sind trotzdem auf ihre Interessen eingegangen und wir sollten jetzt endlich zu einem Ergebnis kommen, um für die Stadtentwicklung und auch für die Entwicklung der Hinterlandverkehre im Hafen, auch wenn diese im Moment nicht mehr der Flaschenhals sind, weil zurzeit nicht so viele Container im Hafen sind, aber zu Boomzeiten war dies eins der großen Probleme, eine vernünftige Lösung herbeiführen zu können. Deshalb würde ich mich auch freuen, wenn die SPD jetzt nicht im Nachschlag irgendwelche Differenzen aufmacht, die wir in der letzten Legislaturperiode bei dem Thema überhaupt nicht hatten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Bischoff.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Jetzt hat er nachgelesen! Geben Sie zu, dass Sie sich verannt haben!)

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich gebe zu, dass mir diese Attitüde der Grünen, diese Oberlehrhaftigkeit, die wir heute wieder gesehen haben,

(Beifall bei der LINKEN und der SPD – Heiterkeit und Zurufe bei der CDU)

mir ziemlich auf den Zeiger geht und ich möchte mir das nicht zu eigen machen. Sie sagen, dass ich eine Platte auflege und wirr rede. Das können Sie alles behaupten, das stört mich jetzt auch nicht weiter.

(Egbert von Frankenberg CDU: Aber das ist doch die Wahrheit!)

Was ist der Vorgang? Der Vorgang, Herr Kerstan, deswegen war die Vorbemerkung, ist folgender: Wir haben eine Große Anfrage zur Besprechung

(Dr. Joachim Bischoff)

eingereicht. Jetzt können Sie, Herr Ohlsen oder Herr Schwinke, sagen, diese Anfrage sei doof. Das kommt ja oft bei Ihnen vor, dass Sie das so abtun.

(Jens Kerstan GAL: Sie haben zu Ihrer Anfrage gar nichts gesagt!)

Sie können sagen, in dieser Anfrage vom 21. Juli stünde nichts drin. Wenn Sie die Anfrage gelesen hätten – entschuldigen Sie, wenn ich das jetzt noch einmal sage –, dann wüssten Sie, dass dem eine Reihe von Schriftlichen Kleinen Anfragen

(Jörg Hamann CDU: So viel zum Oberlehrer!)

– das mach ich sonst nicht – voraus geht. Ich habe ausdrücklich darauf verwiesen, dass das gar nicht das Hobby unserer Fraktion oder von mir ist, sondern auch andere haben das angefragt; das war der harte Punkt.

(Egbert von Frankenberg CDU: Nein, der rote Faden!)

Ich bitte Sie, das noch einmal nachzulesen. Daran geht nicht hervor, wie denn jetzt zehn Monate später, nachdem die Angelegenheit beraten worden ist, der aktuelle Stand ist. Jetzt sagen Sie, das sei alles im Lot,

(Zurufe von der CDU)

aber man muss sich das doch einmal überlegen. Wir haben das sehr intensiv beraten, es sind 10 Monate vergangen und ich frage nach, wie der Stand sei. Sie sagen vielleicht, ich sei zu doof, das auszuwerten. Mir ist der Stand nicht klar und ich empfinde es als ein Herumgerede um den heißen Brei.

Jetzt gehe ich noch einmal inhaltlich darauf ein. Natürlich habe ich durch diese ganze Entwicklung gelernt, dass die Freizonengeschichte relativ kompliziert ist. Es ist von allen gesagt worden, dass das eine tiefgreifende Veränderung in dieser Stadt ist.

(Wolfgang Beuß CDU: Na, dann nehmen Sie doch etwas mit nach Hause!)

– Herr Beuß, das müssen Sie ja gar nicht machen.

Wenn so etwas passiert, dann muss mit den Leuten über den ganzen Prozess kommuniziert werden. Wo steht das denn, wenn das der Fall wäre? Herr Gedaschko hätte mir, weil ich ein bisschen blöd bin, gerne eine halbe Stunde Privataudienz geben können und mich auf die Spur setzen können; das hätte ich hingenommen. Aber lesen Sie die Anfragen doch einmal, ob Sie da einen Eindruck haben, wie der Stand ist. Ich sehe die Ausführungsbestimmungen für das veränderte Zollregime als eine relativ komplizierte Sache an. Das ist keine einfache Interessenlage. Ich finde – vielleicht haben wir sogar dasselbe Interesse –, dass mit bestimmten Firmen und Beschäftigten im Hafen kon-

tinuierlich darüber geredet werden muss. Ich habe überhaupt nicht den Vorwurf erhoben, dass Sie das am Anfang ignoriert hätten, aber der Prozess ist nicht zu Ende und ich bin nicht der einzige Abgeordnete – es liegt zufällig auch in meinem Wahlkreis –, der gerne wüsste, wie der Stand ist. Es muss doch bei einem solch wichtigen Thema möglich sein, über eine Große Anfrage so informiert zu werden, dass ich in meinem Wahlkreis vernünftige Antworten geben kann, wenn Leute mich fragen. Allerdings habe ich den Eindruck, dass das nicht passiert und dass es vielleicht auch politisch nicht gewollt ist; um diesen Punkt geht es.

(Beifall bei der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Egloff.

Ingo Egloff SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sowohl Herr Ohlsen als auch Herr Kerstan haben davon berichtet, wie lange und wie oft wir uns mit dieser Thematik befasst haben. Den Parlamentariern kann man nicht vorwerfen, dass wir nicht mit den Firmen gesprochen hätten. Wir haben Anhörungen gemacht. Ich erinnere mich an eine Anhörung, wo wir der Initiative ausdrücklich gesagt haben, sie möge uns plausibel darlegen, inwieweit ihre Arbeitsplätze gefährdet seien, wenn es zu einer Verkleinerung der Freizone käme. Danach ist nicht mehr viel gekommen.

Richtig ist allerdings auch, dass wir seit zwei Jahren mit diesem Problem hier befasst sind und dass Herr Uldall augenscheinlich, bevor er das Amt des Wirtschaftssenators verlassen hat, keine Lust mehr hatte, das Problem zu lösen, weil es natürlich auch unangenehm war, sich mit einigen Mittelständlern anzulegen. Wir müssen jetzt feststellen, dass wir im September 2009, zwei Jahre, nachdem die Initiative der Grünen gestartet worden ist, immer noch nicht weiter sind und dass die Firmen immer noch im Unklaren darüber sind, was dabei herauskommt.

In diesem Zusammenhang würde ich auch gerne wissen – wir haben seinerzeit in der Anhörung auch über Kosten gesprochen –, wann das Zollregime aufgrund der EU-Gesetzgebung ohnehin überflüssig sein wird. Hat sich die Situation im Hafen nicht so verändert durch die Abfertigung auf den Containerterminals, dass man für die kleineren Firmen auch eine Lösung finden muss, die nicht damit verbunden ist, neue Zollhäuschen zu bauen und da noch viel Geld in die Hand zu nehmen, weil es vielleicht auch nur wieder für zwei Jahre ist? Es ist langsam wirklich an der Zeit, unter Einbeziehung aller Beteiligten nach zwei Jahren endlich einmal einen Schlusstrich zu ziehen. Ich weiß, dass das Thema in Hamburg emotional belastet ist, aber es gehört auch eine gewisse Rationalität

(Ingo Egloff)

in diesen Prozess und die vermisste ich manchmal an dieser Stelle.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Senator Gedaschko.

Senator Axel Gedaschko: Herr Bischoff, ich kann Sie leider überhaupt nicht mehr verstehen.

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Willkommen im Club!)

Ich habe Ihnen deutlich gesagt, dass wir in den Ausschüssen auch über diesen Punkt berichtet haben und nicht nur einmal bei der Anhörung, sondern insbesondere nachdem dieses sehr interessante Schreiben aus Berlin kam, wo ein Antrag aus Hamburg kein Antrag mehr sein sollte. Sie nehmen es schlicht und ergreifend nicht zur Kenntnis, ich sage es Ihnen jetzt noch einmal, und es ist mir unverständlich, wie Sie sich hier hinstellen können und sagen, Sie wären nicht informiert worden. Woran liegt das, was ist die Ursache bei Ihnen?

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr, deshalb kommen wir zur Abstimmung.

Wer einer Überweisung der Drucksache 19/3358 an den Wirtschaftsausschuss zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Überweisungsbegehren ist abgelehnt.

Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Großen Anfrage aus der Drucksache 19/3358 Kenntnis genommen hat.

Mir bleibt nur noch mitzuteilen, dass wir uns morgen wiedersehen. Ich wünsche Ihnen einen schönen Heimweg.

Ende: 20.40 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Rolf-Dieter Klooß und Stefan Schmitt